

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 326 ==

Das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 in der Beurteilung der politischen Parteien Deutschlands

Von

Dr. Karl Hatzfeld

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1938

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von Dr. Georg Olms, Bremen
Breslauer Platz 10
Preis 1 Mark 50 Pf.

Verlag von Dr. Georg Olms, Bremen

Verlag von Dr. Georg Olms, Bremen

Das deutsch-österreichische

Bündnis von 1879

in der Bedeutung

der politischen Parteien Deutschlands

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Georg Olms

Verlag Dr. Georg Olms

Breslauer Platz 10

Verlag Dr. Georg Olms, Bremen
Breslauer Platz 10

Verlag Dr. Georg Olms, Bremen

Printed in the United States of America

Meinen Eltern
in Dankbarkeit gewidmet

Inhalt

	Seite
Einleitung: Zielsetzung	1
I. Die außenpolitische Lage vor Beginn der Bündnisverhandlungen und die Parteien	
1. Die Angriffe der russischen Presse gegen das Deutsche Reich	9
2. Die Gasteiner Kaiserbegegnung und der Rücktritt Andrassys	24
3. Die Sendung Manteuffels und die Kaiserzusammenkunft von Alexandrowo	32
II. Die Verhandlungen Bismarcks und Andrassys in der Beurteilung der Parteien	
1. Zweck, Ziel und Ergebnis der Verhandlungen	48
2. Außenpolitische Erwägungen	66
3. Gesamtdeutsche Erwägungen	91
III. Die Äußerungen der Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse aus den Jahren nach seinem Abschluß bis zu seiner Veröffentlichung	
1. Die Stellungnahme vom Dezember 1882	99
2. Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses. (3. Februar 1888)	112
Schluß: Wertung	129
Verzeichnis des benutzten Schrifttums	141

Die vorliegende Arbeit, die der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität zu Marburg als Dissertationsschrift vorgelegen hat, verdankt ihre Entstehung einer Anregung meines verehrten Lehrers, Herrn Professor Dr. Mommsen. Diese Anregung wurde von mir um so freudiger aufgegriffen, als es sich bei der Durchführung der gestellten Aufgabe nicht allein darum handeln konnte, die außenpolitische Bewertung des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879 durch die deutschen Parteien darzulegen, was freilich dem Wesen des Vertrages entsprechend stets der Hauptgesichtspunkt bleiben mußte, sondern darüber hinaus auch die von den politischen Gruppen in diesem Zusammenhange geäußerten gesamtdeutschen Erwägungen aufzuzeigen und somit eine Frage zu untersuchen, die dem deutschen Menschen heute besonders am Herzen liegt. In ihrer Art möchte so die vorliegende Schrift einen kleinen Beitrag zur gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung liefern.

Auch an dieser Stelle spreche ich Herrn Professor Mommsen für die Anregung der Arbeit und die Unterstützung, die er mir bei ihrer Anfertigung jederzeit bereitwilligst gewährt hat, nochmals meinen herzlichsten Dank aus.

Berlin-Südende, im August 1937.

Karl Hatzfeld.

Einleitung: Zielsetzung.

Innerhalb des gesamten geschichtlichen Werdeganges des deutschen Volkes erfüllt die Geschichte seiner politischen Parteien nur einen kurzen Zeitraum. In wenig mehr als hundert Jahren vollzog sich ihre Entwicklung von dem ersten Beginn über Zeiten des steten Aufstiegs bis zur höchsten Macht und jähem Niedergang. Die Anfänge fielen in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sich zugleich als Folge der Einwirkung des Gedankengutes der französischen Revolution und der Volkserhebung von 1813 in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes politisches Leben zu regen begann; damals wurde der Boden für die Entstehung politischer Parteien in Deutschland bereitet. Die eigentliche Geburtsstunde des deutschen Parteiwesens aber bildete das Jahr 1848; von diesem Zeitpunkt an begann sein ständiger, unaufhaltsamer Aufstieg. Bald wurden die Parteien eine immer stärkere Macht im öffentlichen und politischen Leben Deutschlands, ständig bestrebt, ihren Einfluß auf dessen Gestaltung durch wachsende Machtzunahme der Parlamente zu vergrößern, stets bemüht, ihren Wirkungskreis zu erweitern. Alle Versuche, diesen Bestrebungen und diesem Vorwärtsschreiten der Parteien Einhalt zu gebieten, blieben erfolglos, und selbst Bismarck, der kein Mittel unversucht ließ, die Rechte der Parlamente zu kürzen und die Macht der Parteien einzudämmen, ist es letztlich doch nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Als er im März 1890 aus seinem Amte schied, standen die Parteien mit ungebrochener Macht da, und woran sie bei einem Bismarck scheitern mußten, das erreichten sie unter seinen Nachfolgern, denen es an dem politischen Weitblick und der staatsmännischen Weisheit des großen Kanzlers ebenso wie an wirklicher Macht und Stärke gebrach: in immer größerem Maße konnten sie die Regierung in Abhängigkeit von sich bringen. Den höchsten Gipfel ihrer Macht aber erreichten die deutschen politi-

schen Parteien in den Jahren nach dem Weltkriege. Sie allein übten damals die Herrschaft über das deutsche Volk aus. Von ihrem Willen und ihren Entschlüssen hing das Schicksal des Reiches ab. Sie entschieden über alle seine Lebensfragen.

Aber so sehr auch die Macht der Parteien nach außen sichtbar in Erscheinung trat und sich überall Geltung verschaffte, es fehlte ihr die innere Stärke, ohne die auch im politischen Leben auf die Dauer die Erhaltung einer äußeren Machtstellung nicht möglich ist. In seinem innersten Kern trug das deutsche Parteiwesen Keime des Verfalls in sich von seinen Anfängen an. Schon an seiner Schwelle ist der tiefste, letztlich ausschlaggebende Grund für den raschen Sturz des deutschen Parteilebens von dem Gipfel seiner Macht erkennbar: die politischen Parteien Deutschlands sind nicht in allmählicher, stetiger Entwicklung aus eigenen Wurzeln gewachsen; Einrichtungen, die auf fremdem Boden und unter völlig anders gearteten politischen Voraussetzungen entstanden, vor allem die Regierungsformen Frankreichs und Englands, haben als Vorbild gedient. Immer wieder haben deutsche Parteipolitiker auf die französischen und englischen Verhältnisse verwiesen und danach gestrebt, das deutsche Parteiwesen diesen möglichst gleich zu bilden; sie vergaßen dabei, daß auf die Dauer nur das von Bestand sein kann, was aus den Wurzeln des eigenen Volkstums erwachsen ist und in steter, enger Verbundenheit mit ihm hieraus immer neue Kraft empfängt. So sehr auch in vieler Hinsicht das Parteileben dem deutschen Wesen entsprach, seinem Hang zur inneren Uneinigkeit und gegenseitigen Bekämpfung, wie er im bisherigen Verlaufe der deutschen Geschichte in so starkem Maße festzustellen ist, im letzten, tiefsten Grunde mußte es für den deutschen Menschen etwas Fremdes bleiben, von dem er sich wieder abwenden würde, sobald es eine Bewegung gab, die unter völliger Abkehr von allen fremdartigen Vorbildern ihn zu den klaren Quellen echten deutschen Volkstums zurückführte. Dieser Umstand ist letztlich für den raschen Verfall des deutschen Parteiwesens ausschlaggebend geworden und hat es nach einer kurzen Zeit äußerer Machtstellung und scheinbarer Blüte einem baldigen Untergange entgegengeführt.

Der Historiker, der sich nunmehr eine parteigeschichtliche Betrachtung zur Aufgabe stellt, hat dabei mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Vor allem gilt dies für die Beschaffung des

notwendigen Quellenmaterials;¹ denn die wichtigsten Fundgruben geschichtlicher Quellen, die Archive, stehen ihm hierbei nicht zur Verfügung. Die großen staatlichen und öffentlichen Archive enthalten zur Parteigeschichte fast überhaupt kein Material, die Einrichtung von Parteiarchiven aber hat es nur in den seltensten Fällen gegeben. Manches wertvolle Material dagegen bieten die Reden der Parteipolitiker. Doch ist bei ihrer Benutzung als parteigeschichtlicher Quelle stets größte Vorsicht geboten; denn nur allzu oft waren sie — vor allem Wahl- und Versammlungsreden — von taktischen Erwägungen aus bestimmt. Neben den Reden kann auch aus den Briefen und Memoiren der Parteipolitiker manches wertvolle Material geschöpft werden. Die wichtigste Quelle aber für alle parteigeschichtlichen Betrachtungen ist die Presse; freilich bietet gerade ihre Benutzung mancherlei Schwierigkeiten.² Zunächst ist es nicht leicht, überhaupt das notwendige Zeitungsmaterial aufzufinden. Erst verhältnismäßig spät, zu Anfang dieses Jahrhunderts, ist man auf den Wert der Presse als geschichtlicher Quelle aufmerksam geworden und hat man der Sammlung von Zeitungen Beachtung geschenkt. Es kommt hinzu, daß die Größe der Zeitungen auch heute, nachdem ihre Wichtigkeit vor allem als Quelle für die Parteigeschichte klar erkannt ist, ihre Sammlung außerordentlich erschwert, so daß nur in wenigen Büchereien überhaupt eine Zeitungssammlung zu finden ist.³ Mit der Schwierigkeit der Beschaffung des Zeitungsmaterials aber verbindet sich die Schwierigkeit seiner Auswertung; denn niemals ist es möglich, Presse und Partei einfach einander gleichzusetzen. Soll aus der Betrachtung der Pressestimmen ein wahrheitsgetreues Bild der parteiamtlichen Stellungnahme zu einer bestimmten Frage gewonnen werden — die meisten Arbeiten, die die Haltung der Parteien zu einem Zeitereignisse untersuchen, setzen hierbei den Begriff „Partei“ mit parteiamtlich oder Parteiführung gleich —, so ist es zunächst immer notwendig zu

1. Eingehender behandelt diese Fragen Mommsen, *Historische Zeitschrift* 147 1933, an den sich die folgenden Ausführungen im wesentlichen anlehnen.

2. Zur Benutzung der Presse als historischer Quelle vgl. Spahn, *Internationale Wochenschrift für Wissenschaft Kunst und Technik* 2, 1908 und Mommsen, *Archiv für Politik und Geschichte* 6, 1926

3. Für die vorliegende Arbeit konnten die Bestände der Reichstagsbibliothek und der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin benutzt werden.

klären, inwieweit die Schriftleitungen der einzelnen Blätter und die parteiamtlichen Kreise in Beziehung zueinander standen. Nur wenn festzustellen ist, daß die Führung einer Partei auf eine Zeitung unmittelbar eingewirkt hat, können die Äußerungen dieses Blattes zugleich als amtliche Ansicht der betreffenden Partei betrachtet werden.

In der vorliegenden Arbeit soll nun jedoch der Begriff „Partei“ nicht in einem derartig eng begrenzten Sinne aufgefaßt werden. Wenn für sie der Titel „Das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 in der Beurteilung der politischen Parteien Deutschlands“ gewählt wurde, so soll damit nicht zum Ausdruck gebracht werden, als handele es sich um eine Untersuchung der amtlichen Stellungnahme der Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnis von 1879. Ziel dieser Arbeit ist vielmehr, die zeitgenössischen Ansichten über das Bündnis der beiden mitteleuropäischen Großmächte, seine Beurteilung durch die politische Öffentlichkeit zu erfassen; die Fragestellung ist zunächst also nicht eigentlich parteigeschichtlich. Nur auf parteigeschichtlichem Wege aber ist es möglich, das gesteckte Ziel zu erreichen: denn die politische Öffentlichkeit fand praktisch damals ihren Niederschlag in den einzelnen politischen Gruppen, diese aber wiederum in den Parteien. Wenn in dem Titel der Arbeit der Ausdruck „... in der Beurteilung der politischen Parteien Deutschlands“ gewählt wurde, so ist hier also der Begriff „Partei“ als Bezeichnung für einen weiteren Teil der deutschen politischen Öffentlichkeit gebraucht. So aufgefaßt ist es auch möglich, die benutzten Zeitungen und Zeitschriften, die nur zum kleineren Teil als parteiamtlich gelten können, in vollem Umfange als Quellen zu verwerten, ohne daß dadurch der Rahmen der Arbeit gesprengt würde; denn diejenigen Blätter, die nicht als parteigebunden angesehen werden dürfen, können doch fast ausnahmslos für diese Zeit als parteigerichtet bezeichnet werden,⁴ d. h. sie vertraten von sich aus, ohne amtliche Einwirkung einer Partei, die Anschauungen einer bestimmten politischen Gruppe. Parteilose Zeitungen gab es bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur in verschwindend geringem

4. Diese Unterscheidung nach Kaupert, Die deutsche Tagespresse als Politicum, S. 83 und Kretschmer, Das Standortproblem im deutschen Zeitungsgewerbe, S. 23.

Maße.⁵ Für den in der vorliegenden Arbeit zu behandelnden Zeitraum dürfen also die in den Zeitungen ausgedrückten Anschauungen und die in den einzelnen politischen Gruppen, d. h. aber den Parteien vertretenen Ansichten als im wesentlichen einander entsprechend angesehen werden.

Mancherlei Schwierigkeiten bleiben aber für die Untersuchung der Stellungnahme der Parteien zu einer außenpolitischen Frage auch dann bestehen, wenn Zeitungen in genügendem Umfange zur Verfügung stehen und der Begriff „Partei“ in dem dargelegten weiteren Sinne gebraucht wird. Jede derartige Betrachtung hat mit stärkeren Widerständen zu kämpfen als der Versuch, die Beurteilung einer bestimmten innenpolitischen Frage durch die Parteien darzulegen; denn die außenpolitischen Vorgänge haben sich immer in stärkstem Maße der Kenntnis und der Mitwirkung der weiteren politischen Öffentlichkeit entzogen; nur wenn die Staatsmänner es für notwendig erachteten, wurde sie hierüber unterrichtet. In ihren tiefsten Gründen blieben aber auch dann meist die außenpolitischen Dinge noch ein Geheimnis, bis erst nach Jahrzehnten die Forschungsarbeit des Historikers das Dunkel aufzuhellen begann. Die Stellungnahme der Parteien zu außenpolitischen Fragen konnte so oft nur von bloßen Vermutungen, nicht aber von festen Voraussetzungen ausgehen. Hieraus ergibt sich bereits deutlich die Schwierigkeit, mit der der Historiker zu kämpfen hat, will er die Haltung der Parteien in diesen Dingen untersuchen; für das Zeitalter Bismarcks aber, dem die hier zu betrachtende Frage entnommen wurde, ist sie, wie sich aus der Einstellung des Kanzlers gegenüber den deutschen Parteien und den sich hieraus ergebenden Folgerungen klar erkennen läßt, besonders groß.

Niemals hat Bismarck, dem jede parteimäßige Gebundenheit seinem innersten Wesen nach in so starkem Maße fremd war, der auf die politischen Gruppen immer nur mit der größten Geringschätzung und Verachtung herabsah, die Parteien als eine bestimmende Macht innerhalb der deutschen Politik anerkannt. Stets war er bestrebt, ihren Einfluß einzudämmen und in engen Schranken zu halten. Auf innerpolitischem Gebiet freilich ließ sich die Macht der Parteien nicht vollständig ausschalten, man mußte ihnen ein ge-

5. Vgl. Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, S. 10.

wisses Betätigungsfeld einräumen; in den außenpolitischen Dingen jedoch wirkte Bismarck vollständig allein, hier besaßen die Parteien keinerlei Mitwirkungsrecht. Die Folge hiervon aber war, daß bei ihnen das Interesse für alle außenpolitischen Vorgänge in immer stärkerem Maße zurücktrat.

Diese Tatsache wiederum konnte bei der engen Verbundenheit zwischen Parteien und Presse auch auf diese nicht ohne Rückwirkung bleiben. Außenpolitische Fragen nahmen in den Erörterungen der Parteien wie der Zeitungen nur einen kleinen Raum ein. In jedem Falle stand an erster Stelle die Innenpolitik. Sie bildete das eigentliche Betätigungsfeld aller politischen Gruppen, sie gab der Presse den reichsten Stoff. Blättert man die Zeitungen dieser Zeit durch, so stößt man immer wieder auf die Tatsache, daß gegenüber der Beschäftigung mit innerpolitischen Dingen diejenige mit außenpolitischen Fragen bei ihnen in stärkstem Maße zurücktrat. Aus diesem Grunde aber wird jeder Versuch, die Stellungnahme der politischen Parteien Deutschlands zu einer außenpolitischen Frage im Zeitalter Bismarcks zu betrachten, mit besonderen Schwierigkeiten der Quellenbeschaffung zu kämpfen haben; denn selbst, wenn es möglich ist, Zeitungen in reichem Maße heranzuziehen, muß doch immer damit gerechnet werden, daß diese nur wenige Äußerungen zu der betreffenden Frage enthalten.

Für die in dieser Arbeit zu behandelnde Frage, die Beurteilung des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879 durch die Parteien, fließen die Quellen jedoch außerordentlich reichlich. Sowohl die Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy als auch später das deutsch-österreichische Bündnis selbst fanden in der deutschen Presse stärkste Beachtung; lediglich die sozialdemokratische Presse bildete hierbei eine Ausnahme: Die Sozialdemokratie richtete nach dem Sozialistengesetz ihr ganzes Augenmerk zunächst auf die innerpolitischen Verhältnisse; sie wandte sich diesen in noch stärkerem Maße zu, als dies bei den deutschen Parteien an sich schon der Fall war.⁶ So diente auch der „Sozialdemokrat“ in erster Linie der Betrachtung innenpolitischer Fragen und der Mitteilung von Parteinachrichten; Bemerkungen über die Außenpolitik enthielt er nur selten.

⁶ Vgl. Hertneck. Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks, S. 25.

Bei der Durchführung der gestellten Aufgabe ist es nun zunächst notwendig, die Äußerungen der Zeitungen zu den Bündnisverhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy nach bestimmten sachlichen Gesichtspunkten zu ordnen. Drei Hauptgedanken, die in der Presse immer wiederkehrten, werden dabei maßgebend sein: Zunächst gilt es zu untersuchen, welchen Zweck die Parteien den Verhandlungen beilegte und welches Ergebnis sie als erreicht ansahen. Sodann sollen ihre außenpolitischen Ausführungen und Erwägungen betrachtet werden. Schließlich werden ihre Äußerungen gesamtdeutscher Art darzulegen sein. Eine weitere Untergliederung wird absichtlich vermieden; es käme sonst die Buntheit, die für das benutzte Quellenmaterial gerade bezeichnend ist, nicht mehr in dem notwendigen Maße zur Geltung.

Der zweite dieser drei Hauptgesichtspunkte, die außenpolitischen Darlegungen der Parteien zu den Bündnisverhandlungen, macht es nun erforderlich, daß die vorliegende Arbeit nicht erst mit den Besprechungen zwischen Bismarck und Andrassy selbst einsetzt, sondern bereits die Stellungnahme der Parteien zur außenpolitischen Lage vor Beginn derselben betrachtet; denn an diese — es wird sich im Verlaufe der Arbeit eindeutig zeigen — knüpften die Parteien in ihren außenpolitischen Ausführungen zu den Gasteiner und Wiener Verhandlungen in stärkstem Maße an. Dabei muß besonderer Wert darauf gelegt werden, ihre Haltung gegenüber Rußland und Österreich-Ungarn festzustellen; denn das Verhältnis des Deutschen Reiches zu diesen beiden Mächten bildet einen wesentlichen Bestandteil der Ausführungen der Parteien anläßlich der deutsch-österreichischen Bündnisverhandlungen. Zu diesem Zwecke soll einerseits die Stellungnahme der Parteien zu den russischen Presseangriffen gegen das Deutsche Reich im Sommer 1879, zur Sendung des Generalfeldmarschalls von Manteuffel zum Zaren nach Warschau (Ende August 1879) und zur Begegnung Kaiser Wilhelms I. mit diesem in Alexandrowo (3./4. September 1879) betrachtet werden; andererseits wird ihre Haltung zur Zusammenkunft Kaiser Wilhelms und Kaiser Franz Josephs in Gastein (9. August 1879) und dem Rücktritte des Grafen Andrassy, der Mitte August 1879 angekündigt wurde, darzulegen sein. Die einzelnen Gesichtspunkte sollen dabei in zeitlicher Folge behandelt werden: es wird begonnen mit den russischen Presseangriffen, es folgen die

Kaiserzusammenkunft von Gastein und die Meldung vom Rücktritt Andrassys, es schließen sich an die Mission Manteuffels und die Begegnung von Alexandrowo.

Wie es erforderlich ist, diese Betrachtungen voranzustellen, so muß andererseits auch die Stellungnahme der Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse über das Jahr 1879 hinaus verfolgt werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß das Bündnis zunächst nicht veröffentlicht wurde. Die Äußerungen der Parteien von 1879 hierzu waren also — zum Teil wenigstens — nur auf gewisse Vermutungen gegründet. Ihre endgültige Stellungnahme zum deutsch-österreichischen Bündnisse konnte erst nach Veröffentlichung desselben erfolgen, d. h. im Februar 1888. Es muß daher seine Beurteilung durch die Parteien auch für die Zeit nach 1879 bis zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung betrachtet werden. Dabei nun jede einzelne Äußerung aus diesen Jahren zu untersuchen, würde im Rahmen dieser Arbeit freilich zu weit führen. Es können nur die Äußerungen berücksichtigt werden, die aus einer Zeit stammen, zu der das Bündnis im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen stand. Dies war aber außer zur Zeit seiner Veröffentlichung (3. Februar 1888) nur im Dezember 1882 der Fall.

Für den Gesamtaufbau der Arbeit ergibt sich aus diesen Feststellungen eine klare Dreiteilung. Der erste Teil soll die Stellungnahme der Parteien zur außenpolitischen Lage vor Beginn der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy untersuchen; im zweiten wird ihre Beurteilung dieser Besprechungen selbst darzulegen sein; der dritte Teil schließlich behandelt die Haltung der Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse in der Zeit nach 1879 bis zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung.

I. Die außenpolitische Lage vor Beginn der Bündnisverhandlungen und die Parteien.

1. Die Angriffe der russischen Presse gegen das Deutsche Reich.

Der Berliner Kongreß, dessen Ziel es gewesen war, die im Zusammenhange mit der russisch-türkischen Auseinandersetzung von 1877/78 aufgetretenen Gegensätze zwischen den europäischen Mächten auszugleichen, hatte den russischen Forderungen nicht in jeder Hinsicht Rechnung getragen. Die Folge hiervon war eine heftige Verstimmung weiter Kreise Rußlands gegen das Deutsche Reich, denn dieses und seinen Kanzler glaubte man vor allem für das Ergebnis des Kongresses verantwortlich machen zu können. Ihren sichtbaren Ausdruck fand diese Verstimmung und Enttäuschung Rußlands vor allem in immer erneuten Angriffen der russischen Presse gegen das Deutsche Reich. In einer wahren Flut von Hetzartikeln, an denen selbst russische Regierungsblätter beteiligt waren, gab man seiner Verärgerung offen Ausdruck. Seinen Höhepunkt erreichte dieser Pressefeldzug im Laufe des Sommers 1879.

Die konservativen Kreise betrachteten die Verstimmung Rußlands und die Hetzereien der russischen Zeitungen gegen das Deutsche Reich nicht ohne Sorge. Sie waren von jeher die entschiedensten Anhänger enger deutsch-russischer Beziehungen gewesen, und stets hatten sie sich für die Pflege eines Freundschaftsverhältnisses zwischen den beiden Reichen eingesetzt. Diese Haltung entsprang freilich nicht eigentlich außenpolitischen Erwägungen: auf der einen Seite wirkten traditionelle Gesichtspunkte, die es als politische Notwendigkeit erscheinen ließen, die bald hundertjährige Freundschaft zwischen den Herrscherhäusern Preußens und Rußlands und ihren Ländern um jeden Preis zu erhalten; mit ihnen verbanden sich andererseits konservative Parteigrundsätze, nach denen in erster Linie die absolutistisch-monarchistische Regierungsform Rußlands als Grund für eine Anlehnung an das Zarenreich maßgebend war. War bisher die europäische Mächtegruppierung dem

Wünsche der Konservativen nach einem engen deutsch-russischen Freundschaftsverhältnisse entgegengekommen, jetzt mußte mit der Möglichkeit eines Wandels in diesen Beziehungen gerechnet werden; die Angriffe der russischen Presse auf das Reich im Anschluß an den Berliner Kongreß deuteten jedenfalls darauf hin. Eine derartige Entwicklung mußte notwendigerweise bei den Konservativen eine gewisse Beunruhigung hervorrufen. So meinte die „Kreuzzeitung“, es seien „manche unliebsame Symptome“ zu erkennen, die auf eine Trübung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland hinwiesen;¹ denn den feindlichen Äußerungen in der russischen Presse könne man doch nicht alle Bedeutung absprechen, da sie auch in solchen Blättern zu finden seien, die in Beziehungen zu den leitenden politischen Kreisen Rußlands ständen. An eine wirklich ernsthafte Gefahr aber — etwa die Möglichkeit eines nahen deutsch-russischen Krieges — glaubte sie nicht und bemühte sich, ihre Leser gegen die Eindrücke abzuhärten, „welche die deutschfeindlichen Ergüsse der russischen Presse auf allzu ängstliche Gemüter ausüben könnten“.² Man dürfe in den Kundgebungen der russischen Zeitungen nichts anderes erblicken als ein „prasselndes Feuerwerk“. Die eigentliche Quelle für alle diese Anfeindungen bilde der Ehrgeiz Gortschakows. Zwar habe der Berliner Kongreß diesen in vollstem Maße befriedigt und dem Revanchewerke Gortschakows die Krone aufgesetzt, denn durch die Rückgabe von Bessarabien an Rußland sei auch die letzte Spur des Pariser Friedens von 1856 verwischt worden; aber es liege eben in der Natur des Ehrgeizes, daß er mit dem Erfolge seine Ziele höher stecke und diejenigen als seine Feinde behandle, die ihre eigenen Interessen der fremden Überspannung nicht opfern wollten. Eine Aufopferung deutscher und europäischer Interessen lehnten aber die Konservativen entschieden ab: „Welche begründeten Beschwerden hat Rußland zu erheben? Beschwerden allerdings, insofern Deutschland sich nicht dazu hergeben will und kann, die europäischen Interessen den einseitigen Interessen Rußlands zu opfern“, schrieb die „Kreuzzeitung“³ und brachte damit deutlich

1. Nr. 163, 16. 7. 1879.

2. Nr. 198, 26. 8. 1879. Bei allen Zitaten aus Zeitungen ist von mir die heute übliche Rechtschreibung angewandt worden. Offensichtliche Druckfehler wurden von mir beseitigt.

3. Nr. 163, 16. 7. 1879.

zum Ausdruck, daß die Konservativen in keinem Falle für die Unterstützung Rußlands durch das Deutsche Reich eintreten würden, wenn sich Rußland in seinen Bestrebungen in Gegensatz zu den europäischen Interessen stelle. Aber nicht nur die Erfüllung derartiger Forderungen lehnten die Konservativen ab, sie wiesen gleichzeitig darauf hin, daß Rußland überhaupt kein Recht habe, irgendwelche Ansprüche an das Reich zu stellen und sich über eine mangelnde Unterstützung seiner Bestrebungen durch Deutschland auf dem Berliner Kongreß zu beklagen. Die russische Politik habe in den letzten Jahren allerdings wenig Ruhm geerntet, hieß es im konservativen „Reichsboten“, sie habe deshalb auch alle Ursache zur Unzufriedenheit, aber sie müsse die Klagen gegen sich selbst und nicht gegen das Deutsche Reich richten.⁴ Rußland habe vor Beginn des Krieges mit der Türkei Deutschland nicht um seinen Rat gefragt, es habe also jetzt auch kein Recht, dieses für die Fehler dieser Politik verantwortlich zu machen; zudem sei ihm das Deutsche Reich gerade in stärkstem Maße bei der Erreichung seiner Ziele behilflich gewesen, denn Bismarck habe auf dem Berliner Kongreß stets danach gestrebt, soweit es der Widerstand Österreich-Ungarns und Englands überhaupt nur ermöglichte, die russischen Forderungen zu verwirklichen. Man solle doch in den leitenden politischen Kreisen Rußlands einsehen, daß es eine schlechte Politik sei, die eigenen Fehler auf andere abzuschieben. Ganz ähnlich wies auch die „Kreuzzeitung“ jeden Grund für einen Haß Rußlands gegen das Deutsche Reich zurück und fügte hinzu, solche Äußerungen kämen nicht aus dem Verständnisse der realen Interessen Rußlands.⁵ Sie bezeichnete sie als Phantasien und nannte dementsprechend die von den russischen Zeitungen vertretene Politik eine „Phantasiepolitik“.

Aber bei aller Bestimmtheit, mit der so die Konservativen die Forderungen und Angriffe der russischen Presse auf das Deutsche Reich zurückwiesen, waren sie doch auch bemüht, ausgleichend und beruhigend zu wirken, um Rußland wieder an das Reich heranzuziehen; denn die Konservativen wünschten auch für die Zukunft eine enge deutsch-russische Freundschaft. Dies zeigte sich, wenn vor allem die „Kreuzzeitung“ wiederholt auf die Zeiten politischer Freundschaft und gemeinsamen Strebens beider Länder hinwies, an

4. Nr. 191, 17. 8. 1879.

5. Nr. 206, 4. 9. 1879.

die man sich auch jetzt erinnern solle; denn „wenn zwei Reiche Generationen hindurch, durch die intimsten Beziehungen ihrer Herrscher verknüpft, so oft Gelegenheit gefunden haben, einer dem anderen die wesentlichsten Dienste zu leisten, ohne daß der eine durch die Förderung der Interessen des anderen eine Einbuße erlitten hätte, vielmehr in dieser Förderung eine Erleichterung eigener Bestrebungen gefunden hat, so erzeugt sich ein Verhältnis, welches, wenn selbst die persönlichen Intimitäten schwächer werden sollten, doch nicht die Traditionen verlieren kann, welche zu einem Lebenselement geworden sind und auf welche man in jedem kritischen Moment zurückgreifen kann, um in ihnen eine Richtschnur des Verhaltens für die Gegenwart zu finden“.⁶ Stärker als in diesen Worten hätte der Wille der Konservativen, trotz aller augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten an der deutsch-russischen Freundschaft auch weiterhin festzuhalten, kaum zum Ausdruck gebracht werden können. Diese Äußerung zeigt aber zugleich, wie sehr für sie hierbei traditionelle Motive maßgebend waren, in welch geringem Maße jedoch außenpolitische, die überhaupt keine Erwähnung fanden; nirgends vor allem wurde die Notwendigkeit enger deutsch-russischer Beziehungen für die Gestaltung der außenpolitischen Lage des Reiches betont.

Die Haltung der Freikonservativen gegenüber den russischen Presseangriffen entsprach im wesentlichen derjenigen, die die Konservativen eingenommen hatten, nur daß sich die Freikonservativen verhältnismäßig lange einer Stellungnahme hierzu überhaupt enthielten und erst sehr spät in die Erörterung eingriffen. Ihr langes Schweigen erklärte die freikonservative „Post“ damit, daß sie geglaubt habe, das Wühlen gegen das Deutsche Reich müsse einmal ein Ende nehmen, weil kein russischer Staatsmann und keine Partei die Verantwortung dafür übernehmen könne, die hundertjährige Freundschaft der beiden großen Nachbarvölker in dauerndes Schwanken zu bringen.⁷ Sie müsse aber feststellen, daß die Wühlerien in der russischen Presse dauernd fortgesetzt würden. Als eigentliche Quelle des russischen Grolles sah auch sie den unbefriedigten Ehrgeiz des Fürsten Gortschakow an, dem es nicht gelungen sei, den Ruhm Bismarcks zu verdunkeln; denn Rußland habe nach

6. Nr. 198, 26. 8. 1879.

7. Nr. 229, 22. 8. 1879.

dem Kriege mit der Türkei nicht wie das Deutsche Reich nach demjenigen mit Frankreich von 1870/71 reich, sondern vollständig erschöpft dagestanden, und auch die endgültige Lösung der orientalischen Frage sei nicht erreicht worden. Deswegen aber dem Deutschen Reiche und seinem Kanzler Vorwürfe zu machen, sei vollständig unberechtigt; denn einerseits sei Gortschakow für seine Politik selbst verantwortlich, andererseits aber sei es gerade die Haltung des Deutschen Reiches gewesen, die es Rußland ermöglicht habe, einen Teil seiner Wünsche erfüllt zu sehen. Daß eine ernstere Gefahr aus diesen russischen Presseangriffen erwachsen würde, glaubten die Freikonservativen nicht, wenn auch die „Post“ einmal von dem „Spiel mit dem Feuer“ sprach.⁸ Sie vertrauten fest auf den „hundertjährigen Bau der deutsch-russischen Freundschaft“,⁹ dessen Gefüge sie für stark genug hielten, um durch den Groll und die Eifersucht eines Staatsmannes zerrüttet zu werden, dem es nicht gelungen sei, der Erste seiner Zeit zu werden. Aber es kam in diesen Worten nicht allein der Glaube zum Ausdruck, daß es gelingen werde, die Verstimmung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland zu überwinden, in ihnen lag zugleich der Wunsch, die bisherige deutsch-russische Freundschaft auch weiterhin zu erhalten. Es ist das gleiche Bild, das die Stellungnahme der Konservativen gezeigt hatte: auch hier der Wille, für enge Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland einzutreten; auch hier aber wurden keinerlei Gründe, vor allem außenpolitischer Art, dafür angegeben: auch die Freikonservativen befaßten sich mit der Frage nach der Notwendigkeit einer deutsch-russischen Freundschaft für die deutsche Außenpolitik ebenso wenig wie die Konservativen, auch sie bemühten sich nicht, die etwaigen Folgen eines Zerfalles des „hundertjährigen Baues“ zu erkennen; daß sie sich weithin fühlbar machen würden, war alles, was die „Post“ hierüber aussagte.¹⁰ Freilich muß hierbei berücksichtigt werden, daß sich Bismarck wiederholt der „Post“ zur Mitteilung halbamtlicher Nachrichten vor allem außenpolitischer Art bedient hatte; die „Post“ galt in diesen Dingen somit als offizielles Blatt und mußte sich daher in ihren außenpolitischen Äußerungen eine starke Zurückhaltung auferlegen.

8. Nr. 231, 24. 8. 1879.

9. Post, Nr. 229, 22. 8. 1879.

10. Nr. 229, 22. 8. 1879.

Die Nationalliberalen hielten ihre Ausführungen zu den russischen Presseangriffen wesentlich ausführlicher als Konservative und Freikonservative. Sie drangen dabei zugleich auch tiefer in das eigentliche Wesen dieser Frage ein und gelangten zu einer klareren Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse; denn sie beschränkten sich nicht darauf, die russischen Angriffe und Vorwürfe gegen das Deutsche Reich zurückzuweisen und ihrem Wunsche nach der Aufrechterhaltung der deutsch-russischen Freundschaft Ausdruck zu verleihen, sie bemühten sich vielmehr, die politische Lage in ihren letzten Gründen zu erfassen und von hier aus die Möglichkeiten ihrer zukünftigen Gestaltung zu erkennen. So schlossen die Nationalliberalen aus den immer heftiger werdenden Angriffen der russischen Presse und ihrer Erwiderung in den deutschen halbamtlichen Blättern auf einen gewissen Ernst der außenpolitischen Lage. Die „Kölnische Zeitung“ sprach von einer nicht unerheblichen „Mißstimmung zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg“,¹¹ und die „National-Zeitung“ schrieb im Anschluß an die Wiedergabe von Äußerungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Post“ zu den russischen Presseangriffen: „Diese Polemik läßt erkennen, welche Wichtigkeit man bei uns den systematisch betriebenen Angriffen der russischen Presse gegen das Deutsche Reich beimißt“. ¹² Die wiederholte Verschiebung eines geplanten Besuches des Zaren Alexander von Rußland im Reiche erschien ihr als ein weiterer Beweis für den Ernst der Lage.¹³ Wenn sie auch zugab, daß es reiner Zufall sein könne, so meinte sie doch, daß gerade das Zusammentreffen dieser Tatsache mit der immer bedrohlicher anwachsenden Pressefehde die Aufmerksamkeit herausfordere. Auch die „Preußischen Jahrbücher“ schlossen aus der scharfen Stellungnahme der halbamtlichen Presse gegen Rußland, daß das Auswärtige Amt sehr bestimmte Nachrichten über feindselige Anschläge in Petersburg besessen haben müsse.¹⁴ Aber in so starkem Maße man auch im nationalliberalen Lager an eine ernstlichere Verstimmung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland und an eine gewisse Spannung der außenpolitischen Lage glaubte, man bemühte sich andererseits doch, die Bedeu-

11. Nr. 259, 29. 8. 1879, Erstes Blatt.

12. Nr. 389 22. 8. 1879.

13. Nr. 390 22. 8. 1879.

14. Band 44, 1879, S. 565.

tung der Angriffe der russischen Presse auf das Reich nicht zu überschätzen. Die „Kölnische Zeitung“ warnte davor, dem Lärm der russischen Presse mehr Gewicht beizulegen, als er verdiene.¹⁵ Maßgebend für die Nationalliberalen war hierbei aber nicht wie für die beiden konservativen Gruppen das Vertrauen in die Festigkeit des „hundertjährigen Baues“ der deutsch-russischen Freundschaft, sondern eine eingehende Untersuchung der wahren Gründe für die Angriffe der russischen Presse, ihrer Ziele und der Möglichkeit einer Verwirklichung derselben.

Den eigentlichen Grund für die Verstimmung Rußlands und die Hetztätigkeit der russischen Zeitungen erblickten die Nationalliberalen im Gegensatz zu Konservativen und Freikonservativen weniger in dem unbefriedigten Ehrgeize Gortschakows als in einer Unzufriedenheit weiterer Kreise Rußlands über die Haltung des Reiches auf dem Berliner Kongreß. In Übereinstimmung mit dem „Hamburger Korrespondent“ meinte die „Kölnische Zeitung“, man sei in Rußland darüber verstimmt, das Deutsche Reich in Sachen des Orients auf der Seite Österreich-Ungarns gefunden zu haben.¹⁶ Man könne ihm nicht verzeihen, daß es über die Zukunft der südslawischen Staaten eine eigene Meinung gehabt habe. Wie sich Rußland aber in dem Deutschen Reiche getäuscht und in ihm nicht den Bundesgenossen gefunden habe, der sich restlos für die Verwirklichung seiner orientalischen Pläne einsetzte, so werde es auch in keiner der übrigen europäischen Mächte einen Verbündeten finden, der mit ihm hierbei „durch Dick und Dünn“ gehe. Läßt sich in diesen Äußerungen bereits in gewissem Maße eine Unterscheidung zwischen den Gründen für die russischen Presseangriffe und ihrem Ziel erkennen, wie sie von den Nationalliberalen vorgenommen wurde, klarer noch tritt diese in den Ausführungen der „National-Zeitung“ in Erscheinung. Sie unterschied zwischen dem Ausgangspunkt der deutsch-russischen Pressefehde und ihrem Zweck, wobei ihr die Untersuchung des Zweckes als der wichtigere Gesichtspunkt erschien.¹⁷ Den Anlaß erblickte auch sie in der von Bismarck auf dem Berliner Kongreß beobachteten Haltung in den orientalischen Fragen; der Zweck aber, meinte sie, könne kein rückschauender sein, denn man wolle in Ruß-

15. Nr. 239, 29. 8. 1879, Erstes Blatt.

16. Nr. 239, 29. 8. 1879, Zweites Blatt.

17. Nr. 383, 19. 8. 1879.

land keine historischen Skizzen schreiben, sondern Europa wissen lassen, daß das russische Reich für die Zukunft anderen Verbindungen zugänglich geworden sei. Die Vergangenheit, hieß es an anderer Stelle,¹⁸ bilde nur den Ausgangspunkt, es werde weniger um sie gerechtet als um die Zukunft. Rußland wolle einen neuen politischen Weg einschlagen, sein eigentliches Ziel aber sei die „alte und ewig junge Frage von Konstantinopel“, und hierfür suche es Bundesgenossen. Dieses Erkennen der tieferen Absichten der russischen Pressehetze gegen das Deutsche Reich aber führte die Nationalliberalen dazu, auch die Folgen des russischen Strebens zu erforschen; sie blieben also nicht dabei stehen, die Gegenwart zu erfassen, sondern versuchten auch die Zukunft zu erkennen.

Die Folge des neuen politischen Weges Rußlands, meinte die „National-Zeitung“ weiter, werde die vollständige Isolierung des russischen Reiches in Europa sein; denn dieser Weg bedeute ein Verlassen desjenigen, den die europäischen Staaten auf dem Berliner Kongreß zu gehen beschlossen hätten. Wolle Rußland von demselben abrücken, dann würde sich allerdings seine Isolierung bewahrheiten. Es war die gleiche Folge, die — wie oben bereits angedeutet — auch die „Kölnische Zeitung“ erkannte, nur daß diese die Gründe für die Isolierung des russischen Reiches noch eingehender darlegte, wobei sie sich wiederum an die Stellungnahme des „Hamburger Korrespondent“ anlehnte:¹⁹ Alle europäischen Großmächte, selbst Frankreich, hätten die Haltung des Deutschen Reiches auf dem Berliner Kongreß gebilligt. Für Rußland bestehe daher im Augenblick überhaupt keine Aussicht, auch nur einen Verbündeten zu finden, der bereit wäre, es bei der Durchführung seiner orientalischen Pläne restlos zu unterstützen. Österreich-Ungarn könne nicht von dem Verbündeten lassen, der in der letzten orientalischen Krise die Interessen Habsburgs zu den eigenen gemacht habe; England sei der geschworene Gegner der russischen Orientpolitik und daher auf ein Einverständnis mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn angewiesen; Frankreich wünsche an der Seite Englands zu bleiben; ebenso wenig seien aber auch Italien oder einer der skandinavischen Staaten den russischen Bündniswerbungen zugänglich. „Solange dieses Verhältnis fort dauert, ist für den Frieden

18. Nr. 399, 28. 8. 1879.

19. Nr. 239, 29. 8. 1879, Zweites Blatt.

nichts zu fürchten, und läßt sich hoffen, daß Rußland wieder einlenken und angesichts der Unmöglichkeit, einen Verbündeten nach seinem Herzen zu finden, den Entschluß fassen werde, zu der Allianz mit dem Nachbarn zurückzukehren, der ihm seit einem halben Jahrhundert die größten Dienste erwiesen, neuerdings den gefährlichsten aller denkbaren Kriege vom Halse genommen hat“. Auch in dieser Folgerung stimmten „Kölnische Zeitung“ und „National-Zeitung“ überein; denn diese äußerte, daß man einer „Periode vergleichsweiser Ruhe“ entgegengehe.²⁰

Aber es liegt in diesen Ausführungen der beiden nationalliberalen Blätter mehr als nur eine Äußerung über die wahrscheinliche Entwicklung der politischen Lage: die Nationalliberalen glaubten nicht nur, daß der Friede zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland erhalten werde, sie wünschten dies auch; hierin trafen sie sich mit den beiden konservativen Gruppen. Vor allem die angeführte Äußerung des „Hamburger Korrespondent“, die die „Kölnische Zeitung“ sich zu eigen gemacht hatte, bewies deutlich, wie sehr sie ein Einlenken Rußlands erhofften. Aber durch alle Anzeichen und Aussichten, die auf die Erhaltung des Friedens und somit die Erfüllung ihrer Wünsche hindeuteten, ließen sich die Nationalliberalen doch nicht darüber täuschen — und wieder liegt hierin das Bestreben, in die Zukunft zu blicken —, daß die eigentlichen Elemente der deutschfeindlichen Strömung in Rußland deshalb noch keineswegs beseitigt wären. Das Deutsche Reich müsse in seine politischen Berechnungen, hieß es in der „National-Zeitung“, die Tatsache aufnehmen, daß ein Geist offener Feindseligkeit in sehr mächtige Regionen der russischen Staatsleitung eingezogen sei.²¹ Selbst die Friedensliebe des Zaren werde immer größere Mühe haben, die deutschfeindlichen Strömungen in Rußland einzudämmen: „Die erregte öffentliche Meinung wird schließlich auch im absoluten Staat eine Macht für sich“.

Aus all diesen Äußerungen spricht deutlich das größere Verständnis, das die Nationalliberalen gegenüber Konservativen und Freikonservativen für die hier betrachtete außenpolitische Frage besaßen. Es kam vor allem darin zum Ausdruck, wenn sie im Gegensatz zu diesen die Lage der Gegenwart in ihren letzten Gründen

20. Nr. 399, 28. 8. 1879.

21. Nr. 399, 28. 8. 1879.

klar zu erkennen und von hier aus die Möglichkeiten der Zukunft zu erforschen suchten. Eine Frage freilich, die gerade bei den Betrachtungen deutscher Parteien hätte im Vordergrund stehen müssen, ließen auch die Nationalliberalen völlig unberücksichtigt: die Notwendigkeit der deutsch-russischen Freundschaft für die Gestaltung der außenpolitischen Lage des Reiches. Auch sie versäumten es, ihr Eintreten für die Erhaltung enger deutsch-russischer Beziehungen von außenpolitischen Gesichtspunkten her irgendwie zu begründen.

Konnte bei den bisher betrachteten politischen Gruppen eine erhebliche Beunruhigung über die Angriffe der russischen Presse gegen das Deutsche Reich nicht beobachtet werden, so ist es beim Zentrum gerade umgekehrt. Während jene bemüht waren, die Bedeutung der Pressefehde nicht zu überschätzen, und so beruhigend auf die Öffentlichkeit einzuwirken — ohne dabei aber den Ernst der Lage zu verkennen —, glaubten die Zentrumskreise eine kriegerrische Verwicklung befürchten zu müssen. Der Gedanke an einen Krieg sei demjenigen, der die Auslassungen der russischen und deutschen halbamtlichen Blätter verfolgt habe, so vertraut geworden wie die „Vorstellung des morgigen Regenwetters“, schrieb die „Germania“.²² Einen Grund für diese Entwicklung wußte sie freilich nicht anzugeben: „Unser Verhältnis zu Rußland mit all seiner äußeren Freundschaft und seinen inneren tief feindlichen Gegensätzen hat schon wiederholt die rätselhaftesten Blüten gezeitigt“. So sei es eben auch in der Gegenwart wieder, und trotz aller Versuche von Zeichendeutern, eine Erklärung für den plötzlichen Ausbruch der Feindschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland zu finden, bleibe es doch ein Rätsel, warum die russische Presse der Welt beweisen wolle, Bismarck habe die Russen in den Krieg gehetzt, um sie nachher im Stiche zu lassen und ihnen die errungene Beute möglichst wieder abzuführen. Man kenne nur die Ereignisse des Jahres 1875 und die Vorkommnisse auf dem Berliner Kongreß, nach denen man urteilen könne. Was sich inzwischen hinter den Kulissen abgespielt habe, wisse man aber nicht. Die Zentrumskreise machten auch gar keinen Versuch, in diese Geheimnisse einzudringen; denn die Erörterung dieser Frage erschien ihnen nebensächlich gegenüber der Feststellung, daß die deutsch-russische Freundschaft einen Bruch erlitten habe: „So viel läßt sich jedoch mit Sicherheit erkennen“,

22. Nr. 193, 23. 8. 1879.

schrieb die „Germania“ in ihren weiteren Ausführungen, „daß die durch allerhand Künste ins Kraut getriebene Blume der preußisch-russischen Freundschaft mit allen Treibhauspflanzen das Schicksal der schnellen Vergänglichkeit teilt“.

Von jeher war es der Wunsch der Zentrumsparthei gewesen, daß die Freundschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland einmal auseinanderbrechen möge. Niemals, seit ihrer Entstehung, hatte sie aus ihrer Abneigung gegen eine Pflege enger Beziehungen beider Reiche zueinander ein Hehl gemacht; auch in der obigen Äußerung der „Germania“ spiegelte sie sich deutlich wieder, zugleich aber sprach aus ihr eine gewisse Genugtuung über die eingetretene Entwicklung. Freilich waren es nicht außenpolitische Gesichtspunkte, die diese Einstellung des Zentrums bestimmten, nicht der Gedanke, eine enge Anlehnung des Deutschen Reiches an Rußland könne für die Gestaltung seiner außenpolitischen Lage ungünstige Folgen haben und es biete die Freundschaft mit anderen europäischen Mächten eine größere Sicherheit für das Reich. In dem gleichen Maße wie bei dem Wunsche der Konservativen nach engen deutsch-russischen Beziehungen traten auch bei der entgegengesetzten Stellungnahme des Zentrums außenpolitische Erwägungen vollständig in den Hintergrund: sie entsprang in erster Linie der grundsätzlichen Abneigung des Zentrums gegen jedes deutsch-russische Freundschaftsverhältnis, wie sie den Grundanschauungen und dem Wesen dieser Partei entsprach. Das Zentrum trug einen rein konfessionellen Charakter. Entstanden als Sammelpunkt der mit der Bismarckschen Lösung der Reichsgründung unzufriedenen katholischen Kreise Deutschlands, galt sein Wirken vor allem katholischen Interessen. Konfessionelle Gesichtspunkte im katholischen Sinne bestimmten in stärkstem Maße seine Haltung in allen politischen Fragen, sie waren maßgebend auch für die Einstellung des Zentrums gegenüber den anderen europäischen Mächten. Seinen römisch-katholischen Grundanschauungen aber widersprach jede engere Anlehnung des Deutschen Reiches an das griechisch-katholische Rußland. Sie widersprach zugleich der Grundeinstellung des Zentrums gegenüber dem Reiche von 1871, nach der es ihm vor allem darauf ankam, die Vormachtstellung des preußisch-protestantischen Elementes in diesem Reiche zu bekämpfen; denn die Pflege des deutsch-russischen Freundschaftsverhältnisses nach 1871 galt dem Zentrum als Fortführung einer

preußischen Tradition, waren doch Preußen und Rußland seit Anfang des Jahrhunderts eng verbündet gewesen. Deutlich kam dies zum Ausdruck, wenn die „Germania“ in der oben angeführten Äußerung nicht von der deutsch-russischen, sondern von der preußisch-russischen Freundschaft sprach oder wenn sie schrieb, an einen Krieg zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland habe noch vor Jahresfrist kein „ordentlicher Preuße“ zu denken gewagt.²³ Der Fortführung einer preußischen Tradition aber mußte man mit allen Mitteln Widerstand leisten; denn sie war doch nur geeignet, dasjenige Element im Deutschen Reiche noch zu stärken, das man gerade bekämpfte. Aus dem Grundcharakter des Zentrums also müssen der Wunsch der Zentrumskreise nach einer Abwendung des Deutschen Reiches von der russischen Freundschaft, wie er deutlich aus der angeführten Äußerung der „Germania“ sprach, und die innere Genugtuung, mit der sie die Entfremdung zwischen den beiden Ländern begrüßten, verstanden werden. Außenpolitische Gesichtspunkte spielten dabei überhaupt keine Rolle. Auch das ist kein Gegenbeweis, wenn die „Germania“ im Anschluß an ihre Feststellung von der Erkaltung der deutsch-russischen Beziehungen auf Österreich-Ungarn hinwies und bemerkte, man brauche sich nicht zu fürchten, solange das Deutsche Reich und die Donaumonarchie zusammenhielten; denn eine Anlehnung an das römisch-katholische Habsburgerreich entsprach in stärkstem Maße dem konfessionellen, d. h. katholischen Grundcharakter des Zentrums; zudem erhofften die Zentrumskreise von einem engen Freundschaftsverhältnisse mit Österreich-Ungarn eine Stärkung des katholischen Elementes im Deutschen Reiche; endlich aber fehlte auch jede Untersuchung der Notwendigkeit einer Abkehr des Reiches von Rußland und einer Anlehnung an Österreich-Ungarn für die Gestaltung seiner außenpolitischen Lage.

Von den fortschrittlichen Blättern, die für die vorliegende Arbeit benutzt werden konnten, beschäftigte sich in stärkerem Maße mit den Angriffen der russischen Presse auf das Deutsche Reich nur die „Frankfurter Zeitung“. Ihre Ausführungen unterschieden sich dabei wesentlich von denjenigen der Blätter aller übrigen politischen Gruppen; denn in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen rückte sie einen Gedanken, der von keiner anderen Partei erwähnt worden

23. Nr. 193, 23. 8. 1879.

war: die Frage nach dem Zweck der scharfen Erwiderung der russischen Angriffe gegen das Deutsche Reich und seinen Kanzler in der halbamtlichen deutschen Presse. Zwar hatten die Äußerungen derselben für alle deutschen Zeitungen den eigentlichen Anlaß gebildet, zu dem deutsch-russischen Verhältnisse Stellung zu nehmen, aber ihnen war die Untersuchung der Gründe für die russischen Presseangriffe als vor allem wichtig erschienen; die Entgegnungen der deutschen halbamtlichen Blätter hierzu hatten bei ihnen kaum Beachtung gefunden. Entgegengesetzt gerade lagen die Verhältnisse bei den Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“: die Stellungnahme zu den Angriffen der russischen Presse trat zurück vor dem Bestreben, den Zweck der scharfen und eindeutigen Äußerungen der deutschen halbamtlichen Blätter zu erkennen. Diesen suchte sie aber nicht auf außenpolitischem Gebiet, etwa in der Verschärfung der außenpolitischen Lage, sondern auf dem Felde der Innenpolitik, sie fand ihn in der Ankündigung einer neuen Heeresvermehrung. Man müsse den eigentlichen Zweck der lauten Sprache der halbamtlichen Blätter, schrieb die „Frankfurter Zeitung“, in dem Wunsche erblicken, „dem geängsteten Volke und seinen Vertretern die Notwendigkeit der Verstärkung der Heeresmacht begreiflich zu machen“.²⁴ Sie stützte diese Behauptung auf eine Betrachtung der gegenwärtigen politischen Lage, die sie als keineswegs gefahrvoll für das Deutsche Reich bezeichnete. Vor allem sei vorerst, meinte sie, mit der Möglichkeit eines Bündnisabschlusses zwischen Frankreich und Rußland, wie dies in der offiziellen Presse geschehe, überhaupt nicht zu rechnen. Sicherlich schwebe ein solches Bündnis zahlreichen Politikern in beiden Ländern vor und werde wohl auch von manchen Staatsmännern gewünscht, aber ein „materielles Bindeglied“ zwischen Frankreich und Rußland wäre doch nur schwer feststellbar; denn der bloße Haß genüge nicht, um beide Staaten zusammen in den Krieg zu treiben. Vor allem Rußland habe in einem derartigen Kriege überhaupt nichts zu gewinnen: es wäre falsch, wenn die Russen glaubten, Frankreich würde ihnen als Preis einer Unterstützung gegen das Deutsche Reich freie Hand im Orient lassen; zudem sei es ja nicht Deutschland gewesen, das die russischen Eroberungen auf der Balkanhalbinsel verhindert habe, dies sei vielmehr durch den Einspruch Englands und Österreich-Ungarns ge-

24. Nr. 199, 18. 7. 1879, Morgenblatt.

schehen, während Frankreich jede Machterweiterung eines anderen Staates im Orient „mit eifersüchtigen Blicken“ verfolge. Aber auch zur Hebung des Ansehens des Zaren, das in Wahrheit überhaupt nicht gefährdet sei, bilde ein Krieg gegen das Deutsche Reich nicht das geeignete Mittel, und ebenso sei es für Rußland nicht ratsam, Eroberungen auf deutschem Gebiet machen zu wollen. So gebe es also im Augenblick tatsächlich keinen Grund zu irgendeiner ernstern Beunruhigung. Aus dieser Tatsache leitete die „Frankfurter Zeitung“ die Berechtigung ab, in den Entgegnungen der deutschen halbamtlichen Blätter auf die Äußerungen der russischen Presse die Ankündigung einer neuen Heeresvorlage zu erblicken. Aber das fortschrittliche Blatt begnügte sich nicht allein mit dieser Feststellung, es brachte dabei zugleich seine Abneigung gegen eine weitere Rüstungsvermehrung deutlich zum Ausdruck: „Gegen unberechtigte Ansprüche und aggressive Tendenzen eines oder zweier Nachbarn sind wir bereits genügend gerüstet“. Auf die militärischen Rüstungen des Deutschen Reiches wies auch das „Berliner Tageblatt“ hin, das als einziges fortschrittliches Blatt neben der „Frankfurter Zeitung“ eine eigene Stellungnahme zu den Angriffen der russischen Presse gegen das Reich enthielt, freilich ohne wie diese irgendwie dabei die Äußerungen der deutschen halbamtlichen Blätter mit der Ankündigung einer neuen Heeresvorlage in Verbindung zu bringen: „Wir sind heute mindestens ebenso schlagfertig, wie wir es unter ungünstigeren Verhältnissen im Jahre 1870 waren“.²⁵

Diese Äußerungen der „Frankfurter Zeitung“ und des „Berliner Tageblattes“ entsprangen aber nicht einem tieferen Einblick in die tatsächlichen politischen Verhältnisse; sie müssen vielmehr als charakteristisch für die fortschrittlichen Kreise bezeichnet werden: mit Ausnahme der Sozialdemokratie gab es unter den deutschen politischen Gruppen keine, die mit gleicher Leidenschaft und Heftigkeit wie die Fortschrittspartei jede Vermehrung der Friedensstärke des deutschen Heeres bekämpfte; immer wieder haben die Kreise des Fortschritts Gelegenheit genommen, die Stärke des deutschen Heeres zu betonen und damit jede weitere militärische Aufrüstung des Deutschen Reiches als nicht notwendig zu erweisen. Aus dieser Einstellung heraus, nicht aber von irgendwelchen realpolitischen Er-

25. Nr. 390, 22. 8. 1879.

wägungen und Berechnungen aus müssen die oben wiedergegebenen Äußerungen der beiden fortschrittlichen Blätter verstanden und erklärt werden.

Eine Untersuchung der Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den russischen Presseangriffen auf das Deutsche Reich ist nicht möglich; denn es fehlte für diese Partei nach dem Sozialistengesetz, durch das das Erscheinen sozialdemokratischer Blätter im Reiche verboten war, zunächst an jeder Möglichkeit einer Meinungsäußerung. Erst Anfang Oktober 1879 schuf sie sich im „Sozialdemokrat“, der in der Schweiz erschien, ein neues Organ. Für eine Betrachtung der Beurteilung der deutsch-russischen Pressefehde durch die Sozialdemokratie fehlt es also an jeglichem Quellenmaterial.

Ein buntes und uneinheitliches, fast verwirrendes Bild ist es, das die Untersuchung der Stellungnahme der deutschen Parteien zur deutsch-russischen Pressefehde gezeigt hat, ein Bild, reich an einzelnen Zügen. In stärkstem Maße waren die Betrachtungen der einzelnen politischen Gruppen voneinander verschieden; verschieden nicht nur durch die Anschauungen, die sich in ihnen ausdrückten, verschieden vor allem durch die einzelnen Gesichtspunkte, die in ihnen Erwähnung fanden. Fast jede Partei stellte eine andere Erwägung als die übrigen Gruppen als besonders wichtig in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen; lediglich die beiden konservativen Parteien stimmten in ihren Äußerungen im wesentlichen miteinander überein.

Bei all dieser Mannigfaltigkeit der Erwägungen der einzelnen politischen Gruppen gab es aber zwei Gesichtspunkte — wesentlich gerade für unsere Betrachtung ihrer Stellungnahme zu den russischen Presseangriffen —, die in den Erörterungen fast aller Parteien eine gewisse Rolle spielten: die Möglichkeit einer sich aus der deutsch-russischen Pressefehde ergebenden ernsthaften Gefahr und die zukünftige Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen. In beiden Fragen bestand dabei sogar zwischen einzelnen Gruppen eine Übereinstimmung in dem Ergebnis, mochten sie auch auf verschiedenen Wegen zu ihrer Erkenntnis gelangt sein. So meinten mit Ausnahme des Zentrums, das eine krieglerische Verwicklung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland befürchtete, alle politischen Gruppen übereinstimmend, daß trotz der heftigen Pressefehde zwischen beiden Ländern eine ernsthafte Gefahr nicht drohe.

Ganz ähnlich verhielt es sich auch bei ihrer Stellungnahme zu der zweiten Frage: Konservative, Freikonservative und National-liberale wünschten in gleicher Weise auch für die Zukunft eine enge Freundschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland. In wirklichem Gegensatze hierzu stand wiederum allein das Zentrum, das mit Freude und innerer Genugtuung das Ende der deutsch-russischen Freundschaft feststellte und kaum eindeutiger als hierdurch seinen Wunsch nach einem vollständigen Wandel in den deutsch-russischen Beziehungen hätte zum Ausdruck bringen können. In den Erörterungen der Kreise des Fortschritts dagegen spielte diese Frage überhaupt keine Rolle; es fehlt somit zunächst auch an jedem Anhaltspunkt dafür, ob man hier mehr der Ansicht des Zentrums oder derjenigen der übrigen politischen Gruppen zuneigte.

2. Die Gasteiner Kaiserbegegnung und der Rücktritt Andrassys.

Die Haltung der deutschen Parteien gegenüber dem Zarenreiche, wie sie sich aus ihren Äußerungen zur deutsch-russischen Pressefehde ergab, war — wie wir sahen — uneinheitlich und keineswegs immer freundlich gewesen. Wie verhielt sich nun demgegenüber ihre Stellungnahme zu der anderen Macht des Dreikaiserverhältnisses, zu Österreich-Ungarn, vor Beginn der Bündnisverhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy? Unterschied sie sich wesentlich von der gegenüber Rußland gezeigten Haltung oder wies sie doch im allgemeinen eine gewisse Ähnlichkeit mit dieser auf? Auch die Untersuchung dieser Frage soll wie diejenige der Stellungnahme der deutschen Parteien zum Zarenreiche dadurch erfolgen, daß ihre Beurteilung bestimmter politischer Ereignisse betrachtet wird: die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Franz Josephs in Gastein am 9. August 1879 und die Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Grafen Andrassy von seinem Posten als österreichisch-ungarischer Außenminister, die wenige Tage später durch die Presse ging, mögen als Anhaltspunkte hierfür dienen. Dabei sollen beide Fragen nicht getrennt, sondern gemeinsam behandelt werden; dies ist vor allem deshalb notwendig, weil beide Ereignisse wiederholt von den Parteien in Beziehung zueinander gesetzt wurden.

Die konservativen Blätter enthielten eigene Meinungsäußerungen nur zu einer dieser Fragen, zur Meldung vom Rücktritt des Grafen Andrassy. Dabei betonten sie zunächst in besonderem Maße die Verdienste desselben um die Pflege der Freundschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn während der Zeit seiner Ministertätigkeit. „Andrassy hat sich immer bestrebt, zu Deutschland ein freundschaftliches Verhältnis zu erhalten“, schrieb der „Reichsbote“.¹ Er sei es gewesen, der es durchgesetzt habe, daß Österreich-Ungarn im Jahre 1870 das Bündnisangebot Frankreichs abgelehnt habe und so nicht in dessen Schicksal verflochten worden sei. Auch die „Kreuzzeitung“ gestand ohne jede Einschränkung zu, daß die Politik des Grafen Andrassy stets durch die Pflege enger und herzlicher Beziehungen zum Deutschen Reiche getragen worden sei;² dies sei noch dadurch erleichtert worden, daß sich Bismarck und Andrassy gegenseitig vollstes Vertrauen geschenkt hätten. Nicht allein für Österreich-Ungarn und das Reich habe dieses Verhältnis gute Früchte getragen, sondern für ganz Europa; denn durch die besonnene und vertrauensvolle Politik des Grafen Andrassy sei es gelungen, Europa den Frieden zu erhalten.

Jetzt wurde der Rücktritt Andrassys gemeldet. Sollte hiermit zugleich ein Wandel in der Außenpolitik Österreich-Ungarns angekündigt werden, der die deutschen Konservativen aus vollster Überzeugung zugestimmt hatten? Wollte das Habsburgerreich eine Änderung in seinem Verhältnisse zum Deutschen Reiche eintreten lassen und eine Abwendung von diesem vollziehen? Die Möglichkeit einer derartigen Entwicklung als Folge des Rücktrittes Andrassys wurde von den Konservativen keineswegs verkannt. Wenn der Rücktritt des Grafen Andrassy wirklich von außenpolitischen Gründen bestimmt sei, dann könne es sich dabei nur um seine Orientpolitik oder um sein Verhältnis zum Deutschen Reiche handeln, meinte der „Reichsbote“.³ Aber wenn sich die Konservativen derartiger Möglichkeiten auch bewußt waren, so glaubten sie doch nicht, daß sich der Rücktritt Andrassys tatsächlich gegen das Deutsche Reich richte, vielmehr erblickten sie in der Begegnung der Kaiser beider Länder in Gastein eine Gewähr dafür, daß die

1. Nr. 191, 17. 8. 1879.

2. Nr. 192. 19. 8. 1879.

3. Nr. 191, 17. 8. 1879.

Beziehungen zwischen dem Reiche und Österreich-Ungarn auch weiterhin unverändert bleiben würden.⁴ Daß dies der Fall sein und die Freundschaft zwischen den beiden Staaten durch den Rücktritt Andrassys keinen Schaden erleiden möge, das wünschten die Konservativen aber in stärkstem Maße, und ihre Presse, vor allem die „Kreuzzeitung“,⁵ brachte dies klar zum Ausdruck: „Wo wäre eine Kombination zu finden, in welcher Österreich-Ungarn seiner Entwicklung und Konsolidierung mit größerer Ruhe nachgehen und den Gefahren internationaler Verwicklungen zuversichtlicher begegnen könnte, als in dem Freundschaftsverhältnis mit Deutschland, welches nach der einmal erfolgten Auseinandersetzung mit Österreich in so vielen vitalen Interessen mit demselben verbunden ist...?“ Dieses Werben um Österreich-Ungarn, wie es klar aus diesen Worten spricht, aus diesem ausdrücklichen Hervorheben der Vorteile, die der Donaumonarchie aus der Freundschaft mit dem Deutschen Reiche erwachsen würden, veranschaulicht deutlich das Bestreben der Konservativen, auch in der Zukunft sich für eine enge Bindung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn einzusetzen. Aber wenn sie dies taten, wenn die Konservativen für eine feste Anlehnung der beiden Reiche aneinander eintraten, wieder — wie schon bei ihrer Stellungnahme gegenüber Rußland — waren hierfür nicht außenpolitische Gesichtspunkte maßgebend; auch dieses Streben muß von ihren politischen Grundanschauungen aus verstanden werden: sie wünschten ein enges deutsch-österreichisches Freundschaftsverhältnis vor allem deshalb, weil sie in der Donaumonarchie eine konservative Macht erblickten; hinzu kamen auch hier traditionelle Erwägungen.

Wie schon bei der Stellungnahme zu den russischen Presseangriffen entsprach auch die Haltung der Freikonservativen zu den in diesem Abschnitt behandelten Fragen im wesentlichen derjenigen, die die Konservativen beobachteten. Die „Post“ stellte in ihren im ganzen nur sehr knapp gehaltenen Ausführungen fest, daß das Deutsche Reich den Rücktritt des Grafen Andrassy nur mit Bedauern betrachten könne und gab zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß der Nachfolger Andrassys auf dessen Bahnen fortschreiten

4. Reichsbote, Nr. 191, 17. 8. 1879; Kreuzzeitung, Nr. 192, 19. 8. 1879.

5. Nr. 192, 19. 8. 1879.

möge.⁶ Auch die Freikonservativen wünschten also für die Zukunft die Aufrechterhaltung eines möglichst engen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn.

Von dem gleichen Wunsche wurde die Stellungnahme der Nationalliberalen getragen. Auch diese traten in ihren Äußerungen immer wieder für die Pflege enger freundschaftlicher Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn ein und bedauerten den Rücktritt des Grafen Andrassy, denn auch sie wußten, daß die Begründung der deutsch-österreichischen Freundschaft nach der Auseinandersetzung von 1866 in stärkstem Maße sein Verdienst gewesen war. Die „National-Zeitung“ bezeichnete Andrassy als eine Persönlichkeit, die in sich „die Bürgschaft einer loyalen und sympathischen Haltung gegenüber Deutschland“ trage.⁷ Kein Deutscher innerhalb und außerhalb Österreich-Ungarns, meinte sie ein andermal, könne ihm es jemals vergessen, daß er im Jahre 1870 Österreich davon abgehalten habe, an die Seite Frankreichs zu treten.⁸ Jetzt schied dieser entschiedenste Anwalt des Habsburgerreiches für die deutsch-österreichische Freundschaft aus seinem Amte als Leiter der österreichischen Außenpolitik. Fast acht Jahre hindurch hatte er die auswärtige Politik der Donaumonarchie geleitet, und die deutsch-österreichischen Beziehungen hatten sich während dieser Zeit immer freundschaftlicher gestaltet; daß sich hierin nach seinem Rücktritt ein Wandel vollziehen könne, verkannten auch die Nationalliberalen nicht. Von den Gegnern der engen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn sei ständig an dem Sturze des Grafen Andrassy gearbeitet worden, schrieb die „National-Zeitung“;⁹ wenn man auch nicht behaupten könne, daß Andrassy wegen der besonderen Pflege dieser Beziehungen gefallen sei, so stehe doch so viel fest, daß man ihn habe fallen lassen, trotzdem er sich der eifrigen Pflege der deutsch-österreichischen Freundschaft gewidmet habe. Jedenfalls würden durch seinen Rücktritt vor allem die seitherigen Freunde des Deutschen Reiches getroffen. Aber wenn sich auch die Nationalliberalen der Möglichkeit einer Änderung in den bisherigen Beziehungen zwischen den beiden

6. Nr. 227, 20. 8. 1879.

7. Nr. 371, 12. 8. 1879.

8. Nr. 379, 16. 8. 1879.

9. Nr. 379, 16. 8. 1879.

Nachbarreichen durchaus bewußt waren, ihre Verwirklichung meinten sie ebenso wenig wie die Konservativen befürchten zu müssen; auch sie glaubten nicht, daß der Rücktritt Andrassys tatsächlich eine grundsätzliche Änderung des freundschaftlichen Verhältnisses beider Reiche zur Folge haben werde. So bedeutsam auch die Stellung des Grafen Andrassy in der habsburgischen Monarchie sei, schrieb die „Kölnische Zeitung“,¹⁰ einen vollständigen Systemwechsel in der Politik Österreich-Ungarns brauche diese Personalveränderung nicht zu bedeuten; die „National-Zeitung“ aber warnte davor, die Parallelen überhaupt zu weit zu ziehen;¹¹ denn die innerpolitischen Verhältnisse Österreich-Ungarns seien so verwickelter Natur, daß sie für den Ausländer meist nur schwer erkennbar. So könne der Rücktritt Andrassys durchaus von Gesichtspunkten bestimmt sein, die außerhalb der Grenzen der Donaumonarchie überhaupt nicht feststellbar wären. Waren nicht tatsächlich Anzeichen dafür vorhanden, daß auch nach dem vollzogenen Rücktritt Andrassys die Außenpolitik Österreich-Ungarns in ihrer Haltung gegenüber dem Deutschen Reiche keinerlei Änderung erfahren würde? Schien nicht die erst kürzlich erfolgte Zusammenkunft der Kaiser beider Reiche in Gastein eine Gewähr hierfür zu bieten? Schon aus ihrem Anlaß hatten die nationalliberalen Blätter darauf hingewiesen, daß hierdurch von neuem das Fortbestehen des freundschaftlichen Verhältnisses beider Nachbarreiche zueinander bekundet werde.¹² Auch jetzt, da der Rücktritt des Grafen Andrassy gemeldet wurde und sich hierin doch mindestens die Möglichkeit einer Änderung der österreichischen Außenpolitik andeutete, erinnerte die „National-Zeitung“¹³ an die Gesinnung Kaiser Franz Josephs gegenüber dem Deutschen Reiche und die Freundschaft der Herrscher beider Staaten. Erst die jüngste Zusammenkunft in Gastein habe gezeigt, welch starke Bürgschaft hierin für die Fortdauer guter Beziehungen zwischen dem Reiche und Österreich-Ungarn liege.

So glaubten also auch die Nationalliberalen, daß der Rücktritt Andrassys keine Änderung in der Außenpolitik Österreich-Ungarns,

10. Nr. 223, 13. 8. 1879, Zweites Blatt.

11. Nr. 379, 16. 8. 1879.

12. Kölnische Zeitung, Nr. 221, 11. 8. 1879, Zweites Blatt; National-Zeitung, Nr. 367, 9. 8. 1879.

13. Nr. 379, 16. 8. 1879.

vor allem in seiner Haltung gegenüber dem Deutschen Reiche zur Folge haben werde; mit dieser Feststellung aber brachten sie zugleich zum Ausdruck, daß sie auch für die Zukunft die Erhaltung der deutsch-österreichischen Freundschaft unbedingt wünschten.

In den katholischen Kreisen Deutschlands war der Wille zur Pflege eines engen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn von jeher in besonders starkem Maße vorhanden gewesen. Schon bald nach der Auseinandersetzung von 1866 hatte sich hier eine Bewegung geltend gemacht, die eine Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen des Reiches zu Österreich-Ungarn erstrebte. So schrieb Ketteler in seinem Buche „Deutschland nach dem Kriege von 1866“: „Wir bedürfen einer schnellen Lösung der deutschen Frage, und diese scheint im Augenblick nur der Anschluß an den Nordbund und ein inniges Bündnis mit Österreich zu bieten“;¹⁴ auch in einem Entwurfe Kettelers für ein Programm der Zentrumspartei vom Jahre 1871 lautete Punkt 2: „Festes nationales Bündnis mit Österreich, dem deutschen Ost-Reiche“.¹⁵ Es war die natürliche Folge, daß sich alle derartigen Bestrebungen katholischer Kreise, die auf eine enge Verknüpfung des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn hinzielten, nach der Gründung der Zentrumspartei, des Sammelpunktes der katholischen Elemente Deutschlands, auch auf diese übertrugen, wie es in ihrer politischen Wirksamkeit sichtbar in Erscheinung trat. Stets ist das Zentrum in stärkstem Maße für die Pflege der deutsch-österreichischen Freundschaft eingetreten. Freilich geschah dies — wie oben bereits angedeutet — nicht aus außenpolitischen Erwägungen heraus, die Zentrumskreise wünschten ein enges Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn einerseits, weil dieses ihren politischen Grundanschauungen entsprach, andererseits, weil sie hiervon eine Stärkung des katholischen und eine Schwächung des von ihnen bekämpften preußisch-protestantischen Elementes im Reiche erhofften.

Auch in der Stellungnahme des Zentrums zu der Gasteiner Kaiserbegegnung und der Meldung von Andrassys Rücktritt offenbarte sich deutlich sein Wunsch nach der Pflege enger deutsch-österreichischer Beziehungen. Zwar verlieh es diesem Wunsche

14. S. 83.

15. Ketteler, Die Katholiken im Deutschen Reiche, S. 6.

keinen unmittelbaren Ausdruck, indem es ihn eindeutig betonte, auch würdigte es die Verdienste des Grafen Andrassy in dieser Hinsicht überhaupt nicht; aber wenn die „Germania“ in der Kaiserzusammenkunft von Gastein eine Gewähr dafür erblickte, daß der Rücktritt Andrassys auf die Gestaltung der deutsch-österreichischen Beziehungen keinerlei Einfluß haben werde¹⁶ und nur eine Persönlichkeit der Nachfolger Andrassys werden könne, die als ihre wesentlichste Aufgabe die Pflege des zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn bestehenden Freundschaftsbundes betrachte,¹⁷ so lag hierin mehr als nur die Wiedergabe ihrer Ansicht über die wahrscheinliche Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen; es drückte sich hierin zugleich in stärkstem Maße der Wunsch aus, daß das bisherige Verhältnis zwischen den beiden Reichen keine Änderung erfahren und auch in Zukunft ein möglichst enges sein möge. Auch daraus sprach der gleiche Wunsch, wenn die „Germania“ feststellte,¹⁸ daß die russischen Presseangriffe, denen auch Österreich-Ungarn ausgesetzt sei, nur dazu beitragen könnten, das schon bestehende Freundschaftsverhältnis zwischen dem Habsburgerstaate und dem Deutschen Reiche noch mehr zu festigen.

Wie alle bisher betrachteten politischen Gruppen trat auch die Fortschrittspartei entschieden für die weitere Pflege einer engen deutsch-österreichischen Freundschaft ein und begrüßte freudig jede sich hierfür bietende Bürgschaft. Deutlich zeigt dies vor allem ihre Stellungnahme zu der Gasteiner Kaiserzusammenkunft. Wenn auch ein eigentlich politischer Zweck bei dieser Begegnung sicherlich nicht vorhanden gewesen sei, schrieb das „Berliner Tageblatt“,¹⁹ so müsse man doch darin eine Kundgebung für die aufrichtig guten Beziehungen erblicken, die zwischen den beiden Ländern herrschten und in der persönlichen Freundschaft der beiden Monarchen ihren Ausdruck fänden. Daß die Wiederanbahnung des Freundschaftsverhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn nach der Auseinandersetzung von 1866 ein wesentliches Verdienst des Grafen Andrassy und seine Person stets eine sichere

16. Nr. 183, 12. 8. 1879.

17. Nr. 187, 16. 8. 1879.

18. Nr. 187, 16. 8. 1879.

19. Nr. 369, 10. 8. 1879.

Gewähr für die Aufrechterhaltung desselben gewesen war, verkann-ten auch die Kreise der Fortschrittspartei nicht; auch von ihnen wurde daher der Sturz Andrassys aufs lebhafteste bedauert.²⁰ Über die Gründe, die hierzu geführt hatten, und die sich hieraus ergebenden Folgen bestand bei ihnen freilich wenig Klarheit. Das „Berliner Tageblatt“²¹ begnügte sich mit der Feststellung, daß man den Sturz Andrassys als den „augenblicklichen Sieg der reaktionären Hof- und Militärpartei in Wien“ ansehen müsse, und auf die Frage, was der Nachfolger Andrassys für das Deutsche Reich „bringen“ werde, antwortete es kurz: „Gutes schwerlich“. Aber die Befürchtung, daß durch den Rücktritt Andrassys tatsächlich ein Wandel in den deutsch-österreichischen Beziehungen eintreten werde, wie sie deutlich aus dieser Äußerung spricht, wurde in den Kreisen des Fortschritts keineswegs allgemein geteilt. So standen zu diesen Ausführungen des „Berliner Tageblattes“ diejenigen der „Frankfurter Zeitung“ in vollständigem Gegensatz; sie meinte, daß das Deutsche Reich sich am wenigsten durch den Sturz Andrassys beunruhigt zu fühlen brauche, da die seit 1866 erfolgten Machtverschiebungen in Europa Deutschland und Österreich-Ungarn dauernd aufeinander anwiesen, möge nun Andrassy oder ein anderer die Außenpolitik der Donaumonarchie leiten.²² Aber mochten die Ansichten über die Folgen des Rücktrittes Andrassys in den Reihen der Fortschrittspartei auch auseinandergehen, übereinstimmend doch wünschten sie die Aufrechterhaltung enger freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn. Dieser Wunsch kam in den angeführten Äußerungen der „Frankfurter Zeitung“ und des „Berliner Tageblattes“ in gleicher Weise deutlich zum Ausdruck.

Wie vollständig andersartig als die gegenüber Rußland beobachtete Einstellung war doch die Haltung der deutschen Parteien gegenüber Österreich-Ungarn. Uneinheitlich und voneinander völlig verschieden waren ihre Ansichten über das deutsch-russische Verhältnis gewesen; übereinstimmend dagegen traten sie alle für enge Beziehungen des Deutschen Reiches zu der Donaumonarchie ein.

20. Berliner Tageblatt, Nr. 379, 16. 8. 1879.

21. Nr. 370, 11. 8. 1879.

22. Nr. 233, 21. 8. 1879, Morgenblatt.

Keine Gruppe gab es, die eine Änderung in dem freundnachbarlichen Verhältnisse wünschte, das sich in den letzten Jahren herausgebildet hatte. Sie alle hofften, daß dieses auch weiterhin bestehen werde und all ihre Äußerungen gegenüber der Donaumonarchie waren in einem außerordentlich freundlichen Tone gehalten, der in deutlichem Gegensatz zu demjenigen stand, mit dem sie die russischen Presseangriffe beantwortet hatten. Keine Partei aber, obwohl sie doch alle den Wunsch nach der Aufrechterhaltung der deutsch-österreichischen Freundschaft deutlich zum Ausdruck brachten, führte hierbei — wie bei ihren Ausführungen über das deutsch-russische Verhältnis — irgendeinen Grund für die außenpolitische Notwendigkeit einer Pflege derartiger Beziehungen zwischen den beiden Reichen an.

3. Die Sendung Manteuffels und die Kaiserzusammenkunft von Alexandrowo.

Das deutschfeindliche Treiben weiter russischer Kreise im Anschluß an den Berliner Kongreß blieb nicht ohne Einwirkung auf den Zaren; auch bei ihm kam in immer stärkerem Maße die Anschauung zum Durchbruch, daß für das Ergebnis des Berliner Kongresses allein das Deutsche Reich verantwortlich zu machen sei. In einem Schreiben an Kaiser Wilhelm (15. 8. 1879) brachte er diese Ansicht offen zum Ausdruck, wobei er zugleich heftige Vorwürfe gegen den deutschen Reichskanzler erhob. Bei dem Kaiser rief dieses Schreiben naturgemäß eine arge Verstimmung hervor, doch blieb er, dem die aus der Regierungszeit seines Vaters überkommene Tradition der deutsch-russischen Freundschaft als ein unantastbares Vermächtnis galt, auch weiterhin bemüht, das langjährige freundschaftliche Verhältnis des Deutschen Reiches zu Rußland wiederherzustellen, wobei ihn der Generalfeldmarschall von Manteuffel in stärkstem Maße unterstützte. Diesen sandte der Kaiser mit einer von Bismarck entworfenen, von ihm fast wörtlich abgeschriebenem Antwort nach Warschau, wo sich der Zar damals anläßlich der russischen Manöver aufhielt. Manteuffel gelang es auch, den Zaren für eine Aussprache mit Kaiser Wilhelm zu gewinnen, die am 3. und 4. September 1879 in Alexandrowo stattfand.

Diese persönlichen Bemühungen des Kaisers um eine erneute Befestigung der deutsch-russischen Beziehungen fanden bei den Konservativen naturgemäß stärkste Beachtung. Hatten diese bereits in ihren Äußerungen anlässlich der russischen Presseangriffe auf das Deutsche Reich dem Wunsche nach engen Beziehungen zwischen beiden Staaten Ausdruck verliehen und hierbei an die fast hundertjährige Überlieferung der deutsch-russischen Freundschaft erinnert, so hielten sie jetzt mit ihrer Zustimmung zu den Bemühungen des Kaisers nicht zurück; denn daß der Anlaß für die Sendung Manteuffels und die Kaiserzusammenkunft in Alexandrowo in den Angriffen der russischen Presse gegen das Deutsche Reich zu suchen war und ihr eigentlicher Zweck der Festigung der deutsch-russischen Beziehungen und damit der Erhaltung des Friedens galt, darüber bestand bei ihnen kein Zweifel. Wenn sich auch die „Kreuzzeitung“ einer eigenen Stellungnahme zu der Sendung Manteuffels vollständig enthielt, so stellte doch der „Reichsbote“ den Zusammenhang zwischen dieser und den Angriffen der russischen Presse deutlich heraus;¹ die Kaiserzusammenkunft wiederum betrachtete er als ein Ergebnis der Reise Manteuffels, sah somit also auch sie letztlich veranlaßt durch die Hetztätigkeit der russischen Zeitungen.² Den eigentlichen Zweck der Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren erblickten die Konservativen in dem Wunsche der beiden Monarchen, ihrem Freundschaftsverhältnisse öffentlich Ausdruck zu geben;³ diese Tatsache aber, meinten sie, berechtige zu der Hoffnung, daß die persönliche Begegnung der Kaiser auch jeden Schein verwischen werde, als seien in der letzten Zeit ernsthafte Mißstimmungen zwischen den maßgebenden politischen Kreisen des Deutschen Reiches und Rußlands entstanden. Die Zusammenkunft von Alexandrowo enthalte somit zugleich eine erneute Bürgschaft für den europäischen Frieden. Mochten aber auch alle Anzeichen dafür sprechen, daß der Frieden in Europa bewahrt bleiben werde, mochte die Begegnung der beiden Kaiser zugleich eine Gewähr für die Einstellung der Hetzereien der russischen Presse bieten — hierauf wies vor allem der „Reichsbote“ hin⁴ —, alle derartigen Aus-

1. Nr. 200, 28. 8. 1879.

2. Nr. 206, 4. 9. 1879.

3. Kreuzzeitung, Nr. 206, 4. 9. 1879.

4. Nr. 206, 4. 9. 1879.

sichten täuschten doch die Konservativen nicht darüber, daß im Hintergrunde ständig eine Gefahr drohe: das Treiben der Panslawisten. Nur von den Nationalliberalen, die sich bei ihrer Stellungnahme zu den russischen Presseangriffen stets bemüht hatten, über die Gegenwart hinaus die Zukunft zu erforschen, war bisher dieser Gesichtspunkt hervorgehoben worden; jetzt wiesen auch die Konservativen ausdrücklich darauf hin und zeigten damit, daß auch sie sich der Möglichkeit eines erneuten Durchbruchs deutschfeindlicher Strömungen in Rußland in der Zukunft wohl bewußt waren. Bereits in seinen Ausführungen zu der Entsendung Manteuffels schrieb der „Reichsbote“, es sei keineswegs sicher, ob ein möglicher Erfolg des Feldmarschalls von Dauer sein werde, denn der Panslawismus werde ja nicht allein von Gortschakow, sondern vor allem auch von dem russischen Thronfolger begünstigt;⁵ auch nach der Zusammenkunft der beiden Kaiser betonte er nochmals, daß es doch immer zweifelhaft bleibe, ob es gelungen sei, die russischen Zeitungen dauernd zum Schweigen zu bringen.⁶ Überhaupt müsse man sich hüten, das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland nach demjenigen ihrer Herrscher zu beurteilen: „Auf intime freundschaftliche Beziehungen zwischen Russen und Deutschen wird man doch nicht rechnen können. Man darf den Grad der gegenseitigen Sympathien beider Völker nicht nach dem persönlichen Verhältnis ihrer Kaiser bemessen, so sehr auch das letztere jetzt noch eine Garantie des Friedens ist. Jedenfalls muß Deutschland mit Rußland sich nach und nach auf einen solchen Fuß zu stellen suchen, daß der Friede auch nach Wegfall dieser persönlichen Herrscherbeziehungen gesichert ist“. Kein deutscher Politiker könne daher ohne weiteres die Erhaltung des Friedens von der Freundschaft und dem Wohlwollen Rußlands für das Deutsche Reich abhängig machen. Eine reale Politik müsse vielmehr die Lage jederzeit so zu gestalten suchen, daß Rußland in seinem eigenen Interesse darauf angewiesen sei, mit dem Reiche Frieden zu halten. Dieses Ziel müsse die deutsche Politik immer im Auge behalten; niemals dürfe sie es über der Pflege der persönlichen Freundschaft der Monarchen beider Länder vergessen. Keineswegs bedeute eine derartige Politik Feindschaft mit Rußland, aber in politischen Dingen müsse „mit

5. Nr. 200, 28. 8. 1879.

6. Nr. 210, 9. 9. 1879.

realen Faktoren gerechnet werden“. Einer solchen realen Politik widerspreche auch jede Machterweiterung des russischen Reiches auf dem Balkan; daher habe das Deutsche Reich hier dem Vordringen Rußlands durch Österreich-Ungarn einen Riegel vorgeschoben. Damit sei aber zugleich eine Isolierung Frankreichs angebahnt worden; denn Österreich-Ungarn und Rußland seien jetzt gleicherweise auf eine Anlehnung an das Deutsche Reich angewiesen: Österreich-Ungarn zur Erhaltung seiner Stellung auf der Balkanhalbinsel; Rußland aber deshalb, weil es nur mit Unterstützung des Deutschen Reiches einer etwaigen weiteren Ausdehnung der österreichischen Herrschaft auf der Balkanhalbinsel entgegentreten könne. Dies sei aber gerade ein wesentliches Gebot der Außenpolitik des Reiches, das auf allen Seiten an mächtige Staaten grenze: seine Nachbarn in bezug auf sich selbst zu isolieren. Mit einem einzelnen Gegner könne es das Deutsche Reich wohl aufnehmen, mit mehreren zugleich aber würde es sehr schwierig werden. Bismarck sei es bisher gelungen, eine derartige Isolierungspolitik durchzuführen, und man könne nur hoffen, daß es ihm möglich sein werde, sie durch die „Schaffung von dauernden politischen Konstellationen“ auch für die Zukunft zu sichern.

Mit diesen Ausführungen wies der „Reichsbote“ auf Gesichtspunkte hin, die bisher — weder bei der Stellungnahme zu den russischen Presseangriffen noch bei derjenigen zu der Gasteiner Kaiserbegegnung und der Meldung vom Rücktritt Andrassys — in den Erörterungen keiner politischen Gruppe Erwähnung gefunden hatten. Zum erstenmal wurde hier die Frage nach den Notwendigkeiten der deutschen Außenpolitik aufgeworfen und damit zugleich der Versuch unternommen, in das Wesen der außenpolitischen Tätigkeit Bismarcks einzudringen und ihr Ziel zu erkennen; wenn es dabei als erste Notwendigkeit der deutschen Außenpolitik bezeichnet wurde, die das Deutsche Reich umgebenden Staaten „in bezug auf Deutschland zu isolieren“, so ist dies ein Zeugnis dafür, daß ein gewisses Verständnis für die Bismarcksche Außenpolitik wohl vorhanden war. Aber es lag hierin zunächst nicht mehr als nur ein erster Ansatz; denn es fehlte trotz aller Erkenntnis der außenpolitischen Notwendigkeiten die wirkliche Einsicht in die Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung der politischen Lage Europas und eine feste Vorstellung von den „dauernden politischen Kon-

stellationen“. Schon als die ersten Meldungen über die Kaiserbegegnung von Alexandrowo in die Öffentlichkeit drangen, hatte der „Reichsbote“ geäußert, er wolle sich über die zukünftige Entwicklung keine Sorge machen, dies sei Sache der deutschen Politik;⁷ auch nach der Zusammenkunft zeigte er in seiner eingehenden Betrachtung, die doch einen gewissen Einblick in die außenpolitischen Dinge erkennen ließ, keinen Weg, auf dem es möglich wäre, die erhofften „dauernden politischen Konstellationen“ zu schaffen. Und liegt nicht auch darin ein Zeichen für das Fehlen eines wirklich tieferen Eindringens in das Wesen der Außenpolitik, daß der „Reichsbote“ von „dauernden“ Gruppierungen sprach und nicht erkannte, daß die außenpolitische Lage einem ständigen Wechsel und fortwährenden Wandel unterworfen ist, daß es gilt, die vorhandenen Möglichkeiten stets neu auszuschöpfen? Mochten also auch die Äußerungen des „Reichsboten“ darüber Zeugnis ablegen, daß bestimmte konservative Kreise ein gewisses Verständnis für die außenpolitischen Dinge besaßen, es fehlte diesen Kreisen doch an jedem tieferen Einblick; es war nur ein erstes Eindringen in das Wesen der Außenpolitik und ein erster Versuch, die außenpolitischen Bestrebungen Bismarcks zu erkennen. Zudem beschränkte sich dies ja überhaupt nur auf einen kleinen Teil der Konservativen; denn die Äußerungen des „Reichsboten“ können niemals als Beweis für die Einstellung der Konservativen überhaupt betrachtet werden, in ihnen kamen nur die Anschauungen einzelner Teile derselben zum Ausdruck. Bezeichnender für die Ansicht weiterer Kreise der Konservativen waren im allgemeinen die Ausführungen der „Kreuzzeitung“; in diesen aber fehlte jede Betrachtung der außenpolitischen Notwendigkeiten des Deutschen Reiches, wie sie der „Reichsbote“ gezeigt hatte; die „Kreuzzeitung“ begnügte sich lediglich mit dem Hinweis auf den „Hintergrund des panslawistischen Treibens“.⁸ Die Erkenntnis, daß alle Friedensbürgschaften der Gegenwart noch keine Gewähr für das dauernde Zurückdrängen der deutschfeindlichen panslawistischen Kreise Rußlands bieten könnten, war also der einzige neue Gesichtspunkt, der von den Konservativen allgemein hervorgehoben wurde. Mit gewissen zukünftigen Möglich-

7. Nr. 206, 4. 9. 1879.

8. Nr. 224, 25. 9. 1879.

keiten wurde also auch von ihnen gerechnet. Auf ihre Haltung gegenüber dem russischen Reiche hatte diese Erkenntnis freilich keinerlei Einfluß. Ihre Anerkennung der Bemühungen des Kaisers um die Wiederherstellung der deutsch-russischen Freundschaft hatte dies deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Stellungnahme der Freikonservativen war auch diesmal wieder außerordentlich knapp gehalten. Die „Post“ beschränkte sich meist auf die Wiedergabe von Berichten über die Kaiserbegegnung, und nur gelegentlich legte sie ihre eigene Ansicht hierzu dar. Diese wenigen Äußerungen aber zeigten, daß auch die Freikonservativen die politische Bedeutung der Sendung Manteuffels und der Kaiserbegegnung von Alexandrowo nicht verkannten. Sie betonten dabei vor allem die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren und die Friedensbürgschaft, die die Begegnung von Alexandrowo darstelle.⁹

Im Gegensatz zu diesen nur knapp bemessenen Äußerungen der Freikonservativen war die Stellungnahme der Nationalliberalen auch diesmal wieder wesentlich ausführlicher und eingehender. Vor allem gilt dies für ihre Beurteilung der Kaiserbegegnung von Alexandrowo, während sie sich zu der Sendung Manteuffels nach Warschau — wie alle Parteien — nur kurz äußerten. So beschränkte sich die „Kölnische Zeitung“ darauf, die Ansichten mitzuteilen, die in der politischen Öffentlichkeit über die Bedeutung der Reise Manteuffels vertreten wurden,¹⁰ und auch die „National-Zeitung“ äußerte nur kurz, man müsse abwarten, ob es dem Feldmarschall gelingen werde, das frühere Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wiederherzustellen.¹¹ Erst als die Nachricht von der Kaiserbegegnung in Alexandrowo in die Öffentlichkeit drang, wandten die nationalliberalen Kreise den deutsch-russischen Beziehungen ihre Aufmerksamkeit wieder in stärkerem Maße zu. Auch sie waren sich der großen politischen Bedeutung dieser Zusammenkunft wohl bewußt¹² und betrachteten sie vor allem als einen Aus-

9. Nr. 246, 8. 9. 1879.

10. Nr. 236, 26. 8. 1879, Erstes Blatt; Nr. 239, 29. 8. 1879, Zweites Blatt.

11. Nr. 395, 26. 8. 1879.

12. Kölnische Zeitung, Nr. 245, 4. 9. 1879, Erstes Blatt; National-Zeitung, Nr. 409, 3. 9. 1879.

druck der persönlichen Freundschaft beider Herrscher. „Die Begegnung der beiden innig befreundeten Monarchen ist sicherlich beiderseits durch den Wunsch herbeigeführt, ihrem Freundschaftsverhältnis von neuem einen öffentlichen Ausdruck zu geben“, schrieb die „Kölnische Zeitung“.¹³ Dies sei im Augenblick gerade deshalb besonders beachtenswert, hieß es an anderer Stelle, wobei sich die „Kölnische Zeitung“ den Ausführungen des „Hamburger Korrespondent“ anschloß, weil hierdurch offen die freundschaftlichen Gesinnungen des Zaren für das Deutsche Reich gezeigt würden.¹⁴ Dieser habe durch seine Reise nach Alexandrowo aller Welt verkündet, daß er auch in der Zukunft die Pflege der deutsch-russischen Freundschaft wünsche, daß also diejenige Stelle, die letztlich für die politischen Entscheidungen Rußlands maßgebend sei, keine Neigung besitze, sich durch persönliche Verstimmungen beeinflussen zu lassen. Als Folge dieses Abrückens des Zaren von den panslawistischen Kreisen in Rußland und dem Fürsten Gortschakow aber rechneten die Nationalliberalen mit dem Eintreten einer Beruhigung in der öffentlichen Meinung¹⁵ und der Erhaltung des Friedens. An einen Krieg zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland könne sie nicht glauben, schrieb die „National-Zeitung“;¹⁶ denn sie habe keine Vorstellung von den Bedingungen, die das Reich bei einem Friedensschluß Rußland aufzuerlegen wünsche, noch von denjenigen, an deren Erfüllung durch Deutschland das russische Reich ein Interesse haben könne. Wie sehr die Nationalliberalen eine derartige friedliche Entwicklung der politischen Lage und das Fortbestehen eines engen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland erhofften und wünschten, das brachten sie auch jetzt wieder eindeutig zum Ausdruck. „Wir hegen den ernstlichen Wunsch in nachbarlicher Freundschaft mit Rußland weiterzuleben!“ Klarer als mit diesen Worten der „National-Zeitung“¹⁷ konnte der Wille nach der Aufrechterhaltung der engen Beziehungen des Deutschen Reiches zu Rußland kaum ausgedrückt werden. Wenige Tage nach diesen Ausführungen aber richtete das gleiche Blatt

13. Nr. 248, 7. 9. 1879.

14. Nr. 251, 10. 9. 1879, Zweites Blatt.

15. Kölnische Zeitung, Nr. 246, 5. 9. 1879, Erstes Blatt.

16. Nr. 428, 14. 9. 1879.

17. Nr. 410, 4. 9. 1879.

nochmals einen eindringlichen Appell an die „Besonnenheit und Kaltblütigkeit aller Teile, auf dem jetzt durch ein bedeutsames und einziges Ereignis gewonnenen Boden der Beruhigung sich einzurichten und ein Verhältnis zu pflegen, mindestens mit dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit zu behandeln, bei dem schon die Besorgnis, es könnte gestört werden, zu einer augenblicklichen Gefahr werden kann“.¹⁸ Auch dies war ein Beweis dafür, daß die Nationalliberalen die Aufrechterhaltung eines engen Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wünschten, wenn die „Kölnische Zeitung“ schrieb, Rußlands Geschicke ständen am sichersten, solange es im Besitze der deutschen Freundschaft bleibe.¹⁹ Mochte aber auch die Kaiserzusammenkunft von Alexandrowo eine starke Bürgschaft für die Erhaltung der deutsch-russischen Freundschaft darstellen, darüber täuschten sich die Nationalliberalen jetzt ebenso wenig wie früher: eine vollständige Wiederherstellung des deutsch-russischen Verhältnisses war doch nur dann möglich, wenn es gelang, die panslawistischen Bestrebungen für dauernd zurückzudrängen. „Solange der Grundfehler der Gortschakowschen Politik, die panslawistischen Selbsttäuschungen und ihr Anspruch auf eine Vorherrschaft in Europa bestehen bleibt, so lange kann der Gegensatz mit der deutschen Politik nicht gründlich ausgeglichen werden“, schrieb die „Kölnische Zeitung“.²⁰ War aber mit einer derartigen Möglichkeit zu rechnen? Konnte es erreicht werden, die panslawistischen Bestrebungen, die schon weite Kreise Rußlands ergriffen hatten, für dauernd völlig unwirksam zu machen? Die Nationalliberalen glaubten es nicht. Die Freundschaftsbeweise des Zaren seien doch kein Grund zur Bestätigung der Ansicht, daß nun jeder Groll aus allen russischen Herzen verschwunden und jede Möglichkeit der Entstehung sachlicher Gegensätze für dauernd abgeschnitten sei, meinte die „Kölnische Zeitung“, wobei sie sich wiederum an die Äußerungen des „Hamburger Korrespondent“ anlehnte.²¹ Die Idee des expansiven Panslawismus habe bereits so feste Wurzeln gefaßt und sei in so weite Kreise ge-

18. Nr. 414, 6. 9. 1879.

19. Nr. 246, 5. 9. 1879, Erstes Blatt.

20. Nr. 251, 10. 9. 1879, Erstes Blatt.

21. Nr. 251, 10. 9. 1879, Zweites Blatt.

drungen, daß sie sich immer wieder von Zeit zu Zeit gegen das Deutsche Reich heranwälzen werde.

Überblickt man zusammenfassend diese Äußerungen der Nationalliberalen zu der Sendung Manteuffels und der Zusammenkunft von Alexandrowo, so zeigt sich im wesentlichen das gleiche Bild wie bei ihrer Stellungnahme zu den russischen Presseangriffen. Neue Gesichtspunkte wurden von ihnen nicht berührt. Wieder trat ihr Wunsch nach der Erhaltung der deutsch-russischen Freundschaft sichtbar in Erscheinung; wieder bemühten sie sich, die Gegenwart klar zu erfassen und aus ihr die zukünftigen Möglichkeiten zu erkennen; wieder aber auch fehlte vollständig die Erwägung der Notwendigkeiten der deutschen Außenpolitik.

Für das Zentrum mußte sich die Stellungnahme zu der Sendung Manteuffels nach Warschau und der Kaiserbegegnung von Alexandrowo besonders schwierig gestalten, hatte es doch anläßlich der deutsch-russischen Pressefehde seiner Freude über die eingetretene Entfremdung in dem deutsch-russischen Verhältnisse offen Ausdruck verliehen. Im Gegensatz zu Nationalliberalen, Konservativen und Freikonservativen, die die Sendung Manteuffels und die Kaiserbegegnung von Alexandrowo als Zeichen einer Wiederannäherung des Deutschen Reiches an Rußland und als Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens und die weitere Pflege der deutsch-russischen Freundschaft freudig begrüßt hatten, äußerten daher auch die Zentrumskreise zu beiden Ereignissen keinerlei Zustimmung. In der Sendung Manteuffels erblickten sie lediglich ein Zeichen für die bedrohliche Spannung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland. Es spiegelte sich in ihr der ganze Ernst der Lage wieder, schrieb die „Germania“;²² denn niemals wäre ein so hervorragender Abgesandter zur Begrüßung des Zaren nach Warschau geschickt worden, wenn nicht der Gegensatz zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche zu Besorgnissen Anlaß gäbe. Auch an einen wirklichen Erfolg der Bemühungen Manteuffels glaubten die Zentrumskreise nicht. Wenn er es auch erreichen werde, hieß es in den weiteren Ausführungen der „Germania“, „äußerlich und vorläufig“ das Einvernehmen zwischen beiden Reichen wiederherzustellen, niemals könne es ihm doch gelingen, die Wurzeln der Zwietracht zwischen ihnen zu entfernen. Selbst durch die Be-

22. Nr. 199, 30. 8. 1879.

gegnung Kaiser Wilhelms und des Zaren in Alexandrowo wurden sie nicht davon überzeugt, daß es gelungen sei, dieses Ziel zu erreichen. Die Kaiserzusammenkunft bezeichne keine wesentliche Veränderung in der gegenseitigen Stellungnahme des Deutschen Reiches und Rußlands.²³ Sie sei nur ein kleiner, nicht entscheidender Zwischenfall gewesen, der für alle diejenigen lehrreich sein müsse, die trotz der Umwälzung der europäischen Verhältnisse noch an den Fortbestand der „hergebrachten, nur noch von Hof- und Militärkreisen getragenen russisch-deutschen Freundschaft“ glaubten. Selbst die Wiederbelebung der persönlichen Zuneigung und des Wohlwollens der beiden Herrscher zueinander könne doch die Gründe nicht beseitigen, aus denen heraus sich der deutsch-russische Gegensatz entwickelt habe. Es ist dies die gleiche Feststellung, die auch Nationalliberale und Konservative getroffen hatten; auch sie hatten sich durch den Erfolg der Sendung Manteuffels und durch die gegenseitige Wiederannäherung des Deutschen Reiches und Rußlands, wie sie in der Begegnung von Alexandrowo sichtbar zutage getreten war, nicht darüber täuschen lassen, daß diese Ereignisse niemals eine Gewähr für die dauernde Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Reichen bieten könne. Und doch bestand ein Unterschied zwischen den Feststellungen dieser politischen Gruppen und denjenigen des Zentrums; denn vollständig verschiedene Erwägungen waren für dieses und für jene hierbei maßgebend gewesen. Weil sie die ständig wachsende Macht der panslawistischen Kreise Rußlands erkannten, erblickten Konservative und Nationalliberale in der Begegnung von Alexandrowo keine unbedingte Gewähr für die Erhaltung einer dauernden Freundschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland. Ein ganz anderer Gesichtspunkt bestimmte das Urteil des Zentrums: nicht auf die panslawistischen Bestrebungen wies es hin, es sprach vielmehr von der „gegenseitigen Abneigung der Völker beider Reiche“ und erblickte hierin die eigentliche Ursache für die Möglichkeit eines Wiederausbruches des deutsch-russischen Gegensatzes in der Zukunft. Schon in ihrer Stellungnahme zu der Sendung Manteuffels hatte die „Germania“ geäußert, die Wurzeln der Zwietracht lägen in der Natur der beiden Länder und Völker;²⁴ und nach

23. Germania, Nr. 205, 6. 9. 1879.

24. Nr. 199, 30. 8. 1879.

der Zusammenkunft von Alexandrowo schrieb sie: „In unserem Volke lebt eine Abneigung gegen das kolossale Reich im Osten Europas, eine bange Furcht, daß der Tag nicht mehr fern sei, an dem wir uns mit dem halbasiatischen Heere werden messen müssen.“²⁵ In der inneren Abneigung des deutschen Volkes gegen das russische und der Furcht vor einem Angriffe Rußlands glaubte also das Zentrum die letzten Gründe für den deutsch-russischen Gegensatz erkennen zu müssen, der daher auch durch die persönliche Freundschaft der Herrscher beider Reiche nicht beseitigt werden könne.

Bestand aber wirklich eine derartige Furcht und Abneigung des deutschen Volkes, wie das Zentrum es meinte? Einen Krieg freilich hat es niemals herbeigewünscht; aber nicht die Furcht vor seinen Gefahren und der Macht des Gegners waren hierfür bestimmend, sondern allein die feste Überzeugung und der unerschütterliche Glaube, daß nur aus friedlicher Arbeit ein wirklicher Segen für die Völker erwachsen könne. Wenn es aber galt, Ehre und Freiheit zu verteidigen, dann war das deutsche Volk jederzeit bereit, die Waffen zu ergreifen, und niemals hat es eine Furcht vor dem Gegner gekannt, mochte dieser auch noch so stark sein. So hat auch gegenüber Rußland niemals eine „bange Furcht“ bestanden, wie die Zentrumskreise dies behaupteten. Ebenso wenig aber gab es eine allgemeine Abneigung des deutschen Volkes gegen das russische. Nur einzelne Kreise waren es, die eine Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland wünschten. Zu ihnen aber gehörte vor allem das Zentrum. Schon seine Äußerungen anläßlich der deutsch-russischen Pressefehde hatten dies eindeutig gezeigt; wenn es jetzt von der Abneigung des deutschen Volkes gegen das russische, von seiner Furcht vor einem Kriege mit Rußland sprach, dann verbarg sich hinter diesen Äußerungen die grundsätzliche Abneigung des römisch-katholischen Zentrums gegen das griechisch-katholische Rußland und gegen die Fortführung einer preußischen Überlieferung; sie entsprangen den gleichen Erwägungen wie die Ausführungen des Zentrums anläßlich der russischen Presseangriffe auf das Deutsche Reich.

Die politische Bedeutung, die der Sendung Manteuffels zukam, wurde auch in den Reihen der Fortschrittspartei klar erkannt.

25. Nr. 204, 5. 9. 1879.

Mochte auch die „Frankfurter Zeitung“ sie zunächst bestreiten und es als eine „übertriebene Auffassung“ bezeichnen, wenn man die Reise Manteuffels mit den russischen Presseangriffen in Verbindung setze,²⁶ so hoben doch die „Vossische Zeitung“²⁷ und das Berliner Tageblatt²⁸ ihre politische Bedeutung klar hervor, auch blieb die „Frankfurter Zeitung“ nicht bei ihrem ersten Urteil: als die Nachricht von der Kaiserbegegnung von Alexandrowo in die Öffentlichkeit drang, erkannte sie nicht nur dieser, sondern nachträglich auch noch der Sendung Manteuffels eine große politische Bedeutung zu.²⁹ Das Ergebnis derselben erblickten die Kreise des Fortschritts ebenso wie die übrigen politischen Gruppen in der Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren;³⁰ diese wiederum bezeichneten sie ganz entsprechend als einen Ausdruck der persönlichen Freundschaft der Monarchen³¹ und als eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens. Man könne erwarten, hieß es in der „Vossischen Zeitung“,³² daß die Kaiserbegegnung den völligen Ausgleich der Gegensätze zur Folge haben werde. Durch sie werde der Friede neu gesichert, wenn auch die Reibereien in der offiziellen Presse noch eine Weile fort dauern würden. Aber trotz all dieser begründeten Hoffnungen auf die friedliche Beilegung des deutsch-russischen Gegensatzes, wie er in der Pressefehde sichtbar zutage getreten war, ließen sich auch die Kreise der Fortschrittspartei nicht über die Möglichkeit eines erneuten Ausbruches desselben in der Zukunft täuschen. Wie Konservative und Nationalliberale wiesen auch sie jetzt ausdrücklich darauf hin, daß selbst die Kaiserbegegnung von Alexandrowo, die die gegenseitige freundschaftliche Gesinnung der beiden Monarchen erneut zum Ausdruck gebracht hatte, keine unbedingte Gewähr für die dauernde Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland

26. Nr. 259, 27. 8. 1879, Abendblatt.

27. Nr. 237, 25. 8. 1879, Abendausgabe.

28. Nr. 395, 26. 8. 1879.

29. Nr. 246, 3. 9. 1879, Abendblatt.

30. Berliner Tageblatt, Nr. 409, 3. 9. 1879; Vossische Zeitung, Nr. 246, 3. 9. 1879, Morgenausgabe.

31. Frankfurter Zeitung, Nr. 247, 4. 9. 1879, Abendblatt.

32. Nr. 246, 3. 9. 1879, Morgenausgabe; vgl. auch Berliner Tageblatt, Nr. 410, 3. 9. 1879.

biete. Man müsse bedenken, schrieb das „Berliner Tageblatt“,³³ daß Fürst Gortschakow immer noch Staatskanzler und Leiter der russischen Außenpolitik sei; auch darüber sei nichts bekannt geworden, daß man auch nur einen derjenigen Beamten, die ständig den Groll Rußlands gegen das Deutsche Reich geschürt hätten, entlassen habe. In der freundschaftlichen Begegnung der beiden Kaiser könne man zwar ein Zeichen dafür erblicken, daß zu ihren Lebzeiten wohl manchmal ein „feindliches Aufeinanderplatzen der Geister in ihren Reichen“, niemals aber eine krieglerische Verwicklung beider Reiche denkbar sei; aber man müsse sich dessen völlig bewußt sein, daß die Kaiserbegegnung von Alexandrowo niemals hätte stattfinden können, wenn der gegenwärtige Zar nicht mehr an der Regierung gewesen wäre. Man habe so zwar eine Friedenssicherung für die Gegenwart erhalten, für die Zukunft aber bleibe das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Rußland doch immer undurchsichtig. Fast wie eine Fortführung dieser Gedanken erscheint es, wenn gleichzeitig in den Reihen der Fortschrittspartei Stimmen laut wurden, die eine Anlehnung des Deutschen Reiches an andere Mächte Europas als Rußland wünschten. So hieß es in der „Vossischen Zeitung“, diejenigen seien doch nicht ganz falsch beraten gewesen, die schon früher vor einer allzu engen Freundschaft des Deutschen Reiches mit Rußland gewarnt hätten und für ein Bündnis mit England und Österreich-Ungarn eingetreten seien.³⁴ Die „Volkszeitung“ wiederum wies vor allem auf Frankreich hin. Die Grundlage des Völkerfriedens, schrieb sie,³⁵ könne nur ein herzliches Einverständnis zwischen den Völkern bilden; ein solches müsse aber vor allem zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich bestehen.

Bei diesen Äußerungen der fortschrittlichen Presse darf aber die Erwägung außenpolitischer Gesichtspunkte nicht überschätzt werden; nicht die Unsicherheit der deutsch-russischen Beziehungen und die Undurchsichtigkeit ihrer zukünftigen Gestaltung waren es, die die Kreise des Fortschritts eine Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland und eine Anlehnung an andere europäische Mächte wünschen ließ. Dieser Wunsch entsprang vielmehr ihren

33. Nr. 413, 5. 9. 1879.

34. Nr. 249, 6. 9. 1879, Morgenausgabe.

35. Nr. 210, 9. 9. 1879, Erstes Blatt.

politischen, d. h. liberalen Grundanschauungen, denen ein enges Freundschaftsverhältnis mit einer konservativen Macht wie Rußland vollständig widersprach. Allein von hier aus sind die obigen Äußerungen der fortschrittlichen Blätter zu verstehen. Ganz deutlich wird dies durch die Forderung der „Volkszeitung“ nach einer engen Anlehnung des Deutschen Reiches an Frankreich, dessen Bestreben doch gerade darauf gerichtet war, am Deutschen Reiche für die Niederlage von 1870/71 Vergeltung zu üben und sich die einstige führende Stellung unter den europäischen Großmächten wiederzugewinnen: denn Frankreich mit seiner parlamentarisch-demokratischen Regierungsform diente den Kreisen der Fortschrittspartei bei ihren politischen Bestrebungen vor allem zum Vorbild; die Übertragung der französischen Verhältnisse auf das Reich wurde von ihnen stets in stärkstem Maße erstrebt.

Die Betrachtung der Äußerungen der deutschen Parteien zur Mission Manteuffels und der Kaiserzusammenkunft von Alexandrowo hat deutlich die unveränderte Einstellung der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und des Zentrums gegenüber Rußland gezeigt. Neu ist lediglich die Haltung der fortschrittlichen Kreise zum Zarenreiche, hatten sie doch in ihren Äußerungen zu den russischen Presseangriffen die Frage der zukünftigen Gestaltung des deutsch-russischen Verhältnisses völlig unberücksichtigt gelassen. Jetzt offenbarten auch sie eindeutig ihre Abneigung gegen Rußland und die Pflege eines engen deutsch-russischen Freundschaftsverhältnisses und zugleich ihren Wunsch nach der Anlehnung des Deutschen Reiches an andere europäische Mächte.

Zwei Gesichtspunkte hatten die Untersuchung der in diesem Kapitel behandelten Fragen — die Stellungnahme der deutschen Parteien zur deutsch-russischen Pressefehde, zur Gasteiner Kaiserbegegnung und zum Rücktritt Andrassys, zur Sendung Manteuffels und zur Zusammenkunft von Alexandrowo — vor derjenigen der Haltung der deutschen Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse selbst erfordert: einerseits mußte die Beurteilung der außenpolitischen Lage vor Beginn der Bündnisverhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy durch die politischen Gruppen Deutschlands aufgezeigt werden; andererseits galt es ihre Haltung gegenüber Rußland und Österreich-Ungarn klar zu erfassen. In beiden Punkten bestand dabei zwischen den Anschauungen der Parteien

trotz der Buntheit des Bildes, das ihre Ausführungen zu den behandelten Fragen im einzelnen boten, eine gewisse Übereinstimmung. In stärkstem Maße trat diese in ihrer Einstellung gegenüber der Donaumonarchie in Erscheinung. Einmütig wünschten alle politischen Gruppen Deutschlands die ständige Aufrechterhaltung enger und freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn, die feste Anlehnung beider Staaten aneinander, und alle Anzeichen — wie die Gasteiner Kaiserbegegnung — die auf eine Erfüllung dieser Hoffnungen hindeuteten, wurden von ihnen freudig begrüßt.

Demgegenüber bestand in der Einstellung zu Rußland nur eine Übereinstimmung zwischen einzelnen Gruppen: während Nationalliberale, Konservative und Freikonservative in gleicher Weise die weitere Aufrechterhaltung der deutsch-russischen Freundschaftsbeziehungen wünschten, brachten die Kreise des Zentrums und der Fortschrittspartei gemeinsam offen ihre Abneigung gegen eine enge Anlehnung des Deutschen Reiches an Rußland zum Ausdruck; letztere forderten dabei zugleich die Annäherung des Deutschen Reiches an andere europäische Mächte.

In der Beurteilung der außenpolitischen Lage vor Beginn der deutsch-österreichischen Bündnisverhandlungen herrschte wiederum im wesentlichen eine übereinstimmende Auffassung zwischen den einzelnen Gruppen; denn dies hat die Betrachtung der in diesem Kapitel behandelten Fragen mit aller Eindeutigkeit gezeigt: im allgemeinen beurteilten die deutschen Parteien die durch den Rücktritt Andrassys und die Hetztätigkeit der russischen Presse geschaffene Lage und somit die außenpolitische Lage vor Beginn der Bündnisverhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy sehr ruhig. Mit den Möglichkeiten der Zukunft aber befaßten sie sich nicht eingehender: das einzige war, daß Konservative, Nationalliberale und Fortschritt auf das Fortwirken der panslawistischen Bestrebungen und die Gefahren verwiesen, die dem Reiche hieraus einmal erwachsen konnten.

Bei dieser ruhigen Beurteilung der Lage der Gegenwart und dem völligen Verzicht auf eine eingehende Beschäftigung mit den Möglichkeiten der Zukunft wurde so von keiner Partei in ihren Äußerungen zur außenpolitischen Situation des Sommers 1879 der Gedanke eines deutsch-österreichischen Bündnisses erwähnt und

seine Notwendigkeit betont. Mußten für die deutschen Parteien daher nicht die Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy vollständig überraschend kommen und ihnen das wahre Ziel derselben zunächst verborgen bleiben? -

II. Die Verhandlungen Bismarcks und Andrassys in der Beurteilung der Parteien.

1. Zweck, Ziel und Ergebnis der Verhandlungen.

Die Drohungen Rußlands gegen das Deutsche Reich waren nicht allein der Ausdruck seiner Verstimmung und Enttäuschung über das Ergebnis des Berliner Kongresses; sie galten vor allem auch der Verwirklichung eines politischen Zieles: Rußland wollte hierdurch das Reich zur restlosen Unterstützung seiner Pläne und Absichten zwingen, was bisher stets an dem Widerstand und der überlegenen Staatskunst Bismarcks gescheitert war; es forderte zugleich das unbedingte Eintreten des Deutschen Reiches für seine Wünsche in den noch offenstehenden Fragen des Berliner Kongresses, ein Verlangen, dem auch der Zar in seinem Schreiben an Kaiser Wilhelm vom 15. August 1879 Nachdruck verlieh. Diese Forderung bedeutete für das Deutsche Reich und seinen Kanzler im Augenblick die Wahl zwischen der engeren Anlehnung an Österreich-Ungarn oder Rußland: die Erfüllung der russischen Forderungen mußte den Bruch der deutsch-österreichischen Freundschaft zur Folge haben, denn sie hätte das Reich notwendigerweise in Gegensatz zur Donaumonarchie gebracht, widersprachen doch die russischen Wünsche vollständig denjenigen Österreich-Ungarns. Eine Zurückweisung der russischen Forderungen von deutscher Seite aber bedingte andererseits die Anlehnung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn; denn daß eine kriegerische Verwicklung zwischen dem Reiche und Rußland keine Unmöglichkeit war, das hatten die Vorgänge im Anschluß an den Berliner Kongreß eindeutig gezeigt. Bismarck entschied sich für die engere Anlehnung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn, für die Schaffung eines deutsch-österreichischen Bündnisses.

Am 27. und 28. August traf er sich mit Andrassy in Gastein, um mit ihm den Gedanken eines Bündnisses der beiden mitteleuropäischen Großmächte zu erörtern. Andrassy zeigte sich nicht abgeneigt, und so konnten beide Staatsmänner bereits bei dieser Zu-

sammenkunft die allgemeine Richtung eines deutsch-österreichischen Bündnisses festlegen. Sie schieden mit der gegenseitigen Verabredung, die Zustimmung ihrer Kaiser zu einem derartigen Verträge einzuholen und sich in Wien wiederzutreffen, das Bismarck auf der Rückreise von Gastein berühren sollte, um hier das Bündnis zum endgültigen Abschluß zu bringen. Daß Andrassy die Zustimmung Kaiser Franz Josephs ohne Mühe erhalten würde, war zweifellos. Die schwierigere Aufgabe hatte Bismarck zu bewältigen; denn Kaiser Wilhelm war nicht leicht für ein Bündnis zu gewinnen, das seine Spitze ausschließlich gegen Rußland richten sollte; vor allem nach der Zusammenkunft von Alexandrowo, die zu verhindern sich Bismarck vergeblich bemüht hatte,¹ war er weniger denn je gewillt, seine Zustimmung zu einem derartigen Abkommen zu erteilen. Bismarck gelang es zunächst nicht, sich vollständig durchzusetzen. Als er am Abend des 21. September in der Hauptstadt der Donaumonarchie eintraf, hatte er nur die Vollmacht zum Abschluß eines allgemeinen, nicht aber gegen Rußland gerichteten Vertrages.

Keine der politischen Parteien Deutschlands hatte die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn klar erkannt. So mußte ihnen der wahre Zweck und das eigentliche Ziel der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy zunächst als undurchsichtig erscheinen. Dies hatte wiederum zur Folge, daß die Betrachtungen der deutschen Parteien zu den Gasteiner und Wiener Unterredungen in starkem Maße der Klärung dieser Fragen und der Erkenntnis des tatsächlich erreichten Ergebnisses galten.

Die Gasteiner Begegnung zwischen Bismarck und Andrassy wurde dabei in den konservativen Blättern — wie überhaupt in der gesamten deutschen Presse — nur mit wenigen Worten gestreift. Sie galt den Konservativen vor allem als ein Mittel Bismarcks, Gewißheit darüber zu erlangen, daß die bisherige Richtung der

1. Diese Tatsache wurde in der deutschen Presse vollständig verkannt. Nur die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 368 2. 9. 1879, wußte hierüber zu berichten. Andere Blätter dagegen wiesen diese Äußerungen als unrichtig zurück: so die „Kölnische Zeitung“, Nr. 248. 7. 9. 1879, Nr. 249, 8. 9. 1879, Erstes Blatt, die „Germania“, Nr. 204, 5. 9. 1879 und das „Berliner Tageblatt“ Nr. 411, 4. 9. 1879.

österreichisch-ungarischen Außenpolitik auch nach dem vollzogenen Rücktritt des Grafen Andrassy keine Änderung erfahren werde, zugleich aber erblickten sie in ihr eine politische Demonstration gegenüber Rußland. Die Begegnung von Gastein, schrieb die „Kreuzzeitung“,² habe die große politische Bedeutung, daß sie den Grafen Andrassy als den Mann kennzeichne, der das Vertrauen der beiden Höfe, des deutschen und des österreichisch-ungarischen, besitze; sein Rat werde daher auch dann noch einen Einfluß auf die Außenpolitik der Donaumonarchie ausüben, wenn er die Geschäfte des österreichisch-ungarischen Außenministeriums nicht mehr selbst leiten werde. Damit aber gewinne diese Begegnung zugleich eine „Art demonstrativer Bedeutung“ gegenüber Rußland und den Verstimmungen, die in der russischen Presse zum Ausdruck gebracht worden seien. Die gleiche Auffassung vertrat auch der „Reichsbote“, der sich über die Gasteiner Ministerbegegnung dahingehend äußerte, daß diese Bismarck von der Unveränderlichkeit der österreichisch-ungarischen Außenpolitik nach dem Rücktritte Andrassys überzeugen solle, gleichzeitig aber einen Wink für den russischen Kanzler bedeute.³ Daß Bismarcks Absichten in Wirklichkeit viel weiter reichten, daß er mehr erstrebte, als sich über die Fortführung der bisherigen Außenpolitik der Donaumonarchie unter einem neuen Außenminister zu vergewissern und Rußland zu warnen, das erkannten die Konservativen damals noch nicht. Sie wußten nicht, daß Bismarck bereits bei dieser Zusammenkunft die ersten wichtigen Schritte unternommen hatte, ein engeres Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn anzubahnen: Wohl waren sich die Konservativen darüber einig, daß der Kanzler Sicherheit gewinnen wollte über die Gestaltung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik in der Zukunft, über die Unveränderlichkeit der bisherigen Beziehungen der Donaumonarchie zum Deutschen Reiche, und doch kam ihnen nicht der Gedanke, ob es nicht für Bismarck ein Mittel gäbe, durch dessen Anwendung es ihm möglich sei, selbst die Erreichung des von ihm erstrebten Zieles der weiteren Pflege der deutsch-österreichischen Freundschaft zu sichern.

2. Nr. 200, 28. 8. 1879.

3. Nr. 201, 29. 8. 1879.

Über den Zweck der Wiener Ministerbegegnung, deren große politische Bedeutung von den Konservativen wohl erkannt wurde,⁴ enthielten sie sich zunächst überhaupt jeder Äußerung. Nur einmal während des Wiener Aufenthaltes Bismarcks (21.—24. September) brachte die „Kreuzzeitung“ eine kurze, sehr allgemein gehaltene halbamtliche Meldung, in der es hieß: man sei sich darüber einig, daß dieser Besuch eine der großen Etappen bedeute, die die europäische Politik zurücklege. Auch über Zweck und Gegenstand, Anlaß und Notwendigkeit der Zusammenkunft, sowie ihre Bedeutsamkeit für die Erhaltung des europäischen Friedens gebe es nur eine einzige Meinung.⁵ Im übrigen aber glaubten die konservativen Kreise gerade vor allzu großen Erwartungen und Hoffnungen warnen zu müssen. Man könne den weitreichenden „Konjekturen“ nicht scharf genug entgegentreten, ließ sich die „Kreuzzeitung“ von ihrem Wiener Mitarbeiter schreiben; alle Nachrichten, die von bevorstehenden Abmachungen wissen wollten, seien lediglich aus Vermutungen entstanden.⁶

Erst nach dem Abschluß der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy waren die Konservativen bemüht, zugleich mit dem Ergebnisse derselben auch ihren wahren Zweck und ihr eigentliches Ziel zu erkennen. Bereits am Tage nach der Abreise des deutschen Reichskanzlers aus der österreichischen Hauptstadt äußerte der „Reichsbote“, daß anläßlich der Wiener Ministerbegegnung ein sehr freundliches Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn hergestellt worden sei;⁷ freilich entziehe es sich vorläufig den Blicken der Öffentlichkeit, ob man sich das Freundschaftsverhältnis gegenseitig „schriftlich gegeben“ oder sich nur mündlich Treue und Freundschaft gelobt habe. Aber man brauche hierin keinen Grund zu irgendeiner Beunruhigung zu erblicken; denn es käme doch weniger auf die Tatsache einer schriftlichen Festlegung des Freundschaftsverhältnisses als vielmehr darauf an, daß die gegenseitigen Versicherungen von Herzen kämen und auch treu und fest gehalten würden. Daß dies der Fall sei, glaubte der „Reichsbote“ aber nicht bezweifeln zu können; denn die Völker des

4. Reichsbote, Nr. 220, 20. 9. 1879.

5. Nr. 223, 24. 9. 1879.

6. Nr. 221, 21. 9. 1879.

7. Nr. 224, 25. 9. 1879.

Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns empfänden eine große Freude über das Freundschaftsbündnis.

Wenige Tage später äußerte sich auch die „Kreuzzeitung“ hierzu, wobei sich ihre Ausführungen im wesentlichen mit denjenigen des „Reichsboten“ deckten.⁸ Auch sie hielt es für unzweifelhaft, daß eine „Entente“ zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn gefunden sei, und glaubte an eine vertragsmäßige Abmachung zwischen den beiden Reichen. Es sei eine sehr naive Auffassung, schrieb sie, wenn man meine, die persönliche Verständigung der beiden Monarchen und ihrer ersten Minister mache ein Vertragsverhältnis zwischen beiden Ländern entbehrlich. Über die Form, in welcher die Verständigung „fixiert“ worden sei — ob man sie schriftlich niedergelegt oder es bei mündlichen Verabredungen belassen habe —, herrsche freilich noch Ungewißheit, doch sei dies keine Ursache zur Beunruhigung; denn es sei völlig unzweifelhaft, daß dabei die Abwägung der realen Interessen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns maßgebend gewesen sei. So sprach die „Kreuzzeitung“ bereits von diesem Zeitpunkt an von einem „deutsch-österreichischen Bündnisse“, und nur die Frage ließ sie offen, welche Form dasselbe besitze, ob es schriftlich festgelegt worden sei oder nicht.⁹ Ihre Stellungnahme blieb auch dann unverändert, als Mitte Oktober die „Kölnische Zeitung“ die Meldung von dem förmlichen, d. h. schriftlichen Abschluß eines Schutzbündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn brachte.¹⁰ Auch weiterhin erschien der „Kreuzzeitung“ ein schriftliches Bündnis keineswegs verbürgt,¹¹ vielmehr meinte sie, bei der Zurückhaltung, die sich die an den Verhandlungen beteiligten Stellen auferlegten, müßten alle Mitteilungen von Einzelheiten über die Abmachungen notwendigerweise dem Verdacht ausgesetzt sein, auf „willkürlichen Kombinationen“ zu beruhen.¹² Nur der Versicherung, daß es sich um friedliche Abmachungen handle, stimmte auch sie zu. Der „Reichsbote“ dagegen sprach jetzt offen von einem Schutzbündnisse zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn.¹³

8. Nr. 227, 28. 9. 1879.

9. Nr. 231, 3. 10. 1879.

10. Nr. 284, 13. 10. 1879, Zweites Blatt.

11. Nr. 248, 23. 10. 1879.

12. Nr. 251, 26. 10. 1879.

13. Nr. 249, 24. 10. 1879.

Betrachteten also die Konservativen allgemein den Abschluß eines Bündnisses zwischen den beiden Reichen als feststehende Tatsache, über die Form desselben gingen ihre Anschauungen zunächst noch auseinander.

Die Freikonservativen beobachteten wie in ihren Äußerungen zu allen bisher betrachteten Fragen auch in ihren Ausführungen über den Zweck und das Ziel der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy eine außerordentliche Zurückhaltung. So äußerte die „Post“ zu der Gasteiner Begegnung der beiden Minister überhaupt keine eigenen Anschauungen, sondern beschränkte sich auf einen kurzen Bericht über den äußeren Verlauf dieser Zusammenkunft. Ebenso wenig trat sie auch vor der Ankunft Bismarcks in Wien in eine Erörterung über den Zweck und das Ziel der dortigen Verhandlungen ein; sie ließ sich nur von ihrem Wiener Berichterstatter melden, daß Bismarck durch diesen Besuch lediglich die deutsch-österreichische Freundschaft besiegeln wolle, es aber zu Abmachungen schriftlicher Art kaum kommen werde.¹⁴ Die große politische Bedeutung der Wiener Verhandlungen wurde aber auch von den Freikonservativen klar erkannt; sie erblickten in ihnen vor allem das Ergebnis der vorausschauenden Staatskunst Bismarcks. Mit bewundernswertem politischen Weitblick, schrieb die „Post“, habe Bismarck stets an dem Grundsatz festgehalten, daß es für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn keine natürlichere „Allianz“ gäbe als diejenige, die beide Reiche miteinander verbinde.¹⁵ Die Frucht dieser Politik stelle der gegenwärtige Besuch Bismarcks in Wien dar. Wenn die „Post“ in diesem Zusammenhange den Begriff „Allianz“ gebrauchte, so verstand sie hierunter aber keineswegs ein geschriebenes Bündnis; auch wollte sie damit nicht zum Ausdruck bringen, daß sie das Ziel der Wiener Reise Bismarcks in dem Abschluß eines Bündnisvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn erblicke. Diese Frage blieb in den Kreisen der Freikonservativen zunächst — selbst in den ersten Wochen nach Beendigung der Wiener Verhandlungen — völlig unberücksichtigt. Erst nachdem die „Kölnische Zeitung“ die Meldung von dem Abschluß eines deutsch-österreichischen Schutz-

14. Nr. 258, 20. 9. 1879.

15. Nr. 261, 23. 9. 1879.

bündnisses gebracht hatte, sprach auch die „Post“ von einem „Abkommen mit Österreich“.¹⁶ Alle Nachrichten über Inhalt und Form desselben hielt sie jedoch für keineswegs zuverlässig. Über Form, Mittel und Zweck des deutsch-österreichischen Bündnisses, schrieb sie,¹⁷ wisse sie ebenso wenig wie alle anderen Zeitungen auch. Man müsse sich damit begnügen, daß ein enges Einverständnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn hergestellt und wohl auch für einen längeren Zeitraum gesichert sei. Den Freikonservativen erschien diese Frage auch nur von untergeordneter Bedeutung, denn sie wußten, daß die auf dem Papier stehenden Buchstaben eines Bündnisvertrages nichts bedeuteten, wenn sich derselbe nicht in der Wirklichkeit des politischen Lebens bewährte; daß sich das deutsch-österreichische Bündnis wohl bewähren würde, darüber aber bestand bei ihnen kein Zweifel. Es könne wenig bedeutsam sein, schrieb die „Post“ Anfang Dezember 1879,¹⁸ ob sich die Diplomatie darüber Gedanken mache, wann der casus foederis eintrete, in der Hoffnung, man könne diesen umgehen; denn die Bewährung des Freundschaftsbundes werde nicht von irgendwelchen Formen und Abmachungen, sondern allein von dem Geiste der rückhaltlosen Gemeinschaft geleitet werden. „Wir haben die feste Überzeugung, wie weit oder wie eng die formalen Grundlagen der Vereinbarung gelegt sein mögen, das praktische Einverständnis wird sich bewähren, wird wachsen und wird jede Probe bestehen.“

Die gleichen Anschauungen also, die bereits für einen Teil der Konservativen maßgebend gewesen waren, bestimmten die Äußerungen der Freikonservativen: auch sie betrachteten ein Abkommen, ein Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn als das Ergebnis der Wiener Verhandlungen, alle Meldungen über Form und Inhalt desselben aber^{*} sahen sie als unzuverlässig und keineswegs verbürgt an und enthielten sich daher zu diesen Fragen vorläufig einer eigenen Stellungnahme.

Die Betrachtungen der Nationalliberalen über den eigentlichen Zweck der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy wiesen gegenüber den Äußerungen der beiden konservativen Gruppen nur unerhebliche Abweichungen auf. So wurde auch von ihnen das

16. Nr. 295, 27. 10. 1879.

17. Nr. 294, 26. 10. 1879.

18. Nr. 331, 2. 12. 1879.

wahre Ziel der Gasteiner Ministerbegegnung keineswegs klar erkannt, und der Gedanke an die Möglichkeit eines deutsch-österreichischen Bündnisses lag ihnen damals noch ebenso fern wie Konservativen und Freikonservativen. Während die „Kölnische Zeitung“¹⁹ ähnliche Gedanken wie „Kreuzzeitung“ und „Reichsbote“ äußerte und wie diese beiden Blätter in den Gasteiner Verhandlungen vor allem ein Zeichen dafür erblickte, daß die auswärtige Politik Österreich-Ungarns sich auch in Zukunft gegenüber dem Deutschen Reiche derselben freundlichen Haltung befleißigen werde wie unter der Leitung Andrassys, enthielt sich die „National-Zeitung“ vollständig einer eigenen Stellungnahme hierzu.²⁰ Wohl zählte sie die verschiedensten Möglichkeiten für Ursachen und Zweck der Gasteiner Reise Andrassys auf — ohne dabei freilich den Gedanken eines deutsch-österreichischen Bündnisses zu erwähnen —, aber sie vermied es, eine von ihnen für wahrscheinlicher als die übrigen zu bezeichnen und somit ihre eigene Anschauung über den Zweck der Gasteiner Verhandlungen darzulegen. Sie meinte, es sei am besten, sich an die Ereignisse der kommenden Wochen und Monate zu halten, die über das, was jetzt noch staatsmännisches Geheimnis sei, die Öffentlichkeit aufklären würde.

Erst als mit der Meldung von dem bevorstehenden Besuche Bismarcks in Wien in der Öffentlichkeit der Gedanke an den Abschluß eines Bündnisses mit Österreich-Ungarn auftauchte, begannen auch die nationalliberalen Kreise sich mit einer solchen Möglichkeit zu beschäftigen. An sich erschien ihnen ein derartiger Gedanke keineswegs verwunderlich; denn auch sie waren sich wohl bewußt, daß der Wiener Reise Bismarcks eine politische Bedeutung zukomme. Es hieße „dem Sehenden gegenüber die Existenz der Farbe leugnen“, schrieb etwa die „Kölnische Zeitung“,²¹ wolle man in dem Besuche Bismarcks lediglich einen Höflichkeitsakt und eine Erwiderung des Gasteiner Besuches Andrassys erblicken; und in Fortführung dieses Gedankens meinte sie wenige Tage später,²² man handele durchaus richtig, wenn man der Zusammenkunft in Wien

19. Nr. 238, 28. 8. 1879, Zweites Blatt.

20. Nr. 396, 26. 8. 1879.

21. Nr. 259, 18. 9. 1879, Erstes Blatt; in dem gleichen Sinne auch National-Zeitung, Nr. 437, 19. 9. 1879.

22. Nr. 264, 23. 9. 1879, Erstes Blatt.

eine große Wichtigkeit beimesse. Es sei daher auch keineswegs verwunderlich, wenn in diesem Zusammenhange der Gedanke an den Abschluß eines deutsch-österreichischen Schutz- und Trutzbündnisses in den Erörterungen der politischen Öffentlichkeit aufgetaucht sei. An seine Verwirklichung glaubten die Nationalliberalen freilich nicht. Übereinstimmend urteilten „Kölnische Zeitung“ und „National-Zeitung“:²³ ein Schutz- und Trutzbündnis werde doch nur dann abgeschlossen, wenn man glaube, eine nahe Gefahr werde ein gemeinsames Handeln erforderlich machen; eine derartige Notwendigkeit sei aber selbst dann, wenn man die politische Lage in Europa noch so ernst beurteile, vorläufig nicht zu erwarten. Die „National-Zeitung“ änderte auch nach dem Abschluß der Wiener Verhandlungen ihre Ansicht nicht. Den Gedanken an ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn lehnte sie auch weiterhin entschieden ab und sprach lediglich von „Verabredungen“, deren wahrscheinlicher Kern darin erblickt werden müsse, daß ein deutscher Schutz für Österreich-Ungarn unter bestimmten Verhältnissen vorgesehen sei.²⁴ Zu der Frage nach der Form dieser „Verabredungen“ aber meinte sie, daß am natürlichsten wohl eine schriftliche Aufzeichnung derselben sei; ob besondere Gründe vorgelegen hätten hiervon abzusehen, entziehe sich der Kenntnis der Öffentlichkeit, lediglich die Tatsache, daß Kaiser Franz Joseph bereits kurze Zeit nach seiner Unterredung mit Bismarck und vor diesem Wien wieder verlassen habe, lasse „einen negativen Schluß bezüglich der letzten Form der getroffenen Verabredungen“ zu.

Ganz anders war die Stellungnahme der „Kölnischen Zeitung“. Sie sprach bereits am 24. September, also am Tage der Abreise des deutschen Kanzlers aus Wien, von einem „neuen Bündnis“ zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn²⁵ und gebrauchte die gleichen Worte auch zwei Tage später in einem Rückblick auf das Ergebnis der Wiener Verhandlungen, wobei sie nur die Frage offen ließ, ob das „neue Bündnis“ geschrieben oder ungeschrieben sei.²⁶

23. Kölnische Zeitung, Nr. 264, 23. 9. 1879, Erstes Blatt; National-Zeitung, Nr. 437, 19. 9. 1879.

24. Nr. 448, 26. 9. 1879.

25. Nr. 265, 24. 9. 1879 Zweites Blatt.

26. Nr. 267, 26. 9. 1879, Zweites Blatt.

Doch auch hierauf wußte sie schon bald eine klare Antwort zu geben. Als erste deutsche Zeitung meldete sie am 13. Oktober, daß es anläßlich der Wiener Verhandlungen nicht nur bei mündlichen Abmachungen geblieben, sondern zum Abschlusse eines förmlichen Vertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn zum Schutze der beiderseitigen Interessen gekommen sei.²⁷ Wenige Tage später konnte sie dieser Nachricht noch hinzufügen, daß das Abkommen bereits durch die Unterschrift der Monarchen beider Länder seine Bestätigung erhalten habe.²⁸ Beide Meldungen können aber nicht als willkürliche Äußerungen des rheinischen Blattes gelten, sie müssen vielmehr als halbamtliche Mitteilungen betrachtet werden. Hierfür spricht zunächst die Tatsache, daß sich Bismarck für offiziöse Zwecke neben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Post“ vor allem der „Kölnischen Zeitung“ bedient hat; es kommt hinzu, daß diese bereits am 8. Oktober, also mehrere Tage vor ihrer Nachricht von dem Abschluß eines förmlichen Vertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn, einen Leitartikel gebracht hatte, der — es wird in anderem Zusammenhange noch eingehender darzulegen sein — sich mit der außenpolitischen Lage befaßte, wobei er die Notwendigkeit einer Anlehnung der beiden mitteleuropäischen Großmächte aneinander betonte, und ganz offensichtlich von amtlicher Seite beeinflusst war; schließlich bekräftigt auch die Form, in der die beiden angeführten Meldungen der „Kölnischen Zeitung“ abgefaßt waren, ihren offiziellen Charakter: die Nachricht vom 13. Oktober begann: „Berlin, 12. Okt. Aus guter Quelle erfährt man, daß es in Wien nicht bloß bei mündlichen Verabredungen geblieben, sondern zwischen Deutschland und Österreich ein formeller Vertrag abgeschlossen worden ist“. Die Meldung vom 18. Oktober lautete: „Berlin, 18. Okt. (Telegramm). Das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn kann als unzweifelhafte Tatsache angesehen werden. Man hat Gründe zu glauben, daß der Vertrag bereits im Laufe der vergangenen Woche durch die allerhöchste Unterschrift beider Majestäten sanktioniert worden ist“.

27. Nr. 284, 13. 10. 1879, Zweites Blatt.

28. Nr. 289, 18. 10. 1879, Erstes Blatt.

Die Haltung der „National-Zeitung“ blieb auch jetzt unverändert. Zu den Mitteilungen der „Kölnischen Zeitung“ über den Abschluß eines schriftlich festgelegten Schutzbündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn meinte sie lediglich, man müsse seine Ansichten darauf beschränken, daß die Abmachungen die Erhaltung des durch den Berliner Kongreß geschaffenen Zustandes gewährleisten sollten.²⁹ Auch ihre Meinung über die äußere Form derselben änderte sie nicht; sie sah es keineswegs als erwiesen an, daß ein schriftlich formulierter Vertrag vorliege.³⁰ Nur das erkannte sie auch weiterhin an, daß es zwischen Bismarck und Andrassy zu bestimmten Abmachungen gekommen sei; ob diese aber schriftlich niedergelegt worden waren und welchen Inhalt sie hatten, darüber besaß die „National-Zeitung“ keine feste Vorstellung, und alle Mitteilungen anderer Blätter hierzu sah sie als völlig unzuverlässig an. Wenn sie daher auch in ihren Ausführungen zu dem Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy niemals den Ausdruck „Bündnis“ gebrauchte, allgemein kann aber doch für die Nationalliberalen gelten, daß auch sie ein Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn als bestehend erachteten; denn von diesem Zeitpunkt an wird auch von ihnen immer wieder von dem deutsch-österreichischen „Bündnisse“ gesprochen.³¹ Über seine Form jedoch — dies ist es, was die Ausführungen der „National-Zeitung“ vor allem zum Ausdruck brachten — bestand bei ihnen zunächst ebenso wenig wie bei den Konservativen eine übereinstimmende Auffassung.

In der Beurteilung des eigentlichen Zieles der Gasteiner Ministerbegegnung drangen auch die Zentrumskreise nicht tiefer als Konservative, Freikonservative und Nationalliberale. Man könne die Zusammenkunft als einen Beweis dafür ansehen, meinte die „Germania“,³² daß der Rücktritt des Grafen Andrassy mehr aus persönlichen, als politischen Beweggründen entsprungen sei, denn Bismarck hätte die Begegnung mit dem scheidenden Außen-

29. Nr. 488, 20. 10. 1879.

30. Nr. 497, 25. 10. 1879.

31. So etwa Bennigsen in der Reichstagsrede vom 1. 3. 1880; auch die „National-Zeitung“ gebrauchte in dem Artikel „Osteraussichten“ vom 28. 3. 1880 (Nr. 147) die Worte: „Deutschland, mit Österreich verbündet“.

32. Nr. 199, 30. 8. 1879.

minister der Donaumonarchie und damit jeden Schein einer Einmischung in den Ministerwechsel wohl vermieden, wenn der Rücktritt Andrassys eine entscheidende Bedeutung für die Politik Österreich-Ungarns besäße. Eine große politische Tragweite erkannten die Zentrumskreise der Gasteiner Zusammenkunft also nicht zu.

Auch über die politische Bedeutung der Wiener Reise Bismarcks enthielten sie sich zunächst jedes Urteils. Die „Germania“ stellte lediglich fest, daß „alle Welt“ in dem Besuche des deutschen Reichskanzlers in der österreichischen Hauptstadt mehr als einen „Höflichkeitsakt“ gegenüber Andrassy erblicke und daß man ihm eine politische Bedeutung von großer Tragweite beilege.³³ Bald jedoch begannen auch die Zentrumskreise sich eingehender mit den Wiener Verhandlungen zu beschäftigen und wandten dabei ihr Interesse vor allem der Frage nach dem Abschluß eines deutsch-österreichischen Bündnisses zu. Noch während des Wiener Aufenthaltes Bismarcks sprach die „Germania“ von einem „dauernden völkerrechtlichen Bunde“ zwischen beiden Ländern;³⁴ nach der Beendigung der Wiener Verhandlungen aber faßte sie ihre Ansicht über das Ergebnis derselben dahingehend zusammen³⁵: man sei zu der Ansicht berechtigt, daß Bismarck sein Ziel erreicht habe und ein „Allianzverhältnis“ zwischen beiden Reichen zustande gekommen sei. Unter diesem „Allianzverhältnis“ verstanden die Zentrumskreise freilich noch keineswegs einen schriftlichen Vertrag; sie stellten lediglich fest, daß es Bismarck und Andrassy gelungen sei, ein engeres Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn herzustellen. Die Frage aber, ob dieses Verhältnis schriftlich festgelegt worden sei oder ob sich die Minister mit mündlichen Abmachungen begnügt hätten, fand bei ihnen zunächst überhaupt keine Beachtung. Erst als die „Kölnische Zeitung“ die Meldung von dem Abschluß eines schriftlichen Schutzbündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn gebracht hatte, wandten auch die Zentrumskreise der Betrachtung dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zu. Zunächst noch nicht voll-

33. Nr. 216, 19. 9. 1879.

34. Nr. 219/220, 23./24. 9. 1879.

35. Nr. 226, 1. 10. 1879.

kommen entschieden, immerhin aber doch eine derartige Meldung als „nicht unwahrscheinlich“ bezeichnend,³⁶ erklärte schließlich die „Germania“ zwei Tatsachen als mit Sicherheit beglaubigt³⁷: die Abmachungen zwischen Bismarck und Andrassy, die sie als einen „Defensivvertrag“ bezeichnete,³⁸ seien, soweit sie sich auf die auswärtige Politik bezögen, in irgendeiner schriftlichen Form festgelegt worden und hätten die Unterschrift Kaiser Wilhelms gefunden.

Im Gegensatz hierzu standen aber die Äußerungen der in München erscheinenden „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“. Noch Mitte Oktober stellten sie fest, daß in Wien nichts „geschrieben“ worden sei, und bezeichneten die „ungeschriebenen Bündnisse“ als ein „eigentümliches Zeichen der Zeit“;³⁹ auch noch im November leugneten sie das Bestehen eines förmlichen Vertrages und meinten, es dürfe als zweifellos gelten, daß ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn nicht abgeschlossen worden sei.⁴⁰ Lediglich in einem Protokoll seien die Ergebnisse der Wiener Verhandlungen schriftlich niedergelegt worden.

Somit bestand also auch in den Zentrumskreisen, wie es schon bei Konservativen und Nationalliberalen beobachtet werden konnte, über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy keine übereinstimmende Auffassung. Wohl erkannten sie einheitlich den Abschluß eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn als feststehende Tatsache an, über die Form desselben gingen ihre Anschauungen aber vorläufig noch auseinander.

Innerhalb der Fortschrittspartei standen sich in den Äußerungen der „Vossischen Zeitung“, des „Berliner Tageblattes“ und der „Volkszeitung“ einerseits und der „Frankfurter Zeitung“ andererseits zwei vollständig voneinander abweichende Ansichten gegenüber. Sie unterschieden sich nicht allein in ihrer Auffassung von dem Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Bismarck und An-

36. Nr. 237, 14. 10. 1879.

37. Nr. 247, 25. 10. 1879.

38. Nr. 244, 22. 10. 1879.

39. Band 84, 1879, S. 631.

40. Band 84, 1879, S. 784 ff.

drassy, sondern auch in ihren Anschauungen über den Zweck der Gasteiner Ministerbegegnung und die Bedeutung der Wiener Reise Bismarcks. Die Äußerungen jener Blätter deckten sich dabei in mancher Beziehung mit denjenigen der übrigen politischen Gruppen. So erblickte auch das „Berliner Tageblatt“ — während „Vossische Zeitung“ und „Volkszeitung“ sich einer eigenen Stellungnahme hierzu enthielten — in der Gasteiner Zusammenkunft Bismarcks und Andrassys lediglich ein Zeichen dafür, daß die bisherige auswärtige Politik der Donaumonarchie nach dem Rücktritt Andrassys keinen Wandel erfahren werde. Es sei unzweifelhaft, schrieb es,⁴¹ daß Graf Andrassy mit dem Gasteiner Besuche den Zweck verfolgt habe, Bismarck davon zu überzeugen, daß sein Rücktritt nur einen Personenwechsel, in keinem Falle aber eine Änderung in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn bedeute. Andrassy werde auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amte als österreichisch-ungarischer Außenminister nicht müßig bleiben und ein „freiwilliger Wächter der deutsch-österreichischen Freundschaft“ sein. Der Gedanke an den Abschluß eines deutsch-österreichischen Bündnisses fand aber auch in den Äußerungen des „Berliner Tageblattes“ damals noch keinerlei Erwähnung; erst anläßlich der Wiener Reise Bismarcks begann es — wie auch „Vossische Zeitung“ und „Volkszeitung“ — sich mit einer solchen Möglichkeit zu beschäftigen.

Darüber, daß die Wiener Zusammenkunft mehr darstelle als nur eine Erwiderung des Besuches Andrassys in Gastein, gab es für diese fortschrittlichen Blätter keinen Zweifel. Schon Anfang September, als die ersten Nachrichten von dem Plan der Wiener Reise Bismarcks in die Öffentlichkeit drangen, hatte sich das „Berliner Tageblatt“ von seinem Wiener Berichterstatter schreiben lassen, der Besuch des Fürsten Bismarck in Wien werde die Bedeutung eines wichtigen politischen Ereignisses besitzen;⁴² man müsse ihn ebenso wie den Gasteiner Besuch Andrassys als ein Zeichen für die Fortdauer der ungemein engen Beziehungen zwischen Bismarck und Andrassy und damit auch zwischen den beiden Reichen auffassen. Wenige Tage vor Beginn der Wiener Verhandlungen wies

41. Nr. 399, 28. 8. 1879.

42. Nr. 406, 1. 9. 1879.

es — ebenso wie die „Vossische Zeitung“⁴³ — nochmals auf die große politische Tragweite der Zusammenkunft hin. Aber obwohl sie die Bedeutsamkeit der Wiener Verhandlungen nicht verkann-ten, warnten beide Blätter doch davor, sie zu überschätzen, und wiesen vor allem den Gedanken zurück, daß es die Absicht Bismarcks sei, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich-Ungarn abzuschließen. Enge Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Donaumonarchie wünschten auch sie, und sie erblickten in dem Wiener Besuche Bismarcks wohl ein Mittel für ihre Festigung; an den Abschluß eines schriftlichen Bündnisses aber glaubten sie nicht: „Das Resultat der Reise Bismarcks wird zwar keine geschriebene, paragraphierte oder unterzeichnete Schutz- und Trutzallianz sein, wohl aber wird dieselbe zu neuer Bekräftigung der intimsten und aufrichtigsten Beziehungen zwischen Wien und Berlin beitragen, Beziehungen, welche gemeinsame Ziele voraussetzen und nötigenfalls zu gemeinschaftlicher Zurückweisung unberechtigter und gefährlicher Bestrebungen von dritter Seite führen würden“, so ließ sich die „Vossische Zeitung“ aus Wien über den Zweck der dortigen Verhandlungen berichten;⁴⁴ sie selbst aber bezeichnete diejenigen als „Hitzköpfe“, die Schutz- und Trutzbündnisse brauchten, wo die diplomatische Herstellung eines guten Einvernehmens genüge.⁴⁵ Auch die „Volkszeitung“ ließ sich aus Wien melden, daß die Behauptungen, es werde ein Allianzvertrag abgeschlossen werden, zu weit gegriffen seien;⁴⁶ und ebenso wenig erkannte das „Berliner Tageblatt“ den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Österreich-Ungarn als das Ziel der Wiener Reise Bismarcks an.⁴⁷ Selbst nach Beendigung der Wiener Verhandlungen hob es dies nochmals ausdrücklich hervor⁴⁸: es sei weder ein formelles Schutz- und Trutzbündnis noch ein ähnlicher Vertrag abgeschlossen worden; überhaupt habe man in Wien nichts schriftlich niedergelegt. Wohl sei das Einvernehmen zwischen beiden Reichen in allen großen politischen Fragen so herzlich und vollständig,

43. Berliner Tageblatt, Nr. 438, 19. 9. 1879; Nr. 439, 20. 9. 1879; Vossische Zeitung, Nr. 264, 21. 9. 1879, Morgenausgabe.

44. Nr. 263, 20. 9. 1879, Morgenausgabe.

45. Nr. 266, 23. 9. 1879, Morgenausgabe.

46. Nr. 222, 23. 9. 1879, Zweites Blatt.

47. Nr. 438, 19. 9. 1879; Nr. 439, 20. 9. 1879; Nr. 444, 23. 9. 1879.

48. Nr. 447, 25. 9. 1879.

daß ohne Schwierigkeiten ein formelles Bündnis zustande kommen könne, sobald sich dies als erforderlich erweise; im Augenblick aber bestände eine derartige Notwendigkeit nicht.

Es war nur eine natürliche Folge dieser Einstellung, wenn sich alle drei fortschrittlichen Blätter auch gegenüber der Nachricht der „Kölnischen Zeitung“ von einem schriftlichen Abkommen zwischen beiden Ländern zunächst eine starke Zurückhaltung auferlegten. Die „Vossische Zeitung“ und die „Volkszeitung“ äußerten sich in den ersten Tagen nach dieser Meldung überhaupt nicht, und auch das „Berliner Tageblatt“ erklärte sie in dieser Form für „etwas fraglich“.⁴⁹ Schließlich aber bekannten auch sie sich zu der Ansicht, daß ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen und von den Kaisern beider Reiche ratifiziert worden sei. Man lebe in allen politischen Kreisen in der Überzeugung, daß während der Wiener Verhandlungen die Grundlage eines Vertrages entworfen worden sei, der das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn für bestimmte Fälle zu Schutz und Trutz verbinde, schrieb das „Berliner Tageblatt“;⁵⁰ tatsächlich könne auch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß im Gegensatz zum Dreikaiserbündnisse diesmal eine schriftliche Fassung vorliege. Wenige Tage später fügte es noch hinzu, daß der Vertrag die Unterschrift der Monarchen beider Länder gefunden habe.⁵¹ Ganz ähnlich waren auch die Äußerungen der „Volkszeitung“ und der „Vossischen Zeitung“ gehalten;⁵² nur über den tatsächlichen Inhalt des Bündnisses bestand bei ihnen zunächst keinerlei feste Vorstellung, und noch Ende November äußerte die „Vossische Zeitung“, daß hierüber immer noch nichts Genaues bekannt sei.⁵³

In vollständigem Gegensatz zu den Anschauungen dieser fortschrittlichen Blätter stand die Ansicht der „Frankfurter Zeitung“. Schon in ihren Ausführungen zu der Gasteiner Ministerzusammenkunft kam dies deutlich zum Ausdruck; hierin meinte sie, es gehöre ein gut Teil Naivität dazu zu glauben, Andrassy sei nur deshalb nach Gastein gereist, um Bismarck zu versichern, daß auch

49. Nr. 480, 14. 10. 1879.

50. Nr. 489, 19. 10. 1879.

51. Nr. 496, 23. 10. 1879.

52. Volkszeitung, Nr. 249, 24. 10. 1879, Erstes Blatt; Vossische Zeitung, Nr. 293, 20. 10. 1879, Abendausgabe.

53. Nr. 328, 24. 11. 1879, Abendausgabe.

nach seinem Rücktritt in den freundschaftlichen Beziehungen Österreich-Ungarns zum Deutschen Reiche keine Änderung eintreten werde;⁵⁴ einen anderen Grund hierfür wußte freilich auch sie nicht anzugeben. Und wieder stellte sie sich in Gegensatz zu den Anschauungen der übrigen fortschrittlichen Blätter, als diese auf die große politische Bedeutung der Wiener Reise Bismarcks hinwiesen; sie könne keine Frage finden, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ jetzt, die wichtig genug wäre, eine Zusammenkunft der ersten Minister des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns notwendig zu machen.⁵⁵ Konnte sie aber eine Notwendigkeit für die Wiener Verhandlungen nicht erkennen, so mußten ihr auch die Meldungen von dem bevorstehenden Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn als unrichtig erscheinen; sie bezeichnete daher alle Nachrichten, die von einem solchen Bündnisse wissen wollten, als „Phantasien“, die man zu widerlegen sich schämen müsse.⁵⁶ Auch von ihrem Wiener Mitarbeiter ließ sie sich melden, daß zwischen Bismarck und Andrassy keinerlei schriftliche Abmachungen getroffen worden seien,⁵⁷ und noch nach Beendigung der Wiener Verhandlungen unterschied sie deutlich zwischen dem „freundschaftlichen Verkehr, dem einzig Erreichbaren“ und einem „Bündnis, dem Unerreichbaren“.⁵⁸ Auch später, als die „Kölnische Zeitung“ die Meldung von dem schriftlichen Abschluß eines Schutzbündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn gebracht hatte, änderte die „Frankfurter Zeitung“ ihre Auffassung nicht und stellte sich damit erneut in Gegensatz zu den übrigen fortschrittlichen Blättern. Dabei leugnete sie nicht allein, daß ein Allianzvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn unterzeichnet worden sei,⁵⁹ sondern das Bestehen eines Bündnisses zwischen beiden Reichen überhaupt.⁶⁰ Aber trotz dieser Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung“ kann doch auch für die Kreise des Fortschrittes gelten.

54. Nr. 240, 28. 8. 1879, Morgenblatt.

55. Nr. 237, 14. 9. 1879, Morgenblatt.

56. Nr. 264, 21. 9. 1879, Morgenblatt.

57. Nr. 267, 24. 9. 1879, Morgenblatt.

58. Nr. 268, 25. 9. 1879, Morgenblatt.

59. Nr. 294, 21. 10. 1879, Morgenblatt.

60. Nr. 328, 24. 11. 1879, Abendblatt.

daß sie im allgemeinen das Ergebnis der Wiener Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy in einem deutsch-österreichischen Bündnisse erblickten.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie war nicht anders. Wenn auch der „Sozialdemokrat“ zunächst nur von einer angeblich geschlossenen Allianz zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn sprach,⁶¹ so schrieb er doch bereits in seiner folgenden Nummer, Kaiser Wilhelm habe sich durch die Unterzeichnung des Bündnisses für dessen „ewige Einhaltung“ verbürgt.⁶² Ein Zweifel über den Abschluß eines Bündnisses zwischen den beiden Reichen bestand also auch in den Reihen der Sozialdemokraten nicht.

Unter den deutschen politischen Parteien gab es somit keine, die nicht das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy in einem deutsch-österreichischen Bündnisse erblickte. Zunächst freilich hatten sie sich alle gegenüber den Meldungen, die von einem solchen Abkommen wissen wollten, außerordentliche Zurückhaltung auferlegt. Noch anläßlich der Gasteiner Ministerbegegnung war von keiner Partei auf die Möglichkeit eines deutsch-österreichischen Bündnisses verwiesen und somit der wirkliche Zweck derselben von ihnen allen vollständig verkannnt worden. Auch als dann im Zusammenhange mit der Meldung von der Wiener Reise Bismarcks dieser Gedanke zuerst in der Öffentlichkeit auftauchte, war er allen Parteien zunächst als völlig unglaubwürdig erschienen. Erst nach Abschluß der Wiener Verhandlungen änderte sich dies. In immer stärkerem Maße wurde jetzt auch von ihnen von dem deutsch-österreichischen Bündnisse gesprochen, und als Mitte Oktober die „Kölnische Zeitung“ die halbamtliche Meldung von dem Abschluß eines schriftlichen Schutzbündnisses zwischen den beiden Reichen gebracht hatte, erkannten alle Parteien übereinstimmend ein Bündnis als feststehende Tatsache an. Mochten einzelne Blätter sein Bestehen auch weiterhin leugnen, für die Gesamthaltung der politischen Gruppen ist dies belanglos; sie alle erblickten ein Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn als das Ergebnis der

61. Nr. 4, 26. 10. 1879.

62. Nr. 5, 2. 11. 1879.

Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy. Über Form und Inhalt dieses Bündnisses jedoch bestand bei ihnen noch keinerlei übereinstimmende Auffassung. Dabei unterschieden sich nicht nur die verschiedenen Gruppen in ihren Ansichten voneinander, auch innerhalb der einzelnen Parteien wurden meist mehrere Anschauungen vertreten. Bald glaubte man, das Bündnis sei in schriftlicher Form abgeschlossen worden, bald meinte man, es sei bei mündlichen Verabredungen geblieben; oft auch enthielt man sich überhaupt einer eigenen Entscheidung und überließ die Lösung dieser Frage der Zukunft, die — wie man nicht bezweifelte — auch hierüber einmal eine Aufklärung bringen würde.

2. Außenpolitische Erwägungen.

Neben der Frage nach dem eigentlichen Zweck und dem tatsächlich erreichten Ziel waren es vor allem außenpolitische Gesichtspunkte, die die Betrachtungen der Parteien zu den Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy bestimmten. Außenpolitische Gründe betrachteten die Parteien ohne Unterschied als maßgebend für Bismarcks Entschluß, die Wiener Zusammenkunft mit Andrassy herbeizuführen — mit der Gasteiner Begegnung befaßten sie sich überhaupt nicht eingehender — und den Abschluß eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn zu betreiben.

Die konservativen Kreise gingen bei diesen Betrachtungen von der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen aus. In einem längeren Leitartikel „Rußland und die deutsche Politik“ erinnerte die „Kreuzzeitung“¹ rückblickend an die Zeiten, da Rußland und das Deutsche Reich durch enge und freundschaftliche Beziehungen miteinander verbunden gewesen waren und sich in ihren Bestrebungen stets gegenseitig unterstützt hatten. So habe das russische Reich im Jahre 1866 während des preußisch-österreichischen Krieges und im Jahre 1870 bei der deutsch-französischen Auseinandersetzung durch seine neutrale Haltung Preußen bzw. Deutschland große Dienste geleistet; so sei das Deutsche Reich wiederum Rußland

1. Nr. 231, 3. 10. 1879.

beihilflich gewesen, die Neutralisierung des Schwarzen Meeres durchzusetzen. Später habe man sich gemeinsam mit Österreich-Ungarn im Dreikaiserverhältnisse zusammengeschlossen, um in den europäischen Fragen stets übereinstimmend handeln zu können. Dieses Freundschaftsverhältnis habe Rußland aber nicht davon abgehalten, sich in immer stärkerem Maße in Gegensatz zu den Interessen Österreich-Ungarns zu stellen, so daß es zum Bruch zwischen der Donaumonarchie und dem russischen Reiche gekommen sei.

Ihm sei aber infolge der Hetztätigkeit der panslawistischen Kreise Rußlands und der russischen Presse gegen Deutschland zugleich eine weitgehende Entfremdung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland gefolgt, wodurch auch der letzte Rest des Dreikaiserverhältnisses zerstört worden sei: „Das Dreikaiserverhältnis in seiner bisherigen Form ist zu Ende, nicht durch einen Streit, sondern durch die natürliche Entwicklung der Dinge und weil die panslawistische Partei ihre Rechnung nicht dabei gefunden hat.“ Dieser Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen habe nun Bismarck durch seinen Wiener Besuch Rechnung getragen; seine Unterredungen mit Andrassy seien also lediglich die Folge des Wandels in dem deutsch-russischen Verhältnisse; somit bedeute aber die Wiener Reise Bismarcks keineswegs eine Änderung der deutschen Außenpolitik, sondern allein ihre folgerichtige Fortführung. In der Entfremdung, die im Anschluß an den Berliner Kongreß zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland eingetreten war, erblickten also die Konservativen den eigentlichen Grund, der für Bismarck bestimmend gewesen war, den Abschluß eines engen deutsch-österreichischen Bündnisses zu betreiben. Mit dieser Feststellung bezeichneten sie aber zugleich als wesentlichstes Ziel desselben, wie sie es zu erkennen glaubten, die Sicherung des Deutschen Reiches gegenüber den ihm von Rußland drohenden Gefahren.

Aber dies galt den Konservativen nicht als der einzige Zweck des Bündnisses; denn indem sie die Notwendigkeit desselben betonten, wiesen sie zugleich auf weitere Ziele hin. Österreich-Ungarn habe für seine Aufgaben auf der Balkanhalbinsel, schrieb die „Kreuzzeitung“ in einem Rückblick auf die Wiener Verhandlungen,² nunmehr den Rückhalt gefunden, dessen es bedürfe; der

2. Nr. 227, 28. 9. 1879.

„Reichsbote“³ aber fügte dieser Erwägung noch hinzu, das Deutsche Reich wiederum sei in Anbetracht der französischen Revancheidee und der panslawistischen Bestrebungen in Rußland ebenso sehr auf die Rückendeckung durch Österreich-Ungarn angewiesen. Ein solches Freundschaftsbündnis zwischen dem Deutschen Reiche und der Donaumonarchie erschien den Konservativen aber zugleich als eine starke Friedensbürgschaft; die erste und wesentlichste Folge der Wiener Abmachungen Bismarcks und Andrassys erblickten sie in der Erhaltung des europäischen Friedens, womit sie zugleich aber auch ein weiteres Ziel derselben bezeichneten. Nach der Beunruhigung, die die russische Presse in der jüngsten Zeit hervorgerufen habe, schrieb die „Kreuzzeitung“,⁴ sei nun eine Grundlage gefunden worden, auf der sich der europäische Frieden befestigen könne. Auch brauche man keine Sorge zu haben, daß sich in der Zukunft einmal als Folge des Bündnisabschlusses am Horizont „schwarze Punkte“ zeigen würden, denn das Bündnis trage einen rein defensiven Charakter; es provoziere niemanden, halte aber jeder „abenteuerlichen“ Politik einen Schild entgegen, von dem die Pfeile „auf des Schützen eigene Brust“ zurückprallen würden.

In ihren Betrachtungen über die Folgen der Wiener Abmachungen beschränkten sich die Konservativen aber nicht allein auf diese Frage; noch von zwei anderen Gesichtspunkten ließen sie sich leiten. Zunächst waren sie bestrebt, die Einwirkung derselben auf das deutsch-englische Verhältnis zu erkennen. Dabei gelangten sie zu der Anschauung, daß das deutsch-österreichische Bündnis auch in dieser Hinsicht nur günstige Folgen haben könne: die Erleichterung der deutsch-englischen Beziehungen und eine Annäherung Englands an die beiden mitteleuropäischen Mächte. Das Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn könne jederzeit durch den Beitritt Englands erweitert werden, schrieb die „Kreuzzeitung“;⁵ denn diese drei Mächte würden durch keinerlei widerstrebende Interessen getrennt, vielmehr seien gerade England und Österreich-Ungarn im nahen Orient aufeinander angewiesen. Solange aber beide Staaten mit dem Deutschen Reiche einig wären,

3. Nr. 220, 20. 9. 1879.

4. Nr. 227, 28. 9. 1879.

5. Nr. 231, 3. 10. 1879.

werde auch die politische Lage Europas durch diese „Tripelallianz“ beherrscht, gegen deren Willen in Europa keine kriegerische Verwicklung stattfinden könne. Aber wenn die Konservativen auch eine Annäherung Englands an Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich begrüßten, weil sie hierin eine weitere Gewähr für die Erhaltung des europäischen Friedens erblickten, so wünschten sie andererseits doch keine allzu enge österreichisch-englische Freundschaft; denn die „Kreuzzeitung“ erließ gleichzeitig einen Warnruf, der sich wohl nicht allein gegen derartige Bestrebungen in den politischen Kreisen Englands, sondern in gleichem Maße gegen alle ähnlichen Versuche in der Donaumonarchie richtete; man dürfe sich in England keiner Täuschung darüber hingeben, hieß es hierin,⁶ daß Österreich-Ungarn mit seinem deutschen Rückhalt jemals für das britische Reich „die Kastanien aus dem Feuer holen“ werde.

Die dritte Folge des Bündnisabschlusses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn, die die konservativen Kreise in starkem Maße beschäftigte, war die Einwirkung desselben auf die zukünftige Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen. Dabei standen sich in den Äußerungen der „Kreuzzeitung“ und des „Reichsboten“ zwei vollständig entgegengesetzte Anschauungen gegenüber. Dieser schrieb, man dürfe wohl annehmen, daß sich Rußland nun seinerseits ebenfalls bemühen werde, ein Bündnis abzuschließen;⁷ denn es sei doch wenig wahrscheinlich, daß das deutsch-österreichische Abkommen Rußland veranlassen werde, „seine Fühlhörner bescheiden einzuziehen“ und nachzugeben. Bekanntlich bemühe es sich auch schon seit längerer Zeit um ein Bündnis mit Frankreich. Die „Kreuzzeitung“ dagegen meinte,⁸ so groß auch die Erbitterung in Petersburg gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn sein möge, man werde hier doch einsehen, daß man gegen diese beiden Staaten nichts unternehmen könne, und sich daher ruhig verhalten. Es scheine gar nicht ausgeschlossen, hieß es an anderer Stelle,⁹ daß Rußland sich bescheiden und in die alten Kreise zurücktreten werde. Auch hier muß den Äußerungen der „Kreuzzeitung“ der Vorzug gegeben werden. Nicht allein deshalb,

6. Nr. 256, 1. 11. 1879.

7. Nr. 248, 23. 10. 1879.

8. Nr. 256, 1. 11. 1879.

9. Nr. 231, 3. 10. 1879.

weil die „Kreuzzeitung“ für die damalige Zeit als dasjenige Blatt anzusehen ist, das die Ansichten weiterer Kreise der Konservativen wiedergab; es kommt hinzu, daß aus ihren Worten zugleich — wenn auch in versteckter Form — der Wunsch nach einer Wiedernäherung des Deutschen Reiches an Rußland spricht, wie er von den Konservativen allgemein in ihrer Stellungnahme zu den russischen Presseangriffen und der Kaiserbegegnung von Alexandrowo zum Ausdruck gebracht worden war.

Beide Blätter enthalten aber trotz der äußeren Verschiedenartigkeit ihrer Ausführungen doch ein Gemeinsames: sie betonten übereinstimmend, daß der Bündnisabschluß an sich auch weiterhin ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland ermögliche. Die Konservativen betrachteten also die Wiener Abmachungen keineswegs als einen Bruch des Reiches mit der russischen Freundschaft, mochten sie auch das Dreikaiserverhältnis für beendet erklären und den Grund hierfür darin erblicken, daß Rußland lediglich seine Sonderinteressen verfolge. Sie meinten im Gegenteil, daß beide Staaten auch in Zukunft in engen Beziehungen zueinander stehen könnten, und sie hofften und wünschten entsprechend ihren politischen Grundanschauungen, daß dies auch geschehen werde.

Hatten die Konservativen in der Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses während der letzten Monate, die zu einer Spannung und Entfremdung zwischen den beiden Reichen geführt hatte, den eigentlichen Grund für den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses erblickt, so galt den Freikonservativen diese nur als der Anlaß hierfür; denn nicht allein von der politischen Lage der Gegenwart aus betrachteten sie die Wiener Abmachungen, sie versuchten vielmehr, diese in die Außenpolitik Bismarcks überhaupt einzuordnen, und bezeichneten so die Annäherung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn und damit also auch das Bündnis zwischen den beiden Reichen als das Endziel einer von Bismarck seit langem erstrebten und befolgten Politik, ohne aber hierbei die wirklichen Gründe eingehender zu beleuchten, die Bismarck veranlaßt hatten, dieses Ziel zu erstreben. Wenn die „Post“ auch einmal schrieb,¹⁰ die Anlehnung an Österreich-Ungarn habe

10. Nr. 296, 28. 10. 1879.

das Deutsche Reich nur deshalb gesucht, weil es nicht gewillt sei, Rußland Vasallendienste zu leisten, und infolgedessen von diesem bedroht worden sei, so kennzeichnete sie mit diesen Worten nur den eigentlichen Anlaß für die Wiener Verhandlungen und das deutsch-österreichische Bündnis; denn an anderer Stelle meinte sie,¹¹ der Wiener Besuch Bismarcks sei die „Frucht einer weise vorschauenden Staatskunst“. Mit großartiger Voraussicht und Klarheit habe der deutsche Reichskanzler stets an dem Gedanken festgehalten, daß es nach der Lösung der deutschen Frage für beide Staaten keine natürlichere und wohlthätigere „Allianz“ als die gegenseitige Anlehnung gäbe. So habe er bereits im Jahre 1866 den Plan einer künftigen Freundschaft mit Österreich-Ungarn klar vor Augen gehabt und seitdem stets danach gestrebt, dieses Ziel zu erreichen. Dies habe zunächst dazu geführt, daß sich beide Reiche gemeinsam mit Rußland zu einem Freundschaftsbunde zusammenschlossen. Hieraus aber habe sich ein immer engeres Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn entwickelt, während sich gleichzeitig die Beziehungen beider Staaten zu Rußland ständig verschlechterten. So stelle also die Wiener Zusammenkunft nur den letzten Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines dauernden Freundschaftsbündnisses zwischen dem Reiche und der Donaumonarchie dar. Dieses Bündnis galt den Freikonservativen aber nicht allein als ein erreichtes Ziel, sie erblickten in ihm zugleich auch ein „Samenkorn der Zukunft“.¹² Eine feste Anschauung über das eigentliche Ziel desselben und die Folgen, die sich aus seinem Abschluß ergeben würden, bestand bei ihnen jedoch zunächst nicht; erst allmählich gewannen ihre Vorstellungen hierüber klarer umrissene Gestalt. So sprach sich die „Post“ Anfang Dezember dahingehend aus, Ziel und Folgen des Bündnisses gleicherweise kennzeichnend: „Die deutsch-österreichische Freundschaft ... bildet den Kern des Beharrens, um welchen die bis dahin beweglichen Atome der europäischen Lage sich mit unerschütterlicher Festigkeit kristallisieren“.¹³ Beide Staaten, das Deutsche Reich wie Österreich-Ungarn, hätten ihre Interessen in Europa nach außen abgegrenzt und so den Bestand des derzeitigen Europas als

11. Nr. 261, 23. 9. 1879.

12. Post, Nr. 261, 23. 9. 1879.

13. Nr. 331, 2. 12. 1879.

lebensfähig und erhaltenswert anerkannt: „Alles, was in diesem Zustand auf Leben und Gedeihen hofft, wird sich der deutsch-österreichischen Interessengemeinschaft anschließen“. So erschien also auch den Freikonservativen das deutsch-österreichische Bündnis als eine Bürgschaft, ja sogar als das Kernstück des europäischen Friedens, an das sich alle Mächte anschließen würden, die wie diese beiden Staaten die Erhaltung des Friedens in Europa wünschten. Freilich blieben auch jetzt noch die Freikonservativen bei diesen allgemein gehaltenen Feststellungen stehen, ohne im einzelnen die Folgen des deutsch-österreichischen Bündnisses irgendwie näher zu untersuchen.

Die außenpolitischen Betrachtungen der nationalliberalen Blätter zu den Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy waren im allgemeinen nicht unwesentlich voneinander verschieden. Nur einen Gesichtspunkt gab es, den sie übereinstimmend betonten: den friedlichen Zweck der Wiener Abmachungen. Am eindeutigsten geschah dies in den Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“, die wiederholt betonte,¹⁴ daß es sich bei dem deutsch-österreichischen Bündnisse um ein reines Verteidigungsbündnis handele, das nur friedliche Ziele verfolge und keine der europäischen Mächte bedrohe, das vielmehr gerade eine Sicherung des europäischen Friedens darstelle. Die gleiche Ansicht sprach aber auch aus den Äußerungen der „National-Zeitung“,¹⁵ in denen es hieß, die Wiener Verabredungen dienten der Aufrechterhaltung der Stellung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel, und aus den Worten der „Preußischen Jahrbücher“,¹⁶ die in ihren Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse von einem Erfolge der deutschen Friedenspolitik sprachen. Im übrigen wichen jedoch die außenpolitischen Äußerungen der nationalliberalen Blätter zu den Wiener Verhandlungen stark voneinander ab. Vor allem in den Äußerungen der „National-Zeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“ standen sich zwei einander vollständig entgegengesetzte Auffassungen gegenüber.

14. Nr. 267, 26. 9. 1879, Zweites Blatt; Nr. 286, 15. 10. 1879, Erstes Blatt; Nr. 289, 18. 10. 1879, Zweites Blatt; Nr. 292, 21. 10. 1879, Erstes Blatt.

15. Nr. 448, 26. 9. 1879.

16. Band 44, 1879, S. 566.

Dem rheinischen Blatt galt es als unzweifelhaft, daß durch den Wiener Besuch des Fürsten Bismarck und die dort getroffenen Vereinbarungen Österreich-Ungarn keinerlei Zusicherungen des Reiches für seine Orientpolitik und seine politischen Eroberungen auf der Balkanhalbinsel erhalten habe. Bereits vor der Ankunft des deutschen Reichskanzlers in Wien hatte es in einer Betrachtung über den Zweck der Reise Bismarcks ausdrücklich hervorgehoben, daß das Deutsche Reich für die Orientpolitik Österreich-Ungarns ebenso wenig die Waffen ergreifen werde wie für die Rußlands;¹⁷ auch später betonte die „Kölnische Zeitung“ nochmals, daß der Zusammenschluß der beiden mitteleuropäischen Mächte keinesfalls weitgehende orientalische Berechnungen zum Anlaß gehabt hätte.¹⁸ Damit stand es aber keineswegs in Widerspruch, wenn sie gleichzeitig den Osten, insbesondere die Länder an der unteren Donau als das „natürliche Gebiet“ der Donaumonarchie bezeichnete¹⁹ und darauf hinwies, daß Österreich-Ungarn bei der ständigen Gegnerschaft Rußlands auf der Balkanhalbinsel der Bundesgenossenschaft des militärisch gekräftigten Deutschen Reiches bedürfe,²⁰ womit sie zugleich ein Ziel des Wiener Bündnisses bezeichnete: die Notwendigkeit des Zusammenstehens des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns in den orientalischen Fragen gegenüber Rußland war für sie eben keineswegs gleichbedeutend mit einer unbedingten Unterstützung der österreichischen Orientpolitik.

Im Rahmen ihrer gesamten außenpolitischen Betrachtungen zu den Wiener Verhandlungen und Abmachungen spielte diese Frage für die „Kölnische Zeitung“ aber überhaupt nur eine untergeordnete Rolle, und hierin liegt der wesentlichste Unterschied zwischen ihren Äußerungen und denjenigen der „National-Zeitung“. Nicht dies erschien ihr als vor allem wesentlich, die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn für die Erhaltung der Lebensinteressen der Donaumonarchie zu untersuchen, sondern die Frage nach der Lebensnotwendigkeit eines solchen Bündnisses für das Deutsche Reich selbst: War die Stellung Deutschlands in Europa auch ohne ein Bündnis mit der Donau-

17. Nr. 259, 18. 9. 1879, Erstes Blatt.

18. Nr. 305, 3. 11. 1879, Erstes Blatt.

19. Nr. 267, 26. 9. 1879, Zweites Blatt.

20. Nr. 265, 24. 9. 1879, Zweites Blatt.

monarchie in jedem Falle gesichert, hatte also Bismarck das Wiener Bündnis nur zur Sicherung Österreich-Ungarns abgeschlossen? Oder war auch das Deutsche Reich selbst hierauf angewiesen? Angewiesen zur Wahrung und Sicherung seiner Lebensinteressen? Diese Frage stand für die „Kölnische Zeitung“ bestimmend im Vordergrund ihrer Betrachtungen, ihrer Untersuchung wandte sie sich in erster Linie zu; hier suchte sie die eigentlichen Gründe für den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses, hier also auch die Ziele desselben. Sie fand sie in der Gefahr einer russisch-französischen Verbindung und der Notwendigkeit einer Sicherung gegen diese. Immer wieder wurde von ihr dieser Gesichtspunkt ausdrücklich hervorgehoben. Schon während der Wiener Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy wies sie verschiedentlich darauf hin, daß der russische Kanzler, Fürst Gortschakow, „nicht erst seit gestern“ bemüht sei, ein engeres Verhältnis zwischen Rußland und Frankreich herzustellen;²¹ auch in einer ihrer späteren Ausführungen schrieb sie,²² das Deutsche Reich suche mit der Anlehnung an Österreich-Ungarn Sicherheit für den Fall, daß sich Rußland und Frankreich verbündeten. Dies war aber, wenn man von dem gelegentlichen Hinweis auf die Notwendigkeit einer Anlehnung Österreich-Ungarns an das Deutsche Reich bei seinem Gegensatz zu Rußland in allen Balkanfragen absieht, zugleich — mit einer Ausnahme — der einzige Gesichtspunkt, den die „Kölnische Zeitung“ in allen ihren Betrachtungen betonte, in denen sie sich mit den Gründen für das Wiener Abkommen beschäftigte. In der Gefahr einer russisch-französischen Verbindung erblickte sie also den wesentlichsten Grund für den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses, in der Sicherung gegen diese Gefahr sein eigentliches Ziel.

Der eine Aufsatz aber („Für den Frieden“ überschrieben), in dem die „Kölnische Zeitung“ darüber hinaus noch weitere Gründe für die Wiener Abmachungen und damit auch weitere Ziele derselben betonte, unterschied sich überhaupt grundlegend von ihren sonstigen Ausführungen; denn hierin beschränkte sie sich nicht wie sonst auf eine Betrachtung der außenpolitischen Lage der Gegenwart und der sich hieraus ergebenden Notwendigkeiten, sie war

21. Nr. 264, 23. 9. 1879, Erstes Blatt; Nr. 264, 23. 9. 1879, Zweites Blatt.

22. Nr. 286, 15. 10. 1879, Erstes Blatt.

vielmehr bemüht, das deutsch-österreichische Bündnis in die Zusammenhänge der europäischen Politik überhaupt einzuordnen, und gelangte dabei zu der Frage, ob das Verhältnis der europäischen Mächte zueinander — nicht nur das gegenwärtige, sondern vor allem auch das in der Zukunft mögliche — eine Sicherung des Deutschen Reiches, wie sie das Bündnis mit Österreich-Ungarn darstellte, notwendig mache, notwendig zur Wahrung seiner Lebensinteressen. Das Deutsche Reich dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, schrieb sie in diesem Zusammenhange,²³ zwischen Frankreich und Rußland isoliert zu sein; es müsse daher eine zuverlässige Anlehnung in Europa suchen, die ihm aber allein Österreich-Ungarn bieten könne, das sich in einer ähnlichen Lage befände wie das Reich und ebenfalls einer solchen Anlehnung bedürfe. Aber nicht allein die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses weise das Deutsche Reich auf die Donaumonarchie hin, insgesamt seien drei Gründe hierfür maßgebend: „um Österreich als einen wesentlichen Faktor des europäischen Gleichgewichts stark zu erhalten — um bei Österreich Anlehnung im Falle russisch-französischer Angriffe zu finden — um endlich zu verhindern, daß Österreich sich mit Frankreich oder Rußland verbinde“. Auch der Donaumonarchie könne nur ein Bündnis mit dem Deutschen Reiche wirklichen Nutzen bringen; denn dieses allein verbürge ihr eine gleichberechtigte Sicherung, die ihr eine Verbindung mit Rußland oder Frankreich oder auch mit beiden Mächten zugleich niemals gewähren könne. Österreich-Ungarn werde durch ein deutsch-österreichisches Bündnis gegen slawische und italienische Eroberungsversuche, das Deutsche Reich aber gegen die Gefahr eines russischen oder französischen Angriffes geschützt. Beide Länder seien „natürliche“ Verbündete, „von denen keiner dem anderen ein Opfer zu bringen oder Zugeständnisse zu machen hat“. Die Folge dieses engen Zusammenstehens beider Reiche werde aber sein, daß weder Rußland noch Frankreich mit dieser vereinten Macht in einen Krieg zu geraten wünsche, während England sich gern diesem Bündnisse anschließen werde, weil es den russischen Eroberungsgelüsten einen festen Wall entgegenstelle. Bei einer solchen Entwicklung werde aber Rußland allmählich einsehen, daß ihm selbst aus diesem Bündnisse großer Nutzen erwachse; denn in keinem

23. Nr. 279, 8. 10. 1879, Erstes Blatt.

Falle stelle das Wiener Abkommen eine Gefahr für Rußland dar: einmal habe ein ähnliches Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich in der Form des deutschen Bundes fünfzig Jahre hindurch bestanden, ohne daß Rußland sich dadurch irgendwie bedroht gefühlt habe; zudem aber sei ein Angriff des Reiches oder Österreich-Ungarns auf Rußland als Folge dieses Bündnisabschlusses überhaupt nicht zu befürchten, denn beide Länder hätten in einem Kriege mit Rußland wie mit jeder anderen Macht nichts zu gewinnen. Rußland sei also durch dieses Bündnis in keiner Weise gefährdet. Vielmehr bilde dieses eine starke Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens, nicht allein zwischen den drei Ostmächten, sondern in Europa überhaupt. „Man kann in der Politik keine mathematischen Beweise führen oder verlangen; man rechnet mit Wahrscheinlichkeiten. Eine solche Wahrscheinlichkeit aber ist es, daß das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich eine sichere Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens sein würde. Es schützt Deutschland gegen Rußland sowohl wie gegen Frankreich, Österreich gegen Rußland und Italien. Ein defensives Bündnis zwischen Deutschland und Österreich bedroht keinen Staat Europas; jede andere Koalition schafft Gefahren, ruft die Bildung entgegenstehender Gruppierungen hervor und kann somit die unmittelbare Anbahnung zum Friedensbruch werden. Rußland und Frankreich vereint beunruhigen Deutschland und Österreich; — ein Bündnis zwischen Rußland und Österreich oder Frankreich und Österreich bedroht Deutschlands Sicherheit; — Frankreich mit irgendeiner anderen Macht verbündet würde mehr Interesse daran haben, einen Krieg zwischen Rußland und Deutschland hervorzurufen, als ihn zu verhindern; — ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland endlich, wie es tatsächlich, ohne geschriebenen Vertrag, jahrelang bestanden hat, könnte mit der heutigen Eroberungspolitik Rußlands nicht geschlossen werden, ohne Besorgnisse in Österreich, England und Frankreich zu erwecken und zwischen diesen Mächten eine Verbindung herbeizuführen, der gegenüber es jederzeit Rußland freistände, Deutschland in der gefährlichsten Weise zu isolieren. Der Bund zwischen Österreich und Deutschland, dessen friedlicher Zweck klar zutage liegt, wird keine feindliche Gegengruppe, wohl aber den Anschluß anderer Mächte, namentlich den von England zur Folge haben. Vereint

werden Deutschland und Österreich-Ungarn im Zentrum Europas den Kernpunkt einer Friedensliga bilden, die in sich stark genug ist, um Angriffe abzuwehren und Ruhestörungen vorzubeugen“.

Dieser Aufsatz kann nun aber nicht als eine eigene Meinungsäußerung der „Kölnischen Zeitung“ und somit auch nicht als Ausdruck nationalliberaler Ansichten gelten. Die hierin geäußerten Anschauungen entsprechen so vollständig der Auffassung Bismarcks vom deutsch-österreichischen Bündnisse, seinen Gedanken über dieses, wie sie aus seinen Äußerungen und Schriften erkennbar sind, daß der Artikel unzweifelhaft als halbamtlich betrachtet werden muß. Diese Annahme wird noch dadurch bekräftigt, daß dieser Artikel am 8. Oktober, d. h. am Tage nach dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses erschien und daß alle übrigen Veröffentlichungen der „Kölnischen Zeitung“ in dieser Frage an keiner Stelle derartig tiefgehende und weitreichende Gedanken oder den Versuch enthielten, das Bündnis — wie es hier geschah — in die gesamteuropäischen politischen Zusammenhänge einzuordnen.

Die außenpolitischen Betrachtungen der „Preußischen Jahrbücher“ und der „National-Zeitung“ zu den Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy deckten sich nicht mit denjenigen der „Kölnischen Zeitung“. Jene berührten außenpolitische Gesichtspunkte freilich nur kurz und betonten dabei vor allem das Ziel des Bündnisses.²⁴ Dieses Abkommen, meinten sie, habe den Gefahren, die dem Reiche von Osten her drohten, einen Riegel vorgeschoben und bezwecke lediglich die ehrliche Ausführung des Berliner Vertrages. Einer Wiederannäherung Rußlands an das Deutsche Reich stehe daher nichts im Wege, und man beginne offenbar in Petersburg auch bereits einzulenken. Mit diesen Feststellungen wurden die „Preußischen Jahrbücher“ den tatsächlichen Verhältnissen freilich nur teilweise gerecht.

Die Ausführungen der „National-Zeitung“ waren wesentlich ausführlicher gehalten. Sie brachten den Besuch Bismarcks in Wien und die Wiener Abmachungen in erster Linie und fast ausschließlich in Zusammenhang mit den orientalischen Fragen. Fast alle ihre Betrachtungen über das deutsch-österreichische Bündnis enthielten mindestens einen Hinweis auf die orientalischen Dinge, meist

24. Band 44, 1879, S. 565 f.

aber sogar längere Ausführungen hierüber. In dieser Richtung glaubte sie die Gründe für die Wiener Abmachungen und das Ziel derselben suchen zu müssen; der wahre Sachverhalt wurde von ihr also keineswegs klar erkannt. Schon vor Beginn der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy schrieb die „National-Zeitung“ einmal²⁵: man habe sich im Deutschen Reiche sehr lange gesträubt, „eine deutsche Orientpolitik zu übernehmen“, doch hätten die Ereignisse der letzten Jahre hierin einen Wandel geschaffen. Durch die Annäherung an Österreich-Ungarn und die Haltung Rußlands in diesen Dingen könne sich das Reich dieser Frage nicht mehr entziehen. Freilich trat auch die „National-Zeitung“ damit keineswegs dafür ein, die Bestrebungen Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel in jedem Falle und unbedingt zu unterstützen. Ebenso wenig wie die „Kölnische Zeitung“ sah sie es als Aufgabe der deutschen Politik an, sich für eine aktivistische Orientpolitik der Donaumonarchie einzusetzen, die zudem einen Zusammenstoß mit Rußland zur Folge haben mußte, während die „National-Zeitung“ gerade die Pflege freundschaftlicher Beziehungen des Deutschen Reiches zu Rußland forderte;²⁶ auch sie wünschte kein aktives Vorwärtsdrängen auf der Balkanhalbinsel, sondern nur ein ruhiges Erhalten des bestehenden Zustandes. Die Aufgabe des Deutschen Reiches sei es, „einer konservativen und konservierenden Orientpolitik Österreichs als Anhalt und Rückendeckung zu dienen“. Nicht die österreichischen Orientinteressen an sich seien für das Deutsche Reich von Belang und erforderten es, daß es sich den Ereignissen und politischen Fragen des Orients zuwende; nur die Orientpolitik, die auf eine Wahrung des Bestehenden gerichtet sei, könne und müsse für das Reich von Interesse sein, denn hierbei handle es sich um Lebensfragen der Donaumonarchie, „die Lebensfragen Österreichs gelten aber mit Recht wiederum für Deutschland als vital“.

Hatte somit die „National-Zeitung“ als eigentlichen Grund für die Wiener Verhandlungen Bismarcks und Andrassys die Notwendigkeit einer Unterstützung der Donaumonarchie im Orient durch das Deutsche Reich betrachtet — dies muß doch als letzter Sinn ihrer Ausführungen angesehen werden, die am Tage vor der

25. Nr. 438, 20. 9. 1879.

26. Nr. 459, 3. 10. 1879.

Ankunft Bismarcks in Wien erschienen und in ihrer Überschrift „Straßburg und Wien“ deutlich auf die Wiener Unterredungen Bezug nahmen —, so suchte sie auch das Ergebnis derselben und damit das Ziel des Bündnisses in dieser Richtung; denn hierin erblickte sie den „Hauptgedanken“ der Wiener Abmachungen: „Die Aufrechterhaltung der Stellung, welche Österreich in Vollziehung des Berliner Vertrages auf der Balkanhalbinsel okkupiert hat, und die Mittel dieselbe dauernd zu sichern, werden als im Interesse der beiden Reiche liegend erklärt“.²⁷ Derartige Erwägungen standen im Mittelpunkt aller Ausführungen der „National-Zeitung“ zu den Wiener Abmachungen. Wann auch immer sie in eine Beurteilung des deutsch-österreichischen Bündnisses von außenpolitischen Gesichtspunkten aus eintrat, stets wies sie fast ausschließlich auf die Orientfragen hin.²⁸ Galt der „Kölnischen Zeitung“ das deutsch-österreichische Bündnis geschlossen zur Wahrung der deutschen Lebensinteressen, die „National-Zeitung“ erblickte sein Ziel darin, die Stellung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel zu sichern und zu erhalten, ihr galt es geschlossen zur Wahrung der österreichischen Lebensinteressen; daß Bismarck sich bei den Verhandlungen mit Andrassy gerade von den Notwendigkeiten der deutschen Politik hatte leiten lassen und das Bündnis in erster Linie der Sicherung des Reiches galt, wurde von ihr vollständig verkannt.

Damit erscheinen aber die außenpolitischen Äußerungen der Nationalliberalen zum deutsch-österreichischen Bündnis in einem zwiespältigen Lichte; denn im allgemeinen können doch die Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“ und der „National-Zeitung“ in gleicher Weise als bezeichnend für die Anschauungen national-liberaler Kreise gelten.

Die Zentrumskreise wandten sich in ihren außenpolitischen Betrachtungen zu den Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy vor allem der Erforschung der sich aus dem Bündnisabschluß ergebenden Folgen zu; dabei waren sie in erster Linie bemüht, seine Auswirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen zu erkennen, ein Bestreben, das wiederum vor allem aus ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen das Zarenreich und dem hieraus entspringenden Wunsche nach der Abkehr des Reiches von der russischen Freund-

27. Nr. 448, 26. 9. 1879.

28. Vgl. auch Nr. 459, 3. 10. 1879.

schaft zu erklären ist. In all ihren Ausführungen kehrte stets erneut die Frage wieder, ob das Wiener Abkommen eine Änderung — und zwar eine bewußte — in dem bisherigen Verhältnisse zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland bedeute. Daß dies der Fall sei, daß mit dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses ein Wandel in den deutsch-russischen Beziehungen eingetreten sei, galt den Zentrumskreisen als unzweifelhaft. Hatten sie bereits in der deutsch-russischen Pressefehde ein Anzeichen für die beginnende Erkaltung in dem bisherigen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern erblickt, das deutsch-österreichische Bündnis erschien ihnen als das Ende des Dreikaiserbundes und damit zugleich als das Ende der engen deutsch-russischen Freundschaft überhaupt. Unter starker Betonung des „antirussischen Charakters“ des Wiener Bündnisses schrieb die „Germania“, Bismarck habe „den letzten Rest vom stolzen Dreikaiserbündnis in Scherben geschlagen“;²⁹ und ein andermal überschrieb sie einen ihrer Leitartikel mit den Worten: „Das Ende des Dreikaiserverhältnisses“.³⁰ In ihm meinte sie, durch die Wiener Abmachungen sei das Dreikaiserverhältnis „definitiv zu Grabe getragen worden“, wobei sie nicht ohne innere Genugtuung feststellte, daß gerade Bismarck „die Rolle eines Totengräbers“ übernommen habe, der doch einst im Reichstage geäußert habe, niemand werde die hundertjährige deutsch-russische Freundschaft zerstören können.

War aber ein derartiger Wandel eingetreten, hatte Bismarck das Dreikaiserbündnis „definitiv“ zerschlagen und endgültig mit Rußland gebrochen, wie es die „Germania“ nach dem Bündnisabschluß mit Österreich-Ungarn als feststehende Tatsache annahm, ohne damit freilich den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, dann mußten für den Kanzler doch bestimmte politische Gründe dabei maßgebend gewesen sein; auch die „Germania“ verkannte dies keineswegs. Sie erblickte sie — und damit zugleich das Ziel des Bündnisses — in der Möglichkeit einer französisch-russischen Verbindung: „Der realistische Zweck, gegen französisch-russische Allianz sich rechtzeitig durch eine zuverlässige Bundesgenossenschaft zu sichern, wird den Fürsten Bismarck ... zu seiner

29. Nr. 247, 25. 10. 1879.

30. Nr. 250, 29. 10. 1879.

jüngsten Aktion bestimmt haben ..³¹ Wenn auch im Augenblick das Zustandekommen eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland nicht zu befürchten sei, so werde es hierzu aber doch kommen, sobald in Rußland ein Thronwechsel eingetreten sei. Aus der Erkenntnis dieser Verhältnisse heraus habe Bismarck den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses herbeigeführt. Daß dieses ein reines Friedensbündnis sei und nur der Erhaltung des Friedens dienen wolle, bezweifelten die Zentrumskreise ebenso wenig wie alle übrigen bisher betrachteten politischen Gruppen. Es „ist ein Bündnis des Friedens für Europa“, schrieb die „Germania“ bereits in den Tagen der Wiener Verhandlungen,³² und nach dem Abschluß derselben wies sie in einem Rückblick auf die Wiener Ereignisse nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die deutsch-österreichische Annäherung keinen „aggressiven Charakter“ besitze,³³ womit sie gleichzeitig ein weiteres Ziel und in gewissem Sinne auch eine weitere Folge des Bündnisses bezeichnete; die Gegner dieses Bündnisses seien daher auch nur in den Kreisen zu suchen, in denen man durch einen Krieg etwas zu gewinnen hoffe: bei den Pan-slawisten, den französischen Revanchepolitikern und der italienischen Irredentapartei. Auch als die „Germania“ gegen Ende des Jahres 1879 nochmals auf das deutsch-österreichische Bündnis zu sprechen kam, betonte sie wiederum seine Friedensbürgschaft: es stelle für niemanden eine Drohung dar als für „die Störer des Besitzstandes und der Machtbedingungen beider Reiche“.³⁴

Mit diesen Ausführungen über die Gründe, die Bismarck zum Bündnisabschluß mit Österreich-Ungarn bestimmt hatten, über das eigentliche Ziel desselben und seine Folgen stand die „Germania“ innerhalb der Zentrumpresse nicht allein; die Äußerungen der „Historisch-politischen Blätter“ fielen im wesentlichen in die gleiche Richtung und zeugten somit für eine gewisse Übereinstimmung der Anschauungen in den Reihen des Zentrums. Auch für sie stand die Frage der Einwirkung des deutsch-österreichischen Bündnisses auf das deutsch-russische Verhältnis im Vordergrund ihrer Betrachtungen, auch sie sahen es als feststehende Tatsache an, daß mit dem

31. Nr. 247, 25. 10. 1879.

32. Nr. 219/220, 23./24. 9. 1879.

33. Nr. 223, 27. 9. 1879.

34. Nr. 294, 22. 12. 1879.

Dreikaiserverhältnisse und damit auch mit der engen deutsch-russischen Freundschaft endgültig gebrochen sei. „Dieser sonderbare und unnatürliche Bund gehört jetzt zu den Toten“, meinten sie;³⁵ und ein andermal sprachen sie von der „feierlichen Grablegung des Dreikaiserbundes“.³⁶ Auch den Grund, der für diesen Schritt Bismarcks maßgebend gewesen war, erblickten sie wie die „Germania“ in der Möglichkeit eines russisch-französischen Bündnisses, zu dem sich noch Italien gesellen könne;³⁷ und selbst darin, daß das Bündnis zur Erhaltung des europäischen Friedens geschlossen sei, bestand in den Auffassungen der „Historisch-politischen Blätter“ und der „Germania“ kein Unterschied; denn auch jene schrieben: in keinem Falle dürfe man im deutsch-österreichischen Abkommen ein Offensivbündnis erblicken, es sei lediglich für die Abwehr geschlossen.³⁸

Wie von den meisten der bisher betrachteten politischen Gruppen ein Zusammenhang zwischen dem deutsch-russischen Gegensatz und der Wiener Reise Bismarcks hergestellt und in jenem der Anlaß oder auch der Grund für diese erblickt worden war, so geschah es auch in fortschrittlichen Kreisen. Die Ausführungen des „Berliner Tageblattes“ brachten dies deutlich zum Ausdruck. Nicht Höflichkeitsrücksichten gegen den Grafen Andrassy hätten Bismarck zu seiner Wiener Reise veranlaßt, schrieb dieses noch vor Beginn der Wiener Zusammenkunft;³⁹ vor allem sei er hierzu durch die Haltung der russischen Presse bestimmt worden, die diese „in höherem Auftrage“ gegen das Deutsche Reich eingenommen habe; hinzu kämen freilich noch die Bestrebungen Frankreichs nach einer Revanche für 1870, die möglicherweise ein französisch-russisches Bündnis herbeiführen könnten. Doch erschien dem „Berliner Tageblatt“ diese Gefahr erst in zweiter Linie für Bismarcks Entschluß, ein festes Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn herzustellen, maßgebend gewesen zu sein; den Hauptgrund erblickte es in der Spannung, die in den deutsch-russischen Beziehungen eingetreten war; denn es wies nach diesen Feststellungen

35. Band 84, 1879, S. 628.

36. Band 84, 1879, S. 788.

37. Band 84, 1879, S. 789.

38. Band 84, 1879, S. 787.

39. Nr. 439, 20. 9. 1879.

zunächst in einem längeren Rückblick ausführlich auf die Ereignisse hin, die zu dem Gegensatz zwischen Rußland und dem Reiche geführt hatten. Sie erinnerte daran, wie durch den Berliner Kongreß dem russischen Reiche, das gehofft hatte, die Türkei allein zu beerben, in England für die asiatische und in Österreich-Ungarn für die europäische Türkei zwei „Erbschafts-Kontrolleure und Teilhaber“ zur Seite gesetzt worden seien; wie dann Rußland während der Ausführung des Berliner Vertrages versucht habe, sich mit dem einen oder dem anderen der beiden Miterben auf Kosten des Dritten zu einigen und dabei auf die Unterstützung des Deutschen Reiches gehofft habe, die es aber nicht erhalten konnte; wie es schließlich, als sich alle seine Hoffnungen als trügerisch erwiesen, seiner Enttäuschung in einem wütenden Hasse Luft gemacht habe, der sich aber nicht gegen Österreich-Ungarn gerichtet habe, das doch im Osten vorgerückt sei, sondern gegen das Deutsche Reich in der Überzeugung, das Vordringen Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel sei nur infolge des Rückhaltes möglich gewesen, den dieses bei Deutschland gefunden habe. Diese Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen habe die Reise Bismarcks nach Wien veranlaßt. Auch in einer späteren Betrachtung über das deutsch-österreichische Bündnis hob das „Berliner Tageblatt“ die gleichen Gesichtspunkte hervor und stellte fest, womit es jetzt zugleich seine Anschauung von dem Ziel des Bündnisses darlegte, dieses sei vor allem zur Sicherung gegenüber den von Rußland und Frankreich drohenden Gefahren abgeschlossen worden.⁴⁰ Die wesentlichste Folge dieses in stärkstem Maße gegen Rußland gerichteten Bündnisses erblickte es aber in einer Verschärfung des deutsch-russischen Gegensatzes; es sah in ihm vor allem ein Mittel, Rußland vollständig vom Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn abzuwenden und in die Arme Frankreichs zu treiben. Die Nachricht von dem Abschluß dieses Vertrages, meinte das fortschrittliche Blatt, müsse überall dort in Rußland, wo man politisch denke, als ein „direkter Schimpf“ aufgefaßt werden;⁴¹ denn er bezwecke die Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse in Europa und somit auch der Bestimmungen des Berliner Kongresses, die man in Rußland aber stets nur als eine Beleidigung empfunden habe. So

40. Nr. 489, 19. 10. 1879.

41. Nr. 497. 24. 10. 1879.

glaubte also das „Berliner Tageblatt“ nicht, daß das Bündnis zur Erhaltung des europäischen Friedens beitragen werde, mochte es andererseits auch anerkennen und dies als weiteres Ziel des Wiener Abkommens betrachten, daß Bismarck dieses vor allem zur Sicherung des Friedens abgeschlossen habe; das fortschrittliche Blatt glaubte gerade, daß das Gegenteil eintreten müsse, handle es sich doch um ein Abkommen, „welches sicherlich nur in der patriotischen Absicht angebahnt und geschlossen wurde, uns die Segnungen des Friedens auch fernerhin zu erhalten, das aber in verhängnisvoller Weise nur allzu sehr geeignet erscheint, uns in Wege zu verstricken, die schließlich — glücklicherweise nicht heute und auch noch nicht morgen — uns in kriegsrische Verwicklungen stürzen müssen“; denn dieser Vertrag werde die Leidenschaften in Rußland neu erwecken und so später oder früher zwangsläufig einen Krieg herbeiführen.

Mit dieser Anschauung stand das „Berliner Tageblatt“ unter den fortschrittlichen Blättern keineswegs allein; die gleiche Ansicht vertrat auch die „Volkszeitung“, die sich in ihren Ausführungen zum deutsch-österreichischen Bündnis allein auf die Betrachtung seiner Folgen beschränkte, während sie sich mit seinem eigentlichen Ziel und mit den Gründen, die es veranlaßt hatten, überhaupt nicht beschäftigte. Auch für dieses Blatt gab es keinen Zweifel darüber, daß das deutsch-österreichische Bündnis niemals eine unbedingte Gewähr für die Erhaltung des europäischen Friedens darstellen könne. Einerseits biete der Anschluß an Österreich-Ungarn, schrieb es,⁴² für das Deutsche Reich überhaupt nur eine geringe Sicherheit, andererseits aber wisse man jetzt in St. Petersburg, daß der Weg nach Konstantinopel nicht nur über Wien, sondern auch über Berlin führe. Diese Erkenntnis der russischen Politiker werde aber die unvermeidliche Folge haben, daß man sich nach anderen Bundesgenossen für Rußland umsehen werde. Sobald aber „hüben und drüben feste Allianzen gebildet sind, bedarf es nur noch eines geringfügigen Anlasses, um den Konflikt herbeizuführen“. Wie das „Berliner Tageblatt“ erblickte also auch die „Volkszeitung“ in dem deutsch-österreichischen Bündnis keineswegs eine Gewähr für die Erhaltung des europäischen Friedens, vielmehr galt auch ihr eine

42. Nr. 249, 24. 10. 1879, Erstes Blatt.

kriegerische Verwicklung als die unvermeidliche Folge der Wiener Abmachungen.

Diese Feststellungen dürfen nun aber nicht von eigentlich außenpolitischen Gesichtspunkten aus verstanden werden. Nicht einem tiefgehenden Einblick in die tatsächlichen außenpolitischen Verhältnisse entsprangen sie, die Wurzeln liegen an anderer Stelle: in der grundsätzlichen Abneigung der Kreise des Fortschritts gegen jede Heeresvermehrung. Die Äußerungen des „Berliner Tageblattes“ und der „Volkszeitung“ waren bestimmt durch die Sorge vor der Möglichkeit eines neuen Krieges, die zugleich die Sorge vor weiteren militärischen Rüstungen war; denn für eine mögliche kriegerische Verwicklung mußte man gewaffnet sein.

Welchen Weg aber hätte das Deutsche Reich anstelle eines Bündnisses mit Österreich-Ungarn beschreiten sollen? Gab es einen anderen, der gewinnbringender war, der vielleicht nicht allein den Frieden sicherte, sondern auch noch weitere Vorteile für das Reich bot? Wäre es richtiger gewesen, Bismarck hätte das frühere Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wiederhergestellt? Auch diesen Weg hielt die „Volkszeitung“ nicht für gangbar; im Gegenteil, sie bezeichnete es vielmehr als einen Gewinn, daß man mit dieser Tradition — dies glaubte sie aus dem Bündnisabschluß folgern zu können — gebrochen habe: „Die Freundschaft mit Rußland ist der Pesthauch gewesen, der Deutschland ein halbes Jahrhundert hindurch in seiner Entwicklung gehemmt hat; in alle Verhältnisse drang er wie ein zersetzendes Gift; überall machte er sich geltend, wo sich freieres Leben entfalten wollte. Wenn wir mit diesen Traditionen endgültig gebrochen haben sollten, so wäre das allerdings ein großer Gewinn; aber dieses Gewinnes werden wir nicht froh werden, solange nicht die Aussöhnung mit Frankreich erzielt ist, in der wir die unerläßliche Vorbedingung eines gedeihlichen Kulturlebens der europäischen Völkerfamilie erblicken“. Die Anlehnung an Frankreich also betrachtete die „Volkszeitung“ als den einzigen Weg, der Ruhe und Frieden wirklich sichern und zugleich für die innere Entwicklung des Deutschen Reiches gewinnbringend sein könne. Diese Äußerungen erklären sich aber wiederum allein aus den politischen Grundanschauungen der Kreise des Fortschritts: in gleicher Weise entsprach diesen der Wunsch nach einer

Abwendung des Reiches von der russischen Freundschaft und einer engen Anlehnung an Frankreich.

Die Äußerungen der „Vossischen Zeitung“ deckten sich mit denjenigen des „Berliner Tageblattes“ und der „Volkszeitung“ nicht in jeder Beziehung. Vor allem unterschieden sie sich dadurch, daß die „Vossische Zeitung“ in völligem Gegensatz zu diesen beiden Blättern in dem deutsch-österreichischen Bündnisse eine Bürgerschaft für die Wahrung des europäischen Friedens erblickte. Schon vor Beginn der Wiener Verhandlungen betonte sie ausdrücklich, daß Bismarck sich stets bemüht habe, Europa den Frieden zu erhalten;⁴³ seine erneute Sicherung durch den Berliner Kongreß sei vor allem Bismarcks Verdienst gewesen. So habe auch die bevorstehende Reise des Kanzlers nach Wien im letzten Grunde kein anderes Ziel, als neue Bürgschaften für die Erhaltung des europäischen Friedens zu schaffen. An dieser Ansicht hielt die „Vossische Zeitung“ auch fest, als die Nachrichten über das Ergebnis der Wiener Verhandlungen in immer stärkerem Maße von einem deutsch-österreichischen Bündnisse sprachen und auch sie selbst den Abschluß eines solchen als feststehende Tatsache anerkannte: „Wir begrüßen es in erster Reihe als Bürgschaft für den Weltfrieden“, schrieb sie jetzt.⁴⁴ In gleicher Weise sprechen aus diesen Worten ihre Anschauungen über das Ziel der Wiener Reise Bismarcks und die wesentlichste Folge der Abmachungen des deutschen Kanzlers mit Andrassy. Aber nicht allein weil es eine Friedensbürgschaft darstellte, begrüßte die „Vossische Zeitung“ das deutsch-österreichische Bündnis mit Freuden, die Erkenntnis weiterer Folgen kam hinzu, um ihre Zustimmung zu bekräftigen. In erster Linie war es die Abwendung von Rußland, die sich — wie sie glaubte — in dem Bündnisabschlusse anzudeuten schien: „Nun wenn auch spät, so doch nie zu spät, ist in den deutschen Regierungskreisen die Ansicht durchgebrochen, daß Deutschlands Interessen andere Bündnisse als mit dem Zarenreiche erfordern“, schrieb das fortschrittliche Blatt weiter, ganz im Sinne der politischen Grundanschauungen der Fortschrittspartei und allein von hier aus zu erklären. Aber doch nur mit einer gewissen Einschränkung stellte es diese Folge fest; denn es erschien der „Vossischen Zeitung“ keineswegs als unbedingt

43. Nr. 266, 23. 9. 1879, Morgenausgabe.

44. Nr. 293, 20. 10. 1879, Abendausgabe.

sicher, daß Bismarck eine dauernde Abwendung von Rußland vollziehen wolle. Bereits während der Wiener Verhandlungen äußerte sie, Bismarck gehe nach Wien, um die Schlinge, in der Rußland sich habe fangen lassen, noch enger zu ziehen;⁴⁵ keineswegs aber geschehe dies aus einer grundsätzlichen Feindschaft gegen den alten Freund, „den er morgen wieder so inbrünstig wie gestern umarmen kann“. Auch nach dem Abschluß der Wiener Verhandlungen verlor sie ihre Zweifel nicht. Die guten Folgen würden sich nur dann zeigen, schrieb sie jetzt,⁴⁶ wenn „die neueste auswärtige Politik des Fürsten Bismarck von Dauer“ sei. Wenn sich aber ihre Hoffnungen erfüllen würden, wenn Bismarcks „neueste auswärtige Politik“ von Bestand wäre, dann glaubte die „Vossische Zeitung“ eine weitere „segensreiche“ Folge erwarten zu können; segensreich freilich ganz im Sinne der politischen Grundanschauungen der Kreise des Fortschritts, die auch für diese Ausführungen allein als maßgebend betrachtet werden müssen. Nicht nur die Sicherung des Friedens und die Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland seien die Folgen der Anlehnung an Österreich-Ungarn, hinzu komme noch eine allgemeine Rüstungsbeschränkung; denn Rußland werde, wenn seine Agitationen keinen Gewinn mehr brächten, durch seine finanzielle Not gezwungen werden, die Ausgaben für seine kriegesischen Rüstungen zu beschränken; im Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn aber werde sich die Einsicht Bahn brechen, „daß der das materielle Gedeihen beeinträchtigende Heeresaufwand vermindert werden kann“.

Alle bisher betrachteten fortschrittlichen Blätter hatten trotz der Verschiedenartigkeit ihrer Äußerungen und Anschauungen doch ein Gemeinsames: der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses war von ihnen als eine feststehende Tatsache betrachtet worden. Ihre außenpolitischen Erwägungen bezweckten daher die Erkenntnis der Gründe, die für den Bündnisabschluß maßgebend gewesen waren, seines Zieles und seiner Folgen. Die „Frankfurter Zeitung“ stand in völligem Gegensatze hierzu: noch Ende 1879 leugnete sie das Bestehen eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn überhaupt. Wenn aber auch sie in ihren Ausführungen zu den Wiener Verabredungen außenpolitische

45. Nr. 266, 23. 9. 1879, Morgenausgabe.

46. Nr. 293, 20. 10. 1879, Abendausgabe.

Gesichtspunkte berührte, so geschah dies nur, um den geringen außenpolitischen Wert und die ungünstigen Folgen eines deutsch-österreichischen Bündnisses für die deutsche Außenpolitik zu erweisen und somit die Gründe anzuführen, die gegen ein solches sprachen. Damit aber stellte sie andererseits wiederum eine Uebereinstimmung mit einem Teil der übrigen fortschrittlichen Blätter her, mit dem „Berliner Tageblatt“ und der „Volkszeitung“ nämlich, die sich ebenfalls nicht von den günstigen Wirkungen des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn überzeugen konnten und aus seinem Abschluß nur nachteilige Folgen für das Reich und Europa erwarteten.

Bereits während der Wiener Verhandlungen Bismarcks und Andrassys betonte die „Frankfurter Zeitung“ wiederholt die außenpolitischen Gesichtspunkte, die ihrer Ansicht nach gegen den Abschluß eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn sprachen. Vor allem müsse man bedenken, schrieb sie, daß selbst ein Bündnis zwischen den beiden Staaten für keinen von ihnen einen unbedingten Schutz gegenüber jedem Angriffe bedeute;⁴⁷ denn das Deutsche Reich werde sich niemals in einen Streit Österreich-Ungarns mit Italien oder den Slawen der Balkanhalbinsel einmischen und die Donaumonarchie in einem solchen Falle auf sich selbst angewiesen sein; Österreich-Ungarn aber könne das Reich niemals gegen einen Angriff von Westen schützen. Nicht allein geographische Gesichtspunkte — die Lage Österreich-Ungarns im Südosten Europas — erblickte sie als maßgebend hierfür, wesentlich erschien ihr vor allem noch ein zweiter Grund: man dürfe nicht übersehen, daß noch immer in den maßgebenden Kreisen Österreich-Ungarns diejenigen Elemente ziemlich stark vertreten seien, die eine Verständigung mit Frankreich und sogar mit Rußland auf Kosten des Deutschen Reiches wünschten.⁴⁸ Selbst eine Friedensgewähr glaubte sie in einem deutsch-österreichischen Bündnisse nicht erblicken zu können: wenn hierin auch keine unmittelbare Bedrohung des Friedens läge, meinte sie, so könne aber doch nicht geleugnet werden, daß die Wiener annexionistischen Kreise gerade aus dem Bündnisse eine große Zuversicht für das Gelingen ihrer

47. Nr. 268, 25. 9. 1879, Morgenblatt.

48. Nr. 264, 21. 9. 1879, Morgenblatt.

Pläne schöpfen würden.⁴⁹ Auch in ihren späteren Ausführungen wies die „Frankfurter Zeitung“ vor allem auf diesen Gesichtspunkt hin; denn die orientalische Frage erschien ihr als der einzige Grund, der ein Bündnis zwischen den beiden Reichen möglich machen könne. Wäre tatsächlich ein solcher Vertrag unterzeichnet worden, woran sie jedoch nicht glaube, schrieb sie jetzt, so könne er sich doch nur auf die Möglichkeit weiterer Verwicklungen im Orient beziehen.⁵⁰ Ein deutsch-österreichisches Bündnis für diesen Zweck aber müsse man bedauern, weil es nicht im Interesse des Deutschen Reiches und des europäischen Friedens liege; denn der Rückhalt, den Österreich-Ungarn beim Reiche finde, werde die Wiener Annexionisten zu einem aktiven Vorgehen veranlassen und so zu einer kriegerischen Verwicklung führen. Eine Kriegsgefahr glaubte die „Frankfurter Zeitung“ aber zugleich noch in einer weiteren — wie sie meinte — unzweifelhaften Folge eines deutsch-österreichischen Bündnisses erkennen zu können, in der Schaffung von Gegenkoalitionen gegen diese Verbindung: „Darüber täusche man sich nicht, der eine Bündnisvertrag hat den anderen zur Folge, eine österreichisch-deutsche Allianz ruft eine russisch-französisch-italienische hervor, ganz abgesehen von anderen, weniger berechenbaren Kombinationen und das Ende ist der Krieg“.⁵¹ So erblickte also auch die „Frankfurter Zeitung“ — in Übereinstimmung mit dem „Berliner Tageblatt“ und der „Volkszeitung“ — ein deutsch-österreichisches Bündnis nur als nachteilig für die Gestaltung der außenpolitischen Lage des Deutschen Reiches, und auch in ihrer letzten Schlußfolgerung traf sie mit den Anschauungen dieser Blätter zusammen: sie glaubte nicht an eine Sicherung des europäischen Friedens durch ein Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn, das sie freilich noch nicht als abgeschlossen anerkannte; auch sie erwartete einen neuen Krieg als die unvermeidliche Folge, wobei freilich auch ihre Ausführungen in erster Linie von parteipolitischen Erwägungen aus verstanden werden müssen. Damit aber stimmten die Anschauungen der Mehrzahl der hier betrachteten fortschrittlichen Blätter darin überein, daß ein deutsch-österreichisches Bündnis für das Reich keinerlei außenpolitische Vorteile, wohl aber den

49. Nr. 268, 25. 9. 1879, Morgenblatt.

50. Nr. 294, 21. 10. 1879, Morgenblatt.

51. Nr. 299, 26. 10. 1879, Morgenblatt.

Nachteil einer neuen kriegerischen Verwicklung zur Folge haben werde. Einzig die „Vossische Zeitung“ war es, die sich in ihren Ansichten von den übrigen Blättern unterschied und in den Wiener Abmachungen eine Bürgschaft für die Sicherung und Erhaltung des europäischen Friedens erblickte.

Wie die Mehrzahl der fortschrittlichen Blätter vertrat auch der „Sozialdemokrat“ die Anschauung, daß das Wiener Bündnis keine Bürgschaft für den Frieden in Europa bedeute. Aber es bestand dabei ein Unterschied zwischen seiner Feststellung und derjenigen der fortschrittlichen Blätter. Wenn diese auch eine kriegerische Verwicklung des Reiches als unabwendbare Folge des deutsch-österreichischen Bündnisses betrachteten, so hatte bei ihnen doch niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß es Bismarcks Absicht gewesen sei, durch das Bündnis den Frieden Europas erneut zu sichern; es war von ihnen allen als ein Ziel der Wiener Abmachungen anerkannt worden. Der „Sozialdemokrat“ aber leugnete selbst dies; er erblickte hierin keineswegs das Ziel des deutsch-österreichischen Bündnisses, beschuldigte er doch den deutschen Kanzler, daß dieser ein Spiel mit dem Feuer treibe: „Wer sich durch die Ränke der Diplomaten nicht blenden läßt“, schrieb er,⁵² „der erkennt leicht, daß wieder einmal ein unerhört gewissenloses und erbärmliches Spiel mit der Ruhe und dem Frieden Europas getrieben wird und daß der Friede, dank diesen verbrecherischen Umtrieben und nicht zuletzt den Praktiken des deutschen Reichskanzlers, allem Anschein nach niemals weniger gesichert gewesen ist als gerade jetzt!“ Mit dieser Feststellung erschöpfte sich aber zugleich seine Beurteilung der Wiener Abmachungen; denn auf jede eingehendere Betrachtung des deutsch-österreichischen Bündnisses, auf die Erfassung der Gründe, die für seinen Abschluß bestimmend gewesen waren, und seiner Ziele verzichtete der „Sozialdemokrat“ vollständig, und ebenso lehnte er es ab, die Folgen desselben zu untersuchen. Sichere Schlußfolgerungen, schrieb er,⁵³ ließen sich nur auf verlässigen Grundlagen aufbauen, „und solche bilden die politischen Aktionen, Bündnisabschlüsse und Freundschaftsaufkündigungen der heutigen Gewalthaber, bei denen Habsucht, Laune und zahllose andere un-

52. Nr. 4, 26. 10. 1879.

53. Nr. 3, 19. 10. 1879.

berechenbare Einflüsse eine so große Rolle spielen, keineswegs“. Lediglich die eine Feststellung traf das sozialdemokratische Blatt noch in seinen weiteren Ausführungen, daß die „Vereinzelung des Herdes der finstersten Reaktion, Tyrannei und Barbarei“ für die Völker kaum etwas Schlimmes bringen könne, wobei es allerdings zugleich hinzufügte, daß es doch zweifelhaft erscheinen müsse, ob die Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland von Dauer sein werde.

Alle diese Äußerungen des „Sozialdemokrat“ können aber nicht als außenpolitische Erwägungen gelten, sie hatten ihren Ursprung in parteipolitischen Gesichtspunkten. Vor allem die schroffe und unsachliche Form, in der der „Sozialdemokrat“ gegen die „heutigen Gewalthaber“ und ihre Politik, insbesondere den deutschen Reichskanzler, Stellung nahm, zeigt dies deutlich: diese Ausführungen können nur aus der grundsätzlichen Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen das bestehende Gesellschafts- und Herrschaftssystem und dem hieraus entspringenden Wunsche nach einer völligen Umgestaltung desselben verstanden werden. Ebenso darf aber auch die Forderung nach einer Abkehr des Reiches von Rußland, wie sie in den Äußerungen des „Sozialdemokrat“ klar zum Ausdruck gebracht wurde, nicht von außenpolitischen Gesichtspunkten her erklärt werden: eine Freundschaft mit dem konservativen Zarenreiche widersprach den marxistischen Grundanschauungen der Sozialdemokratie; diese Tatsache war für die Ausführungen des „Sozialdemokrat“ allein bestimmend.

3. Gesamtdeutsche Erwägungen.

Außenpolitische Gesichtspunkte standen für alle deutschen Parteien bestimmend im Vordergrunde ihrer Betrachtungen zu den Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy; allein maßgebend aber waren sie nicht: hinzu kamen Erwägungen völkischer und gesamtdeutscher Art. Diese fanden freilich im Gegensatz zu den **außenpolitischen** Gesichtspunkten bei den einzelnen politischen Gruppen in verschieden starkem Maße Berücksichtigung und Erwähnung.

So begnügten sich Konservative und Freikonservative mit einigen kurzen Hinweisen auf die Zusammengehörigkeit des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns auf Grund der gemeinsamen Nationalität ihrer Völker und mit einer Zustimmung zur Politik Bismarcks, der es gelungen sei, die früher vorhandenen Gegensätze zwischen den beiden Reichen auszugleichen und ein Freundschaftsverhältnis herzustellen, wie es zwischen ihnen bestehen müsse. Nach der Beseitigung der Rivalität beider Staaten, die nur die Entwicklung Deutschlands und Österreichs gehemmt habe, schrieb der „Reichsbote“,¹ könne nunmehr eine so innige und aufrichtige Freundschaft zwischen dem Deutschen Reiche und der Donaumonarchie herrschen, „wie es der Geschichte, sowie der Sprachen- und Stammesverwandtschaft beider Reiche angemessen ist“. Ganz in dem gleichen Sinne bezeichnete es die „Kreuzzeitung“² als einen großen Erfolg der deutschen Politik, daß es ihr gelungen sei, „einen Jahrhunderte alten Antagonismus zu überwinden und in einer klargestellten Interessengemeinschaft aufgehen zu lassen“. So werde auch der Jubel, mit dem schon die Wiener Bevölkerung diese Politik begrüßt habe, „in den Herzen des deutschen Volkes“ ein starkes Echo finden. Die freikonservative „Post“ aber meinte, daß es für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn keine „natürlichere, keine beiden Teilen wohlthätigere Allianz“ als die gegenseitige gäbe, wie sie Bismarck durch die Entscheidung von 1866 angebahnt habe und wie sie sich in dem Wiener Besuche des deutschen Kanzlers als erreicht darstelle.³ Beide konservativen Gruppen begnügten sich mit derartigen allgemeinen Feststellungen. Einmal nur ging die „Post“ darüber hinaus, als sie — freilich geschah dies nur nebenbei — alle Versuche, in dem deutsch-österreichischen Bündnisse ein Mittel zur Verwirklichung großdeutscher Ziele zu erblicken, entschieden zurückwies und diejenigen als „Toren“ bezeichnete, die „von einem Begehren nach Österreichs deutschen Provinzen auf deutscher Seite“ phantasierten;⁴ denn ohne diese Gebiete sei Österreich-Ungarn ein völlig kraftloses Gebilde und seinen Aufgaben im Südosten Europas in keiner Weise gewachsen.

1. Nr. 220, 20. 9. 1879.

2. Nr. 227, 28. 9. 1879.

3. Nr. 261, 23. 9. 1879.

4. Nr. 331, 2. 12. 1879.

Diese Gedankengänge der Konservativen und Freikonservativen waren auch den nationalliberalen Kreisen nicht fremd; auch sie wiesen in ihren Betrachtungen zu den Wiener Verhandlungen und Abmachungen auf die nationale Zusammengehörigkeit des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns hin, auch sie stimmten der Politik Bismarcks, die ein enges Verhältnis zwischen den beiden Reichen herbeigeführt hatte, aus vollster Überzeugung zu. Das „natürlichste“ Bündnis für das Deutsche Reich sei dasjenige mit dem „stammverwandten“ Österreich, schrieb die „Kölnische Zeitung“ bereits während der Wiener Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy,⁵ und wenige Tage nach Beendigung derselben hob sie den gleichen Gesichtspunkt nochmals hervor: es gäbe keine Macht, meinte sie jetzt,⁶ an die sich das Deutsche Reich „naturgemäßer und inniger“ anschließen müsse als Österreich-Ungarn. Diesen Gedanken müsse auch Bismarck gehegt haben, als er die Friedensbedingungen für Österreich-Ungarn nach dem Kriege von 1866 so milde gestaltet und somit eine Politik getrieben habe, deren gute Früchte die Wiener Verhandlungen deutlich gezeigt hätten. Aber die „Kölnische Zeitung“ begnügte sich nicht wie die konservativen Blätter allein mit derartigen Feststellungen; sie war darüber hinaus bemüht, einen Zusammenhang zwischen der Politik Bismarcks, die zu dem deutsch-österreichischen Bündnisse geführt hatte, und dem Gedankengut der Nationalversammlung von 1848 herzustellen; denn dies fügte sie zu der Feststellung von der Zusammengehörigkeit beider Reiche hinzu: die gegenseitige Unterstützung des Deutschen Reiches und Österreichs sei schon im Jahre 1848 die Lehre der erb-kaiserlichen Partei gewesen; diese habe zwar die Schaffung eines neuen Reiches unter Ausschluß der Habsburgermonarchie, zugleich aber auch stets eine enge Freundschaft desselben mit Österreich-Ungarn und die gegenseitige Unterstützung beider Länder gefordert. Auch nach ihrer Meldung vom Abschluß des Schutzbündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn kam die „Kölnische Zeitung“ nochmals auf diesen Gesichtspunkt zurück und erinnerte daran, daß bereits damals, als noch der preußisch-österreichische Dualismus bestand und zu seiner Beseitigung „besonnene

5. Nr. 265, 24. 9. 1879, Zweites Blatt.

6. Nr. 267, 26. 9. 1879, Zweites Blatt.

Vaterlandsfreunde“ die Herstellung der Einheit Deutschlands durch das Ausscheiden Österreichs verlangten, dieser Forderung stets der Wunsch nach einem engen Bündnisse des geeinigten Deutschland mit dem stammverwandten Österreich hinzugefügt worden sei.⁷

Mit solchen Äußerungen stand die „Kölnische Zeitung“ aber keineswegs allein unter den nationalliberalen Blättern; die gleichen Gedanken fanden sich auch in den Ausführungen der „National-Zeitung“. Auch sie brachte das deutsch-österreichische Bündnis in Zusammenhang mit den Ideen von 1848 und erblickte in ihm eine Verwirklichung der Ziele der damaligen Kleindeutschen.⁸ Sie erinnerte an den Gedanken, den zuerst Paul Pfizer vertreten habe und der dann dem Verfassungsbau der Frankfurter Nationalversammlung zugrunde gelegt worden sei: es sollte der Deutsche Bund von 1815 aufgelöst werden und Preußen sich mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten von Österreich trennen und zu einem neuen Reiche zusammenschließen; dieses aber sollte auch in Zukunft mit der Habsburgermonarchie ein engeres Verhältnis pflegen als mit jedem anderen Staate Europas. „Schien es sich doch für jeden besonnenen deutschen Denker und für jedes fühlende Herz ganz von selbst zu verstehen, daß eine vollständige Trennung Deutschlands von Österreich ein Ding der Unmöglichkeit ist und von keinem Parlament und keinem Minister je verfügt werden kann. Es wohnen im habsburgischen Reiche acht oder noch mehr Millionen Deutsche, welche jedenfalls fortfahren, als Deutsche zu leben, zu sprechen, zu arbeiten, zu dichten und zu trachten . . . Diese Gemeinsamkeit zwischen ihnen und ihren Stammesgenossen in Deutschland kann, weil sie naturgegeben ist, nimmermehr aufhören“. Diese Gedanken der Kleindeutschen von 1848 aber wolle man jetzt verwirklichen und schicke sich an, zu Österreich in ein Verhältnis zu treten, das „ein näheres werden soll, als wir es mit irgendeinem anderen Staate unterhalten“.

Nicht allein von außenpolitischen Gesichtspunkten her betrachteten also die Nationalliberalen das deutsch-österreichische Bündnis als bedeutungsvoll, Erwägungen gesamtdeutscher Art, die zwar

7. Nr. 286 15. 10. 1879, Erstes Blatt.

8. Nr. 459, 3. 10. 1879.

auch bei den Konservativen und Freikonservativen nicht unbeachtet geblieben waren, aber doch nur in zweiter Linie Erwähnung gefunden hatten, erschienen ihnen ebenfalls in starkem Maße als bemerkenswert. Dabei erblickten sie das deutsch-österreichische Bündnis als die Verwirklichung der letzten Forderung der Kleindeutschen von 1848. Nachdem 1866 und 1871 die Trennung Österreichs von den übrigen deutschen Staaten und die Schaffung des neuen Deutschen Reiches durchgeführt worden waren, erfolgte jetzt der Anschluß dieses Reiches an Österreich-Ungarn, der fester sein sollte als seine Anlehnung an irgendeinen der übrigen Staaten Europas.

Es waren aber nicht allein die nationalliberalen Kreise, die in ihren Betrachtungen zu dem Wiener Abkommen in stärkerem Maße Gesichtspunkte gesamtdeutscher Art betonten, hierbei an die Vergangenheit anknüpften und in dem deutsch-österreichischen Bündnisse eine Erfüllung der Wünsche und Ziele der Paulskirche erblickten; auch vom Zentrum wurden die gleichen Gedanken zum Ausdruck gebracht, auch hier stellte man einen Zusammenhang zwischen dem Bündnisse und den Bestrebungen der Frankfurter Nationalversammlung her. Schon während der Wiener Verhandlungen wies die „Germania“ in einem Leitartikel „Deutschland und Österreich in dauerndem völkerrechtlichem Bunde“ auf diese Gesichtspunkte hin.⁹ Sie erinnerte daran, wie sich 1848/49 bei dem Versuch einer Neuordnung der deutschen Verhältnisse zwei Hauptgruppen gebildet hatten, die Großdeutschen und die Kleindeutschen. Jene hätten die Schaffung eines deutschen Reiches durch die Vereinigung der gesamten deutschen Staaten, also mit Einschluß des Habsburgerreiches gefordert, diese dagegen nur einen Zusammenschluß der deutschen Staaten ohne Österreich unter Preußens Führung. Aber auch sie hätten sich dafür eingesetzt, daß nach der Gründung des neuen Reiches ein „dauernder völkerrechtlicher Verband“ mit Österreich hergestellt würde, neben dem „engeren Bunde“ der „weitere Bund“. Durch die Ereignisse von 1866 und 1870/71 sei die erste Forderung der Kleindeutschen verwirklicht worden. Zu dem „weiteren Bunde“ mit Österreich sei es zunächst aber nicht gekommen. Zwar habe das Dreikaiserverhältnis schon den Versuch einer dauernden Annäherung des Deutschen Reiches an das Habs-

9. Nr. 219/220, 23./24. 9. 1879.

burgerreich gezeigt, aber dies habe doch noch nicht die Verwirklichung der Pläne der Kleindeutschen bedeutet. Erst durch den Gegensatz zwischen den beiden mitteleuropäischen Mächten und Rußland sei der Weg hierzu frei geworden. Diese Entwicklung habe in der letzten Zeit bereits zur Herstellung engerer Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn geführt, aus dieser Lage sei jetzt der Wiener Besuch Bismarcks entsprungen; sein Ergebnis aber sei die Herstellung einer dauernden Verbindung zwischen dem Reiche und Österreich-Ungarn, die Schaffung des „ersehten weiteren Bundes“. Diesen Bund aber bezeichneten die Zentrumskreise als so natürlich gegründet, daß ihn „die 80 Millionen, welche ... in Mitteleuropa zu Schutz und Trutz vereinigt, mit ihrem Kopf nicht bloß, nein, auch mit ihrem Herzen verstanden und keine Paragraphen erforderlich sind, seine Bedingungen, Aufgaben und Ziele zu zeichnen“.¹⁰

Für die Kreise des Fortschritts waren ähnlich wie für Konservative und Freikonservative derartige Gesichtspunkte nur von untergeordneter Bedeutung. In einem Teil der fortschrittlichen Blätter, der „Frankfurter Zeitung“, der „Volkszeitung“ und der „Vossischen Zeitung“, fanden sie überhaupt keine Berücksichtigung; einzig das „Berliner Tageblatt“ beschäftigte sich in seinen Ausführungen zu den Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy und dem Ergebnisse derselben, dem deutsch-österreichischen Bündnisse, in stärkerem Maße auch hiermit. Aber es stand dabei in völligem Gegensatz zu den Blättern der Nationalliberalen und des Zentrums, denn es knüpfte nicht wie diese an das Gedankengut der Kleindeutschen von 1848 an, seine Betrachtungen wurden vielmehr getragen von großdeutschen Erwägungen und bezweckten, die Berechtigung zu prüfen, den Wiener Besuch Bismarcks und den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses mit nationaldeutschen Gesichtspunkten im großdeutschen Sinne in Verbindung zu bringen. Den Ausgangspunkt für eine derartige Betrachtung nahm das „Berliner Tageblatt“ von der Begeisterung, mit der Bismarck von der Wiener Bevölkerung begrüßt worden war. Es falle schwer, hierfür eine Erklärung zu finden, meinte es;¹¹ wenn man nämlich Bismarcks Politik unter dem Gesichtspunkte betrachte, was sie den Deutschen

10. Germania, Nr. 294, 22. 12. 1879.

11. Nr. 445, 24. 9. 1879.

Österreich-Ungarns für Vorteile gebracht habe, so komme man nur zu einem negativen Ergebnisse und müsse sich davon überzeugen, daß für einen derartigen Jubel gar keine Ursache vorhanden sei. Und doch sei Bismarck von der Wiener Bevölkerung ein so freundlicher Empfang bereitet worden wie kaum je einem Minister zuvor. Nur einen Grund gebe es, aus dem sich diese Tatsache erklären lasse: die ständig fortschreitende Slawisierung der Donaumonarchie. Sie habe das deutsche Gefühl der Deutsch-Österreicher gegenüber dem dynastischen wieder in stärkstem Maße geweckt, und „so erblickt denn das frohlockende Volk in Bismarck den Repräsentanten der großen deutschen Nation, jenes Deutschlands, das Arndt umgrenzte, als er sang: „Soweit die deutsche Zunge klingt“, und so erscheint ihnen der Kanzler als der letzte Hort ihres bedrohten deutschen Wesens, als Schirmherr gleichsam, der sie schützen soll vor der Gefahr der Slawisierung...“ Aber das „Berliner Tageblatt“ warnte vor allzu weitgehenden Erwartungen in dieser Hinsicht. Bismarck könne niemals erfüllen, was man von ihm erhoffe, schrieb es weiter; denn ihm, der wohl der Verbündete eines starken Österreich-Ungarn bleiben wolle, käme es niemals darauf an, ob die deutsche Nationalität das Übergewicht in der Donaumonarchie besitze oder eine andere, habe er doch selbst zu einer Verlagerung des Schwergewichtes Österreich-Ungarns nach Osten geraten; niemals denke er an eine „Rettung des deutschen Volkswesens in diesem Ostreich der Zukunft“, niemals etwa an die Angliederung der deutschen Provinzen Österreich-Ungarns an das Deutsche Reich. Mochte somit auch das „Berliner Tageblatt“ an sich zu einem negativen Ergebnisse kommen, das Wesentliche seiner Ausführungen liegt darin, daß sie klar und eindeutig zeigten, daß zumindest in einzelnen Kreisen der Fortschrittspartei Gedanken im gesamtdeutschen Sinne lebendig waren.

Die Sozialdemokratie stand in vollständigem Gegensatz zu allen übrigen Parteien: ihre Ausführungen zu den Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy, die freilich an sich schon recht knapp gehalten waren, enthielten keinerlei Äußerungen in gesamtdeutscher Hinsicht. In den sozialdemokratischen Kreisen waren derartige Erwägungen also völlig unmaßgeblich, ein Umstand, der sich wohl vor allem aus dem internationalen Charakter der deutschen Sozialdemokratie erklärt.

Nachdem so die gesamtdeutschen Erwägungen der Parteien im Zusammenhange mit den Verabredungen zwischen Bismarck und Andrassy dargelegt worden sind, ist zugleich die Betrachtung ihrer Stellungnahme zu den Gasteiner und Wiener Verhandlungen überhaupt abgeschlossen. Drei Gesichtspunkte hatten für die Parteien dabei bestimmend im Vordergrund gestanden: die Untersuchung des eigentlichen Zweckes der Unterredungen der beiden Minister und des tatsächlich erreichten Zieles, die Betrachtung der Verhandlungen und ihres Ergebnisses von außenpolitischen Gesichtspunkten aus und ihre Beurteilung in gesamtdeutscher Hinsicht. Es war das Ziel der Ausführungen dieses Kapitels, die Äußerungen der deutschen Parteien zu diesen drei Hauptgesichtspunkten im einzelnen aufzuzeigen. Eine Wertung und kritische Würdigung derselben kann zunächst nicht erfolgen; sie hätte nur dann einen Wert, wenn in diesen Äußerungen der deutschen Parteien zugleich ihre wahre und endgültige Anschauung über das deutsch-österreichische Bündnis erblickt werden könnte. Dies ist jedoch vorerst nicht möglich. Mit Ausnahme der offiziösen Meldung der „Kölnischen Zeitung“ über den Abschluß eines Schutzbündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und der Donaumonarchie war von amtlicher Seite her nichts über das Ergebnis der Wiener Besprechungen verlautbart worden. Die Äußerungen der Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse konnten so zum großen Teil nur von Vermutungen ausgehen. Jedenfalls für Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie kann dies gelten. Anders scheinen die Verhältnisse bei den beiden konservativen Gruppen und den Nationalliberalen zu liegen. Die Äußerungen ihrer Blätter trugen im allgemeinen den tatsächlichen Verhältnissen in stärkerem Maße Rechnung als die Ausführungen der oppositionellen Parteien. Es darf daher als wahrscheinlich gelten, daß die Presse der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen von amtlicher Seite wenn auch nicht über Einzelheiten der Wiener Abmachungen — wie den genauen Inhalt und die äußere Form —, so doch über den allgemeinen Charakter und die außenpolitische Bedeutung derselben irgendwie unterrichtet war.

Die endgültige Haltung aller Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse aber wird sich erst nach Veröffentlichung des Vertrages erkennen lassen, auch dann erst wird es möglich sein, ihre Äußerungen kritisch zu werten.

II. Die Äußerungen der Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse aus den Jahren nach seinem Abschluß bis zu seiner Veröffentlichung.

1. Die Stellungnahme vom Dezember 1882.

Wie jede bedeutendere politische Frage einige Zeit die politische Öffentlichkeit in stärkstem Maße beschäftigt und entsprechend in den Betrachtungen der Presse stets erneut wiederkehrt, bis sie einmal von einer anderen Frage abgelöst wird, der sich dann das politische Interesse vor allem zuwendet, so verhielt es sich auch mit dem deutsch-österreichischen Bündnisse. Nachdem es von Mitte September bis Ende Oktober 1879 im Mittelpunkt der politischen Erörterungen aller Parteien gestanden hatte, wurde es immer mehr durch andere Ereignisse aus dieser Stellung verdrängt und fand nur noch gelegentlich Erwähnung. Schon in den beiden letzten Monaten des Jahres 1879 brachten die deutschen Zeitungen nur wenige Äußerungen zu den Wiener Abmachungen. Aber in stärkerem Maße, als es sonst üblich war, hielten die deutschen Parteien doch auch weiterhin ihr Interesse für diese politische Frage wach. So kamen sie auch in den Jahren nach 1879 bis zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung immer wieder auf das deutsch-österreichische Bündnis zu sprechen. In den Jahresrückblicken auf die außenpolitischen Ereignisse, anlässlich der alljährlichen Begegnung der Monarchen beider Reiche und der wiederholten Zusammenkünfte deutscher und österreichisch-ungarischer Minister erinnerten die deutschen Parteien und ihre Presse — wenn auch nicht immer in ihrer Gesamtheit, so doch die eine oder die andere — gerne an das Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn. Auch im Reichstag nahmen die Parteien wiederholt Gelegenheit, ihre Anschauungen über das Bündnis darzulegen, mochten sie sich auch bewußt sein, daß diese Äußerungen auf Bismarcks außenpolitische Entscheidungen ohne jeglichen Einfluß bleiben würden. Die Möglichkeit hierfür bot sich, wenn der Haushaltsetat des Auswärtigen Amtes zur Be-

ratung stand oder die Regierung im Reichstage eine Militärvorlage einbrachte, wie dies etwa im März 1880 geschah. Gerade damals haben sich die verschiedensten Parteien auch zum deutsch-österreichischen Bündnisse geäußert. So meinte etwa der Führer der Nationalliberalen, Bennigsen, daß der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses durch Bismarck „in die Geschichte seiner politischen Tätigkeit eines der unverwelklichsten Lorbeerblätter“ flechte. Zum erstenmal habe der Kanzler eine politische Aktion vorgenommen und ein Resultat in derselben erreicht, „wo alle Interessen, alle Parteien, ja ... ganz Deutschland ihm freudig“ zustimme.¹ Bennigsen fand bei diesen Ausführungen ebenso den Beifall aller Parteien wie der Führer des Zentrums, Windthorst, als er betonte, der Bündnisabschluß sei „nichts anderes gewesen, als die Rückkehr zu dem, was man niemals hätte verlassen sollen“.² Aber bei allem Interesse, das die deutschen Parteien für den Bund zwischen den beiden mitteleuropäischen Großmächten offenbarten, in den Mittelpunkt der politischen Erörterungen rückte er zunächst nicht wieder; erst im Dezember 1882 war dies erneut der Fall.

Damals wiesen die „Grenzboten“, die von Bismarck wiederholt für halbamtliche Mitteilungen benutzt worden waren, in einem Artikel über den Besuch des russischen Außenministers von Giers bei Bismarck in Varzin, der Mitte November stattgefunden hatte, ausdrücklich auf das deutsch-österreichische Bündnis hin: „Das Bündnis der beiden mitteleuropäischen Kaiser“, hieß es dort,³ „— von dem wir jetzt sagen dürfen, daß es ein regelrecht und in aller Form abgeschlossenes, in Dokumenten niedergelegtes ist — ist, auf gegenseitigem Bedürfnis beruhend, durch beider Mächte Interessen fest gekittet, die bleibende Grundlage der Verhältnisse Mitteleuropas, von der die Strömung der Tagesereignisse nichts abzuspülen vermag“. Wenige Tage später aber brachte die „Kölnische Zeitung“ die — offensichtlich — halbamtliche Meldung, daß das deutsch-österreichische Bündnis für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen sei, also im Herbst 1884 ablaufe.⁴ Durch diese beiden Äußerungen wurde das Bündnis erneut in den Mittelpunkt des politischen

1. Stenographische Berichte, 1. 3. 1880.

2. Stenographische Berichte, 2. 3. 1880.

3. Grenzboten, 41. Jahrgang, 1882, 4. Quartal, S. 470.

4. Nr. 345, 13. 12. 1882, Zweites Blatt.

Interesses gerückt, und auch die deutschen Parteien beschäftigten sich wieder in stärkstem Maße mit ihm. Dabei stand für sie alle zunächst die Frage im Vordergrund, welche Ursachen die Ausführungen der „Grenzboten“ und die Meldung der „Kölnischen Zeitung“ veranlaßt hatten; ihre Untersuchungen galten daher in erster Linie der Erfassung der außenpolitischen Lage vom Dezember 1882. Eine Betrachtung dieser Ausführungen aber erübrigt sich; denn die Beurteilung der damaligen außenpolitischen Verhältnisse durch die deutschen Parteien kann doch nichts über ihre grundsätzliche Stellungnahme zum deutsch-österreichischen Bündnisse aussagen. Für unsere Untersuchung können die Äußerungen vom Dezember 1882 aber nur insoweit von Bedeutung sein, als sie gerade Anhaltspunkte hierfür bieten und somit geeignet sind, einen Wandel oder die Aufrechterhaltung der bisherigen Anschauungen der Parteien aufzuzeigen. Nur unter diesem Gesichtspunkte werden auch ihre Ausführungen vom Dezember 1882 zu den Wiener Abmachungen betrachtet werden.⁵

Von den Äußerungen der konservativen Blätter können daher nur diejenigen der „Kreuzzeitung“ untersucht werden, da sich der „Reichsbote“⁶ darauf beschränkte, die außenpolitische Lage vom Dezember 1882 und die Gründe für den Hinweis der „Grenzboten“ auf das deutsch-österreichische Bündnis und die Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ von der Dauer desselben zu erfassen; die „Kreuzzeitung“ dagegen machte zugleich grundsätzliche Ausführungen über das Bündnis selbst. Diese zeigten, daß ihr auch jetzt noch jede feste Vorstellung von der äußeren Form des Bündnisses vollständig fehlte. Man müsse es dahingestellt sein lassen, schrieb sie,⁷ ob man die Abmachungen zwischen Bismarck und Andrassy vom Herbst 1879 als Bündnis schlechthin bezeichnen könne; denn seinerzeit sei doch nur von einem Defensivbündnisse gesprochen worden, nicht aber von einem Bündnisse, das auch für weitere Zwecke Geltung haben solle. Freilich hinderte sie diese Feststellung nicht, selbst wiederholt — wie schon 1879 — von dem deutsch-

5. Eine Untersuchung der Anschauungen der Sozialdemokratie ist dabei nicht möglich, da mir sozialdemokratische Zeitungen aus dem Jahre 1882 nicht zur Verfügung standen.

6. Nr. 294, 15. 12. 1882; Nr. 296, 17. 12. 1882.

7. Nr. 288, 8. 12. 1882.

österreichischen „Bündnisse“ zu sprechen; wie damals bedeutete für sie auch jetzt dieser Ausdruck eben nicht mehr als nur eine äußere Bezeichnung für die Wiener Abmachungen und die dadurch erfolgte enge Anlehnung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn, ohne daß sich für sie hiermit jedoch eine feste Vorstellung von der Form des Abkommens verband. Wieder legte sie auch dieser Frage nur eine untergeordnete Bedeutung bei; denn die Form des Bündnisses erschien der „Kreuzzeitung“ nebensächlich gegenüber seiner praktischen Auswirkung, seines Einflusses auf die Erhaltung des europäischen Friedens; „ob es ein Protokoll mit Unterzeichnung beider Kaiser war, oder ein wirklicher formeller Vertrag; auf welche Zeit ferner das sogenannte Bündnis abgeschlossen war, — das ist für die friedliche Bedeutung, welche es von Anfang an im Bewußtsein Deutschlands und Europas gehabt hat, verhältnismäßig nebensächlich“.⁸

Mit diesem Hinweis auf die große Bedeutung des deutsch-österreichischen Bündnisses für die Erhaltung des europäischen Friedens brachte die „Kreuzzeitung“ aber zugleich erneut zum Ausdruck, daß sie die Gründe, die das Bündnis veranlaßt hatten, und damit auch sein eigentliches Ziel auf außenpolitischem Gebiet erblickte. Außenpolitische Erwägungen waren es daher auch wieder, von denen ihre jetzigen Äußerungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse in stärkstem Maße getragen wurden; diese freilich galten ausschließlich der Betrachtung einer einzelnen Frage: der Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn und Rußland; eine Tatsache, die wiederum in erster Linie aus den politischen Grundanschauungen der Konservativen und dem hieraus entspringenden Wunsche nach einer Anlehnung des Reiches an die beiden Großmächte Osteuropas zu verstehen ist. In einem längeren Leitartikel, „Deutschland, Rußland und Österreich“ überschrieben,⁹ legte die „Kreuzzeitung“ eingehend ihre Anschauung hierüber dar. Den Ausgangspunkt bildete für sie dabei das deutsch-russische Verhältnis. Im Grunde lägen die Dinge zwischen diesen beiden Reichen sehr einfach, meinte sie; denn solange sich Rußland aller ungerechtfertigten Übergriffe enthalte, könne es niemals zu einem Gegensatz

8. Nr. 300, 22. 12. 1882.

9. Nr. 303, 28. 12. 1882.

in den Interessen des Deutschen Reiches und Rußlands kommen. Schwieriger gestalte sich die Lage erst, sobald man die Donaumonarchie in diese Berechnungen einbeziehe; denn die Interessen Österreich-Ungarns und Rußlands ließen sich — wenn überhaupt — nur sehr schwer vereinigen: „Was der eine im Orient gewinnt, hat seit hundert Jahren als der Schreck des anderen gegolten...“ So könne es niemals zu einem engen Bündnisse zwischen Österreich-Ungarn und Rußland kommen, möge dies auch von einzelnen Kreisen im Habsburgerreiche angestrebt werden; vielmehr sei Österreich-Ungarn auf eine feste Anlehnung an das Deutsche Reich angewiesen und werde eine enge Verbindung mit ihm stets einem Bündnisse mit dem russischen Reiche vorziehen. Diese an sich erfreuliche Tatsache bedinge aber andererseits eben eine Erschwerung in den deutsch-russischen Beziehungen; denn stets könne einmal der Zeitpunkt eintreten, da das Deutsche Reich infolge der Verschärfung des österreichisch-russischen Gegensatzes zwischen diesen beiden Staaten wählen müsse. Praktisch freilich sei das Reich dieser Sorge bereits enthoben, meinte die „Kreuzzeitung“ weiter; denn Bismarck habe durch die Wiener Abmachungen vom Herbst 1879 sich für Österreich-Ungarn entschieden und damit die einzig mögliche und allein richtige Wahl getroffen: je rückhaltloser nämlich das Deutsche Reich sich zur Freundschaft mit Österreich-Ungarn bekenne, um so besser werde es dem Frieden dienen; könne doch Rußland ohne die Unterstützung des Reiches nicht daran denken, sich im Orient mit Österreich-Ungarn auseinanderzusetzen, und andererseits auch gegen Deutschland niemals ernstlich vorgehen, solange es nicht mit Österreich-Ungarn einig sei. Aber die „Kreuzzeitung“ begnügte sich nicht allein damit, die Wichtigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses für die Erhaltung des europäischen Friedens und damit auch seine Notwendigkeit für die Gestaltung der außenpolitischen Lage des Reiches zu betonen, in Fortführung dieser Gedanken fügte sie in einem späteren Aufsätze noch hinzu, daß die Anlehnung an die Donaumonarchie den Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik überhaupt bilde, daß „in erster Reihe aller politischen Engagements und aller Bürgschaften einer ersprißlichen Zukunft deutscher Macht und deutschen Wesens seit 1879 das Verhältnis zu Österreich“ stehe und daß es nicht die Absicht sein könne, „mit dieser Grundlage

der deutschen Politik zu brechen, daß vielmehr alle anderen Beziehungen sich an diese erste Bedingung anlehnen“ müßten;¹⁰ selbst Rußland gegenüber bilde das deutsch-österreichische Verhältnis ein „noli me tangere“. Freilich bedeutete dies für die „Kreuzzeitung“ keineswegs ein Aufhören der deutsch-russischen Freundschaft; sprach sie doch wiederholt von dem Fortbestehen des Dreikaiserverhältnisses, innerhalb dessen Rahmen das deutsch-österreichische Bündnis zur festeren Sicherung des Friedens abgeschlossen sei.¹¹ Auch ihren Wunsch nach der weiteren Pflege der deutsch-russischen Freundschaft brachte sie — ganz entsprechend den konservativen politischen Grundanschauungen — erneut offen zum Ausdruck, als sie schrieb, sie habe gegen die „Aufrechterhaltung der historischen Beziehungen“ zwischen den beiden Reichen nichts einzuwenden.¹² Mit diesen Äußerungen über das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn und Rußland knüpften die Konservativen aber an Gedanken an, die sie schon im Herbst 1879 in ihren Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse berührt hatten, als sie sich in diesem Zusammenhange mit der Auswirkung der Wiener Abmachungen auf die deutsch-russischen Beziehungen beschäftigten; wieder erblickten sie in dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses keinen Bruch des Reiches mit der russischen Freundschaft; wieder betonten sie die Möglichkeit, die früheren Beziehungen zwischen diesen beiden Reichen aufrechtzuerhalten; wieder wünschten sie auch eine enge Anlehnung des Deutschen Reiches an beide osteuropäischen Großmächte, an Rußland und Österreich-Ungarn. In einem Punkte jedoch hatte sich ein Wandel in ihrer Anschauung vollzogen. Waren die Konservativen bisher stets in gleicher Weise für die Pflege der Freundschaft mit Rußland und Österreich-Ungarn eingetreten, so rückten sie jetzt das deutsch-österreichische Bündnis in den Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik, um den sich alle übrigen außenpolitischen Beziehungen des Reiches, auch diejenigen zu Rußland, zu gruppieren hätten. Den Bund mit der Donaumonarchie, den die „Kreuzzeitung“ jetzt auch zum erstenmal als „die praktisch allein mögliche Verwirklichung

10. Nr. 304, 29. 12. 1882.

11. Nr. 288, 8. 12. 1882; Nr. 297. 19. 12. 1882.

12. Nr. 303, 28. 12. 1882.

des großdeutschen Gedankens“ bezeichnete,¹³ betrachteten sie als die unantastbare Grundlage der deutschen Außenpolitik überhaupt.

Im Gegensatz zu den Konservativen fehlt es für eine Betrachtung der Ansicht der Freikonservativen vollständig an den notwendigen Anhaltspunkten. Die wenigen Äußerungen der „Post“ beschränkten sich fast ausschließlich darauf, die Gründe für die Mitteilungen der „Grenzboten“ und der „Kölnischen Zeitung“ zu untersuchen. Lediglich die Tatsache kann festgestellt werden, daß die Freikonservativen jetzt das Bestehen eines formellen Vertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn nicht mehr bezweifelten,¹⁴ während sie im Herbst 1879 über die Form der beiderseitigen Abmachungen noch keinerlei feste Vorstellung besessen hatten. Mit einigen wenigen Worten betonten sie auch die wohlthätigen Folgen des Bündnisses, ohne jedoch näher auf diesen Gesichtspunkt einzugehen und aufzuzeigen, worin dieselben vor allem in Erscheinung getreten seien.

Die Äußerungen der Nationalliberalen waren im Gegensatz hierzu wesentlich ausführlicher gehalten. Zwar stand auch für diese politische Gruppe die Betrachtung der Gegenwart, die Erfassung der außenpolitischen Lage vom Dezember 1882 im Vordergrund, aber in ihren Reihen beschäftigte man sich doch gleichzeitig in starkem Maße mit dem deutsch-österreichischen Bündnisse selbst, wie es die Ausführungen der nationalliberalen Blätter deutlich zeigen. Nicht allein, daß „Kölnische Zeitung“, „National-Zeitung“ und „Preußische Jahrbücher“ übereinstimmend feststellten, durch die Äußerungen der „Grenzboten“ sei zum erstenmal eine offiziöse Bestätigung von dem Bestehen eines förmlichen Bündnisvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn erfolgt,¹⁵ sie wiesen vor allem auch wiederholt auf die außenpolitische Bedeutung der Wiener Abmachungen hin.

Eine einheitliche Auffassung über das deutsch-österreichische Bündnis bestand dabei innerhalb der nationalliberalen Kreise jetzt

13. Nr. 303, 28. 12. 1882.

14. Post, Nr. 347, 20. 12. 1882.

15. Kölnische Zeitung, Nr. 345, 13. 12. 1882, Zweites Blatt; National-Zeitung, Nr. 564, 1. 12. 1882; Preußische Jahrbücher, Band 50, 1882, S. 629.

ebenso wenig wie im Herbst 1879. Nicht allein in seiner Beurteilung von außenpolitischen Gesichtspunkten aus unterschieden sich ihre Anschauungen, auch in der Frage nach der Form desselben stimmten diese nicht überein; glaubte doch die „National-Zeitung“, obwohl sie selbst ausdrücklich in den Ausführungen der „Grenzboten“ die offiziöse Bestätigung eines förmlichen Bündnisvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und der Donaumonarchie erblickt hatte, sich den Mitteilungen des „Pester Lloyd“ anschließen zu müssen, in denen es hieß, es lägen über die Wiener Verhandlungen lediglich „Promemorien und Aktenstücke“ vor, nicht aber ein „regelrecht und in aller Form abgeschlossenes Dokument“.¹⁶ Wie im Herbst 1879 besaß sie also auch jetzt noch keine feste Vorstellung über die Form der Wiener Abmachungen. Freilich begnügte sie sich mit diesen kurzen Äußerungen und verzichtete auf jede eingehendere Betrachtung dieses Gesichtspunktes; denn Inhalt und Form des Bündnisses erschienen ihr unbedeutend gegenüber der praktischen Auswirkung der deutsch-österreichischen Freundschaft. Hierzu aber schrieb sie jetzt¹⁷: Keine Freundschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn habe jemals „so viel gesunde Wirklichkeit gehabt“ wie die gegenwärtige in den jüngsten drei Jahren. Wohl habe auch früher zwischen den beiden Reichen ein Freundschaftsverhältnis bestanden, stets aber doch nur ein ungesundes, denn es sei von dem Mißtrauen und dem Argwohn des habsburgischen Kaisertums gegen das aufstrebende Preußen begleitet worden. Keine Staaten Europas seien aber gerade so sehr aufeinander angewiesen wie das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. Schon ein Blick auf die Landkarte zeige, daß beide Länder nicht in sich abgeschlossen seien und der gegenseitigen Ergänzung bedürften. Wohl könne man diese Verhältnisse als einen Mangel betrachten, es liege hierin andererseits aber auch ein Vorzug und eine „Quelle der Kraft“; denn eindeutig komme darin zum Ausdruck, daß „zwischen irgendwelchen anderen europäischen Staaten ein ähnliches Bündnisverhältnis gar nicht denkbar ist“.

Den eigentlichen Zweck der Wiener Abmachungen vom Herbst 1879 erblickte die „National-Zeitung“ auch jetzt wieder, womit sie

16. Nr. 572, 6. 12. 1882.

17. Nr. 579, 10. 12. 1882.

sich erneut in Gegensatz zu den Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“ stellte, in der Erhaltung der Stellung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel. Den Ausgangspunkt für die Wiener Abmachungen, schrieb sie nämlich in ihren weiteren Ausführungen, hätten die Bestimmungen des Berliner Vertrages von 1878 gebildet, die sich auf Österreich-Ungarn bezögen. Dabei handele es sich nicht allein um die Stellung der Donaumonarchie in Bosnien, sondern um die Wahrnehmung von Interessen auf der Balkanhalbinsel überhaupt.

Wie die „National-Zeitung“ knüpfte auch die „Kölnische Zeitung“ in ihren jetzigen Ausführungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse an ihre Äußerungen vom Herbst 1879 an. Hatte sie dieses damals als eine Friedensliga bezeichnet, so betonte sie jetzt, daß sich das Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn als Friedensbürgschaft bisher gut bewährt habe und dies auch in Zukunft geschehen werde;¹⁸ denn es sei lediglich zur Verteidigung und Abwehr geschlossen und — auch hierin lehnte sie sich an ihre früheren Ausführungen an — richte sich vor allem gegen die Gefahr einer russisch-französischen Verbindung. Dieser Zweck des Bündnisses hindere aber keineswegs, daß die verbündeten Mächte auch weiterhin in freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland ständen, daß das Dreikaiserverhältnis „freundlich und friedlich“ bleibe, wie dies gegenwärtig erfreulicherweise der Fall sei. Mit solchen Äußerungen stand aber die „Kölnische Zeitung“ in vollständigem Gegensatz zur „National-Zeitung“. Wie im Herbst 1879 herrschte also auch jetzt bei beiden Blättern über die außenpolitische Bedeutung des deutsch-österreichischen Bündnisses keine übereinstimmende Auffassung, und wieder war es der gleiche Unterschied, der sie trennte, knüpften doch „Kölnische Zeitung“ und „National-Zeitung“ in ihren jetzigen Ausführungen an ihre damaligen Äußerungen und Erwägungen an. Jene betrachtete das deutsch-österreichische Bündnis als eine Sicherung für das Deutsche Reich gegenüber einem französisch-russischen Angriffe, ihr galt es damit vor allem zur Wahrung der deutschen Lebensinteressen geschlossen; diese dagegen glaubte, den Ausgangspunkt für den Abschluß des Bündnisses in den Balkanfragen erkennen zu

18. Nr. 345, 13. 12. 1882, Zweites Blatt.

können, ihr galt es somit zur Wahrung der österreichischen Lebensinteressen geschlossen.

Wie die Freikonservativen nahmen auch die Kreise des Zentrums zu dem deutsch-österreichischen Bündnisse selbst nur mit wenigen Worten Stellung. Auch sie wiesen zunächst darauf hin, daß durch die Ausführungen der „Grenzboten“ jetzt von offiziöser Seite zum erstenmal die Bestätigung von dem Abschluß eines schriftlichen Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn erfolgt sei.¹⁹ Gerade von ihnen wurde dieser Hinweis im gegenwärtigen Augenblick — im Zusammenhang mit dem Besuche des russischen Außenministers bei Bismarck — besonders begrüßt; denn sie glaubten, es solle Rußland hierdurch gezeigt werden, daß es keinen Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis finden könne. Das „Gespenst einer Erneuerung des Dreikaiserbundes“ sei durch diese offiziöse Mitteilung endgültig gebannt, schrieben die „Historisch-politischen Blätter“;²⁰ und ganz in dem gleichen Sinne meinte die „Germania“: „Ein derartig intimes, auf ungetrübter Interessengemeinschaft und einheitlicher Stimmung der Regenten und Völker beruhendes Verhältnis ist eben nur zwischen diesen beiden Staaten möglich. Rußland kann eine Freundschaft auf Zeit, aber keine Ehe mit Deutschland oder mit Österreich oder gar mit beiden schließen“.²¹ Mochten auch die Äußerungen der Zentrumspresse zum deutsch-österreichischen Bündnisse selbst nur knapp gehalten sein, so zeigten sie doch deutlich, daß die Kreise des Zentrums in den Vordergrund ihrer Betrachtungen auch jetzt wieder — wie schon 1879 — die Frage nach der Auswirkung des Bündnisses auf die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen rückten und entsprechend in seinem Abschluß auch eine gewisse Abwendung des Reiches von Rußland erblickten, was freilich wiederum auch ganz aus dem Wesen und den politischen Grundanschauungen der Zentrumskreise verstanden werden muß.

Wie alle politischen Gruppen waren auch die Kreise des Fortschritts in ihren Betrachtungen vom Dezember 1882 vor allem be-

19. Germania, Nr. 553, 2. 12. 1882; Historisch-politische Blätter, Band 91, 1883, S. 5.

20. Band 91, 1883, S. 5.

21. Nr. 565, 10. 12. 1882.

strebt, die damalige außenpolitische Lage und die Gründe für den plötzlichen Hinweis der „Grenzboten“ auf das deutsch-österreichische Bündnis und die Meldung der „Kölnischen Zeitung“ von der Dauer desselben zu erfassen. Die „Volkszeitung“ beschränkte sich dabei vollständig hierauf, ohne freilich zu einem Ergebnisse zu kommen, zu dem Bündnisse selbst nahm sie überhaupt keine Stellung.²² Auch die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ äußerten sich hierzu nur kurz. Beide Blätter stimmten dabei in ihren Anschauungen jetzt völlig überein. So wiesen sie gemeinsam darauf hin, daß sich das deutsch-österreichische Bündnis seit seinem Bestehen als Bürgschaft für den europäischen Frieden glänzend bewährt habe und dies auch in der Zukunft geschehen werde.²³ Knüpfte die „Vossische Zeitung“ damit an ihre Äußerungen vom Herbst 1879 an, so bedeutete für das „Berliner Tageblatt“ diese Feststellung einen Wandel in seinen Anschauungen; hatte es doch in seinen Ausführungen anlässlich der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy im Herbst 1879 stets betont, daß das Wiener Abkommen niemals eine Friedensbürgschaft darstelle, vielmehr den Krieg zur Folge haben müsse. Auch die Anschauungen der beiden fortschrittlichen Blätter über die Einwirkung des deutsch-österreichischen Bündnisses auf die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen, die freilich ganz offensichtlich von den politischen Doktrinen der Fortschrittspartei bestimmt waren und allein von hier aus zu verstehen sind, deckten sich völlig. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnete das deutsch-österreichische Bündnis als einen „Magnetberg“, der gleichnamige Pole anziehe und ungleichnamige, wie Rußland, energisch abstoße.²⁴ Die „Vossische Zeitung“ aber ließ sich in dem gleichen Sinne aus süddeutschen Kreisen schreiben, man begrüße hier die Nachrichten über das Bestehen eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn mit Freude, habe man doch stets eine enge Verbindung zwischen Deutschland und Rußland als einen Schaden für die freiheitliche

22. Nr. 294, 15. 12. 1882, Erstes Blatt; Nr. 301, 23. 12. 1882, Erstes Blatt.

23. Vossische Zeitung, Nr. 600, 23. 12. 1882; Berliner Tageblatt Nr. 589, 16. 12. 1882.

24. Nr. 597, 21. 12. 1882.

Entwicklung des Reiches betrachtet.²⁵ Beiden Blättern galt also die enge Anlehnung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn für gleichbedeutend mit einer Abwendung von Rußland. Die „Vossische Zeitung“ lehnte sich damit wiederum an ihre früheren Äußerungen an, während das „Berliner Tageblatt“ sich im Herbst 1879 mit dieser Frage noch nicht beschäftigt hatte.

Die „Frankfurter Zeitung“, die sich am ausführlichsten von allen fortschrittlichen Blättern zu dem Bündnisse selbst äußerte, war in erster Linie bestrebt, das tatsächliche Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy im Herbst 1879 zu untersuchen; diese Frage mußte für sie auch im Vordergrund stehen, hatte sie doch seinerzeit nicht nur das Bestehen schriftlicher Abmachungen, sondern eines deutsch-österreichischen Bündnisses überhaupt geleugnet, während jetzt von halbamtlicher Seite der Abschluß eines Vertrages bestätigt worden war. Ihre frühere Anschauung änderte sie vollständig. Hatte sie damals immer erneut versucht, die Unrichtigkeit aller Meldungen über ein Bündnis des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn zu beweisen, indem sie alle Gründe anführte, die gegen ein solches zu sprechen schienen, so schrieb sie jetzt, sie habe „gegen die Bedeutung der Tatsache . . ., daß das deutsch-österreichische Bündnis perfekt sei“ nichts einzuwenden.²⁶ Über die Form desselben besaß sie freilich auch jetzt keine feste Vorstellung. Sicher sei nur, meinte sie, daß beide Reiche vertragsmäßige Verpflichtungen eingegangen seien, durch die sie gemeinsames Handeln in allen europäischen Fragen und gegenseitige Unterstützung im Falle eines Angriffes zweier Mächte auf einen von ihnen vereinbart hätten.²⁷ Es sei jedoch unwahrscheinlich, daß man paragraphierte Verträge ausgefertigt habe, vielmehr sei nur das Resultat der Besprechungen in gleichlautenden Protokollen festgelegt worden, die die Zustimmung der beiden Kaiser erhalten hätten.

Gegenüber diesen Untersuchungen trat die Betrachtung des deutsch-österreichischen Bündnisses von außenpolitischen Gesichtspunkten aus für die „Frankfurter Zeitung“ diesmal vollständig in

25. Nr. 596, 21. 12. 1882.

26. Nr. 352, 18. 12. 1882, Abendblatt.

27. Nr. 345, 11. 12. 1882, Morgenblatt.

den Hintergrund. Nur einer Frage, mit der sich die Kreise des Fortschritts auch schon im Herbst 1879 beschäftigt hatten, wandte sie ihre Aufmerksamkeit zu: der Einwirkung der Wiener Abmachungen auf die Rüstungsmaßnahmen der europäischen Staaten; eine Tatsache, die freilich wiederum nur aus der grundsätzlich ablehnenden Haltung der Kreise des Fortschritts gegenüber jeder Heeresvermehrung erklärt werden kann. „Selbst das so begeistert als Friedensbürgschaft gepriesene deutsch-österreichische Bündnis“, schrieb sie, „scheint schließlich keinen anderen Effekt erzielen zu sollen, als daß es die Lasten des bewaffneten Friedens ins Unerträgliche steigert“.²⁸ Damit aber knüpfte sie im letzten Grunde an eine ihrer Äußerungen vom Herbst 1879 an, in der sie den Krieg als die unvermeidliche Folge des deutsch-österreichischen Bündnisses bezeichnet hatte; denn auch aus dieser Feststellung sprach doch zugleich — wenn auch in versteckter Form — die Sorge vor weiteren Rüstungsvermehrungen und andererseits ebenso aus ihrer jetzigen Äußerung die Befürchtung einer neuen kriegerischen Verwicklung.

Die Äußerungen der deutschen Parteien vom Dezember 1882 zum deutsch-österreichischen Bündnis haben deutlich gezeigt, daß die Stellungnahme der politischen Gruppen zu diesem im letzten Grunde unverändert die gleiche geblieben war wie im Herbst 1879. In ihren durchweg nur kurz gehaltenen Ausführungen, die diesmal — abgesehen von der Frage nach seiner Form — fast ausschließlich der außenpolitischen Bedeutung des Bündnisses galten, wiesen die Parteien auf neue Gesichtspunkte überhaupt nicht hin. Vielmehr knüpften sie übereinstimmend in ihren jetzigen Äußerungen stets nur an ihre früheren Gedanken und Erwägungen an, bei der Kürze ihrer Äußerungen freilich nicht an alle, sondern nur an einzelne und gelangten zur gleichen Anschauung vom deutsch-österreichischen Bündnis wie im Herbst 1879. Mochten auch die Konservativen jetzt das Bündnis als Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik bezeichnen, um den sich alle anderen Beziehungen des Reiches, selbst diejenigen zu Rußland, zu gruppieren hätten, einen grundlegenden Wandel ihrer Ansicht bedeutete dies nicht; denn sie hielten doch auch weiterhin an ihrem alten Ziele, dem Zusammengehen des

28. Nr. 361, 27. 12. 1882, Abendblatt.

Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn und Rußland fest. Mochte auch das „Berliner Tageblatt“ im Gegensatz zu seinen Anschauungen vom Herbst 1879 jetzt in dem deutsch-österreichischen Bündnisse eine Gewähr für den europäischen Frieden erblicken, es läßt sich hieraus zunächst ebenso wenig auf eine allgemeine grundsätzliche Änderung in der Stellungnahme der Kreise des Fortschritts schließen; denn es fehlt an Äußerungen der „Volkszeitung“ hierüber, die in ihren früheren Betrachtungen doch ebenfalls eine kriegerische Verwicklung als Folge des deutsch-österreichischen Bündnisses bezeichnet hatte, und es spricht aus den Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ doch gerade in gewissem Maße die Sorge vor einem Kriege. Ein grundlegender Wandel in der Anschauung über das deutsch-österreichische Bündnis hatte sich also bis zum Ende des Jahres 1882 bei keiner deutschen Partei vollzogen; übereinstimmend vertraten sie die gleichen Ansichten, die in ihren Äußerungen vom Herbst 1879 zum Ausdruck gekommen waren.

2. Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses (3. Februar 1888).

Etwa einen Monat lang hatte das deutsch-österreichische Bündnis so erneut im Mittelpunkt der politischen Erörterungen gestanden, dann wurde es wiederum durch andere Fragen und Ereignisse aus dieser Stellung verdrängt. Erst als Bismarck den Zeitpunkt für gekommen erachtete, den Schleier des Geheimnisses zu lüften, der bisher über dem Bündnisse ausgebreitet gewesen war, und zu der Veröffentlichung des Wiener Vertrages schritt, die am Abend des 3. Februar 1888 gleichzeitig im „Reichsanzeiger“, der „Wiener Abendpost“ und dem „Pester Lloyd“ erfolgte, wandte sich das Interesse der politischen Öffentlichkeit und somit auch der deutschen Parteien allgemein erneut dem Bündnisse der beiden Großmächte Mitteleuropas zu. Dabei beschäftigten sich die Parteien zunächst nicht mit diesem selbst, ihre Untersuchungen bezweckten in erster Linie, die Gründe zu erkennen, die für die Veröffentlichung des Wiener Abkommens vom Oktober 1879 im derzeitigen Augenblick maßgebend gewesen waren, sie galten also wie im Dezember

1882 vor allem der Erfassung der gegenwärtigen außenpolitischen Lage. Auch hier möge der Hinweis auf diese Tatsache genügen; auch hier können nur die Erwägungen der Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnis selbst Berücksichtigung finden. Im Vordergrund unserer Betrachtungen muß die Frage stehen: Hat die von den deutschen Parteien im Herbst 1879 eingenommene, im Dezember 1882 bestätigte Haltung zum deutsch-österreichischen Bündnisse eine wesentliche Änderung erfahren, nachdem jetzt der genaue Wortlaut der Wiener Abmachungen veröffentlicht worden war? Weist ihr endgültiges Urteil über das Bündnis grundsätzliche Unterschiede gegenüber ihrer früheren Anschauung hierüber auf oder stimmt es im wesentlichen mit dieser überein?

Die konservativen Kreise betonten in ihren Ausführungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse vor allem einen Gesichtspunkt: den ausschließlichen Verteidigungszweck des Wiener Abkommens. Die Ansicht, die sie seit den Verhandlungen zwischen Bismarck und Andrassy in Wien in den Septembertagen des Jahres 1879 stets vertreten hatten, daß das deutsch-österreichische Bündnis ein reines Friedensbündnis darstelle und niemanden bedrohe, daß es gerade die Erhaltung des europäischen Friedens bezwecke, erblickten sie jetzt durch den Wortlaut des Vertrages bestätigt. Aus dem Inhalt des deutsch-österreichischen Abkommens gehe unzweideutig hervor, schrieb die „Kreuzzeitung“,¹ daß es sich für das Deutsche Reich wie für Österreich-Ungarn dabei lediglich um Verteidigungszwecke handele; im gleichen Sinne stellte auch die „Konservative Korrespondenz“ fest,² aus den mitgeteilten Bestimmungen erhellte sich unmittelbar der rein defensive Charakter des getroffenen Abkommens. Der „Reichsbote“ aber meinte jetzt,³ der Vertrag zeige, daß „beide Verbündete nichts anderes wollen als den Frieden ...“ Rußland habe keinen Angriff des Deutschen Reiches oder Österreich-Ungarns oder auch beider Mächte zugleich zu befürchten und brauche daher gegen eine solche Möglichkeit keine Rüstungen zu treffen. Durch nichts sei die Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit der friedlichen Absichten der beiden Reiche besser be-

1. Nr. 31. 5. 2. 1888.

2. Nr. 20. 4. 2. 1888.

3. Nr. 31. 5. 2. 1888.

stätigt worden als durch die Geschichte der acht Jahre, die seit Abschluß des Bündnisses verflossen seien. Hätten sie nämlich irgendwelche feindlichen Pläne gegenüber Rußland gehegt, dann hätten sie inzwischen längst einmal die Gelegenheit benutzt, um ihre Absichten zu verwirklichen, anstatt sich gegenüber allen feindlichen Kundgebungen der russischen Presse und dem ständigen Anwachsen der russischen Rüstungen „die größte Langmut und Zurückhaltung“ aufzuerlegen. Ebenso wenig wie Rußland brauche aber auch Frankreich einen Angriff zu befürchten; denn keiner der beiden Verbündeten werde je daran denken, Feindseligkeiten gegen diesen Staat zu eröffnen.

Nicht allein in dieser Beziehung hielten die Konservativen aber an ihren bisherigen Anschauungen fest, noch in einem zweiten Punkte knüpften sie an diese an; darin nämlich, daß sie in dem deutsch-österreichischen Bündnisse auch jetzt wieder die unantastbare Grundlage der deutschen Außenpolitik erblickten, den Mittelpunkt, um den sich alle anderen außenpolitischen Beziehungen des Reiches zu gruppieren hätten, wie sie dies schon in ihren Ausführungen vom Dezember 1882 zum Ausdruck gebracht hätten; und wie damals entsprangen diese Gedanken wiederum nicht allein außenpolitischen Gesichtspunkten, die freilich auch jetzt wieder im Vordergrunde ihrer Betrachtungen über das Wiener Abkommen standen, Erwägungen gesamtdeutscher Art sprachen mit. So brachte die „Kreuzzeitung“ in diesen Tagen einmal eine Nachricht aus dem Reichstage, die wohl aus den Kreisen der konservativen Fraktion stammte und in der es hieß: „Das Gefühl des Volkes ist um so gehobener, als wir uns mit dem stammverwandten Österreich verbündet wissen. Nicht als ob wir uns ohne Österreich fürchteten. Aber es ist ein schönes Bewußtsein, daß etwaigen Gegnern aus Ost und West diesmal „Alldeutschland“ gegenüber stehen wird Heute kann jeder, der nur mit Menschen verkehrt, sehen, daß das Volk sich über das Bündnis mit Österreich freut; scheint doch endlich der Drachen der deutschen Uneinigkeit und Zwiespältigkeit erschlagen zu sein“.⁴ Klarer noch, als es mit diesen Worten geschah, brachte der „Reichsbote“ die Überzeugung der Konservativen von der Unlösbarkeit und Unantastbarkeit des deutsch-

4. Nr. 34 A, 9. 2. 1888.

österreichischen Bündnisses zum Ausdruck⁵: „Groß und mächtig und unantastbar erhebt sich vor den Augen Europas das Friedensbündnis zwischen den beiden Kaiserreichen“. Durch dieses habe sich das Deutsche Reich bedingungslos mit Österreich-Ungarn verbündet, selbst die Balkanfrage bilde hierbei keine Ausnahme. Auch die „Konservative Korrespondenz“ trat in ihren Äußerungen für die dauernde Aufrechterhaltung des einmal gewonnenen Bündnisverhältnisses und somit seine Unlösbarkeit ein. Ihre Schlußfolgerungen jedoch unterschieden sich wesentlich von denjenigen des „Reichsboten“; denn sie meinte,⁶ die Erreichung dieses Zieles — der dauernden Erhaltung des Bündnisses — sei doch nur dann möglich, wenn man sich bewußt bleibe, daß man einen Staat nur so weit an einen anderen binden könne, als es seinen Interessen nicht widerspreche. Wolle man an Österreich-Ungarn festhalten, dann müsse man immer daran denken, daß man den Bogen nicht überspannen dürfe. Das Deutsche Reich könne niemals die Unterstützung durch die Donaumonarchie bei einer Auseinandersetzung mit Frankreich verlangen; Österreich-Ungarn aber dürfe andererseits auch niemals vergessen, daß das Reich kein unmittelbares Interesse an den Verhältnissen der Balkanhalbinsel haben könne. Mochten also auch die konservativen Kreise übereinstimmend das deutsch-österreichische Bündnis als Kernstück der deutschen Politik betrachten und als unantastbar bezeichnen, darüber bestand bei ihnen keine einheitliche Auffassung, ob das Deutsche Reich sich mit dem Abschluß des Bündnisses zu einer bedingungslosen Unterstützung der Donaumonarchie auch in den Balkanfragen verpflichtet habe oder nicht; dies war aber zugleich der einzige neue Gesichtspunkt, den sie bei ihren jetzigen Betrachtungen über das Wiener Abkommen berührten.

Mit diesen Ausführungen ist die Darlegung der Äußerungen der konservativen Kreise zugleich beendet; denn wiederum beschränkten sie sich auf die Betrachtung einzelner Gesichtspunkte, galt ihr eigentliches Interesse wie im Dezember 1882 doch auch jetzt der Erfassung der gegenwärtigen außenpolitischen Verhältnisse. Wieder aber zeigt sich auch ihre Stellungnahme zum

5. Nr. 31. 5. 2. 1888.

6. Nr. 23, 8. 2. 1888.

deutsch-österreichischen Bündnisse in allen Punkten, in denen sie an ihre früheren Äußerungen anknüpften, völlig unverändert. So betonten sie erneut den reinen Verteidigungszweck des Bündnisses, sowie seine Unlösbarkeit und Unantastbarkeit.

Die Äußerungen der Freikonservativen zum deutsch-österreichischen Bündnisse selbst waren auch diesmal wieder äußerst knapp gehalten. Nur auf einen Gesichtspunkt, der auch in den Betrachtungen der konservativen Kreise Berücksichtigung gefunden hatte, wiesen sie in ihren Ausführungen hin: auf die Gewähr, die der Bund zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn für die Erhaltung des europäischen Friedens biete. Dieses Bündnis, schrieb die „Post“,⁷ könne niemals eine Gefahr für den Frieden bedeuten. Jeder, der seinen Wortlaut kenne, müsse zugestehen, daß niemals ein Vertrag abgeschlossen worden sei, der wie dieser ausschließlich dem Zwecke der Verteidigung gelte und so eine Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens darstelle. Mit dieser Feststellung knüpften aber auch die Freikonservativen an ihre früheren Äußerungen und Anschauungen an; denn auch sie hatten doch schon im Herbst 1879 das deutsch-österreichische Bündnis als ein Friedensbündnis bezeichnet.

Wie Konservative und Freikonservative betonten auch die Nationalliberalen in ihren Betrachtungen zu dem deutsch-österreichischen Bündnisse selbst in besonderem Maße den reinen Verteidigungszweck desselben und seine Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens. Auch für sie bedeutete dies ein Anknüpfen an ihre früheren Äußerungen; denn schon im Herbst 1879 hatte es in den nationalliberalen Kreisen keinen Zweifel darüber gegeben, daß das deutsch-österreichische Bündnis ein reines Verteidigungsbündnis sei und in stärkstem Maße der Sicherung des **Friedens in Europa** gelte. „Ein Friedensbündnis ist geschlossen worden“, schrieb die „National-Zeitung“,⁸ „dem rein defensiven Abkommen soll eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beigelegt werden“. Die „Preußischen Jahrbücher“ aber stellten fest,⁹ es gäbe überall nur diese eine Deutung für das deutsch-

7. Nr. 35, 5. 2. 1888.

8. Nr. 74, 4. 2. 1888.

9. Band 61, 1888, S. 290.

österreichische Bündnis, daß es jeden Angriff ausschließe; im gleichen Sinne äußerte auch die „Kölnische Zeitung“, ¹⁰ dieser Vertrag sei dazu bestimmt, „die bestehende Ordnung der europäischen Verhältnisse gegen den Ansturm kriegslustiger Mächte sicherzustellen“.

Das rheinische Blatt knüpfte noch in anderer Hinsicht an seine früheren Ausführungen an. Auch den Gesichtspunkt betonte es erneut, daß das deutsch-österreichische Bündnis vor allem zur Sicherung des Deutschen Reiches gegenüber einem russisch-französischen Angriffe abgeschlossen sei; denn in ihren weiteren Ausführungen erinnerte die „Kölnische Zeitung“ an die Entstehung des Wiener Vertrages: der Umstand, daß die deutsche Einheit aus einem deutsch-französischen Kriege entstanden sei, hieß es dort, habe das Deutsche Reich zunächst mit der Feindschaft Frankreichs belastet. Hierzu sei aber eine zweite Gefahr gekommen: die Entwicklung der orientalischen Frage habe Rußland in immer schärferen Gegensatz zum Reiche gebracht. Gegen diese Gefahren, die dem Deutschen Reiche von Frankreich und Rußland drohten, habe Bismarck das Bündnis mit der Donaumonarchie abgeschlossen. Den eigentlichen Grund für das deutsch-österreichische Bündnis erblickte also die „Kölnische Zeitung“ auch jetzt wieder in der Notwendigkeit, Deutschland gegenüber einer russisch-französischen Verbindung und der Möglichkeit eines Angriffes dieser beiden Staaten auf das Reich eine Sicherung zu verschaffen. Hiermit bezeichnete sie aber zugleich erneut ein Ziel des Bündnisses.

Noch in einem dritten Punkte hielt das rheinische Blatt an seiner bisherigen Anschauung fest: es erblickte in dem deutsch-österreichischen Bündnisse, obwohl sich dieses vor allem gegen Rußland richtete, auch jetzt kein Hindernis für die weitere Pflege freundschaftlicher Beziehungen des Deutschen Reiches mit seinem östlichen Nachbarn. Das Wiener Bündnis, ließ sich die „Kölnische Zeitung“ einmal in diesen Tagen von ihrem Berliner Berichterstatter schreiben, ¹¹ sei stets nur „als Rückhalt für den schlimmsten Fall“ gedacht gewesen; Bismarck selbst habe nie die Hoffnung aufgegeben, daß es möglich sein werde, mit Rußland auch weiterhin in Frieden und Freundschaft zu leben.

10. Nr. 35, 4. 2. 1888, Erstes Blatt.

11. Nr. 35, 4. 2. 1888, Zweites Blatt.

Im Gegensatz zur „Kölnischen Zeitung“, deren jetzige Äußerungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse sich vollständig mit ihren früheren Erwägungen hierüber deckten — neue Gesichtspunkte betonte sie nicht —, hielt die „National-Zeitung“ nicht in jeder Hinsicht an ihren bisherigen Anschauungen fest. Sie mußte aus dem tatsächlichen Inhalt des Bündnisses vor allem erkennen, daß es nicht die orientalische Frage gewesen war, die den Ausgangspunkt für seinen Abschluß gebildet hatte, daß das Bündnis in Wirklichkeit in erster Linie einem anderen Zweck diene als der Sicherung des Besitzstandes Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel. So schrieb sie jetzt,¹² den Kern des Vertrages bilde die Möglichkeit, daß eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen werde. Wie die „Kölnische Zeitung“ erblickte auch sie hierin keinen Hinderungsgrund für die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland, meinte sie doch in ihren weiteren Ausführungen, der reine Verteidigungszweck des Vertrages habe auch die weitere Pflege des Dreikaiserverhältnisses ermöglicht, eine Entwicklung, die sie stets gewünscht hatte, wie es bereits in ihren Ausführungen vom Herbst 1879 anläßlich der Wiener Verhandlungen zum Ausdruck gekommen war.

Mit der Erkenntnis, daß sich das deutsch-österreichische Bündnis in erster Linie gegen einen russischen Angriff richte und nicht die orientalische Frage zum Ausgangspunkt habe, schied diese aber für die „National-Zeitung“ noch keineswegs aus dem Bereich ihrer Betrachtungen aus. In einem längeren Aufsatz „Zum casus foederis“, nahm sie erneut zu ihr Stellung,¹³ wobei sie sich im wesentlichen an die Ausführungen Bismarcks anschloß, die dieser in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 über die Haltung des Deutschen Reiches bei einem aggressiven Vorgehen Rußlands gegen Bulgarien gemacht hatte. Die Haltung des Reiches werde immer von der tatsächlichen Entwicklung eines solchen Konfliktes abhängen, meinte die „National-Zeitung“; es sei keineswegs sicher, daß das Deutsche Reich bei einem gewaltsamen Vorgehen Rußlands gegen Bulgarien sofort aus seiner wohlwollenden Neutralität heraustreten und zur Unterstützung Österreich-Ungarns schreiten

12. Nr. 74, 4. 2. 1888.

13. Nr. 89, 10. 2. 1888.

werde. Die Richtschnur seines Handelns werde stets die Erwägung bilden, daß im Interesse des Reiches Österreich-Ungarn als Großmacht nicht geschwächt werden dürfe. Mit dieser Feststellung aber knüpfte die „National-Zeitung“ wiederum an ihre früheren Ausführungen an; denn schon im Herbst 1879 hatte sie doch, obwohl sie die Balkanfragen als den Ausgangspunkt des deutsch-österreichischen Bündnisses bezeichnete, ausdrücklich betont, daß das Deutsche Reich die Orientpolitik Österreich-Ungarns nur insoweit unterstützen solle, als es sich hierbei um Lebensinteressen der Donaumonarchie handle. Die gleiche Anschauung aber sprach aus ihrer jetzigen Äußerung. Auch gesamtdeutsche Gesichtspunkte hob die „National-Zeitung“ erneut hervor, freilich geschah dies jetzt in allgemeinerer Form als im Herbst 1879; denn sie stellte lediglich fest, daß die Einleitung, die den eigentlichen Vertragsbestimmungen vorangestellt sei, auf das alte Deutsche Reich und den Deutschen Bund Bezug nehme und sich auf den „Boden der geschichtlichen Überlieferungen“ stelle.¹⁴

Im ganzen zeigt sich also auch die Haltung der nationalliberalen Blätter und somit der nationalliberalen Kreise an sich nur wenig verändert. Die „Kölnische Zeitung“ wich überhaupt nicht von ihren früheren Ansichten ab, und auch die „National-Zeitung“ knüpfte in stärkstem Maße an ihre bisherigen Anschauungen an. Nur darin mußte sie diese einer Änderung unterziehen, daß es nicht die orientalische Frage gewesen war, die den Ausgangspunkt für das deutsch-österreichische Bündnis gebildet hatte.

Die Kreise des Zentrums beschränkten sich in ihren Ausführungen, soweit sie sich auf das Wiener Bündnis selbst bezogen, auf die Betrachtung zweier Gesichtspunkte. Zunächst galt ihr Interesse vor allem den eigentlichen Inhaltsbestimmungen des deutsch-österreichischen Bündnisses; dabei wiederum betonten sie mit besonderem Nachdruck, daß sich dieses in erster Linie gegen Rußland richte. Die „Kölnische Volkszeitung“¹⁵ etwa hob hervor, daß im Gegensatz zu allen bisherigen Vermutungen Rußland in dem Vertrage als angreifende Macht ausdrücklich genannt sei, sowohl allein wie in Verbindung mit einer anderen zunächst angreifenden Macht. Die

14. Nr. 74, 4. 2. 1888.

15. Nr. 35, 4. 2. 1888, Abendausgabe.

„Historisch-politischen Blätter“¹⁶ aber schrieben, vor allem sei die Tatsache bemerkenswert, daß der Bündnisfall nicht, wie man doch stets angenommen habe, nur bei einem gleichzeitigen Angriff von zwei Seiten auf eine der beiden Vertragsmächte eintrete, sondern auch dann, wenn Rußland allein das Deutsche Reich oder Österreich-Ungarn angreife. Im gleichen Sinne meinte auch die „Germania“¹⁷, daß die „Gemeinsamkeit der beiden kontrahierenden deutschen Großmächte gegenüber etwaigen Angriffen Rußlands die am stärksten betonte und in positiven Bestimmungen des Vertrages am meisten ausgebildete“ sei. Mit diesen Feststellungen, die ausdrücklich das Zusammenstehen des Deutschen Reiches und der Donaumonarchie gegenüber Rußland betonten, schlossen sich die Kreise des Zentrums aber eng an ihre früheren Ausführungen an; denn stets hatte bisher — im Herbst 1879 wie im Dezember 1882 — für sie in ihren Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse die Frage nach der Einwirkung desselben auf die deutsch-russischen Beziehungen im Vordergrund gestanden und stets hatten sie dabei erneut ihre Abneigung gegen eine Freundschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland zum Ausdruck gebracht. Ganz entsprechend wurde jetzt in den Zentrumskreisen vor allem das unbedingte Zusammenstehen Österreich-Ungarns und des Reiches gegenüber Rußland betont, mochte man in den Kreisen des Zentrums sich auch diesmal über die zukünftige Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen selbst nicht äußern. Daß ihre jetzigen Ausführungen tatsächlich mehr bedeuteten als nur eine Wiedergabe der Bestimmungen des deutsch-österreichischen Bündnisses, das zeigte eine Äußerung der „Kölnischen Volkszeitung“¹⁸, die zugleich eindeutig die unveränderte Haltung des Zentrums gegenüber Rußland bewies: allmählich beginne die Überzeugung durchzudringen, hieß es hierin, „daß mit den unaufhörlichen Zugeständnissen an Rußland endlich ein Ende gemacht werden muß“. Wie alle Äußerungen der Zentrumskreise über das deutsch-russische Verhältnis waren aber auch diese Ausführungen nicht von außenpolitischen Erwägungen bestimmt; sie entsprangen den politischen Grundanschauungen des Zentrums und dürfen wiederum allein von hier aus erklärt werden.

16. Band 101, 1888, S. 374 f.

17. Nr. 23, 4. 2. 1888, Zweites Blatt.

18. Nr. 35, 4. 2. 1888, Abendausgabe.

Auch in dem zweiten Gesichtspunkte, den die Zentrumskreise in ihren jetzigen Betrachtungen zu dem Wiener Abkommen berührten, knüpften sie an ihre früheren Gedanken und Äußerungen an: sie betonten erneut den ausschließlichen Verteidigungszweck des deutsch-österreichischen Bündnisses. Wie für Konservative, Freikonservative und Nationalliberale hatte es auch für sie niemals einen Zweifel darüber gegeben, daß dasselbe nur friedliche Ziele verfolge und lediglich der Abwehr gelte, und wie jene Gruppen fanden auch die Kreise des Zentrums jetzt ihre bisherige Vermutung bestätigt. In dem veröffentlichten Vertrage selbst, schrieb die „Germania“¹⁹ sei ganz zweifellos der defensive Charakter des deutsch-österreichischen Bündnisses ausgesprochen. Rußland habe keinen Anlaß irgendeinen Angriff der „mitteleuropäischen Friedensmächte“ zu fürchten. Aber nicht allein dieser Staat, sondern ganz Europa wisse nun, daß das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn die Ruhe und den Frieden Europas zu erhalten wünschten. Wie die „Germania“ urteilte auch die „Kölnische Volkszeitung“; denn sie betonte im Anschluß an die Veröffentlichung des Vertragstextes zunächst, daß die bisherige Annahme des „lediglich defensiven Charakters vollauf bestätigt“ sei.²⁰

Somit aber erscheint auch die Haltung des Zentrums zum deutsch-österreichischen Bündnisse völlig unverändert. Es betonte vor allem das Zusammenstehen Deutschlands und Österreich-Ungarns gegenüber Rußland und brachte dabei zugleich erneut den Wunsch nach einer Abwendung des Reiches von Rußland zum Ausdruck; wiederum auch wies es auf den reinen Verteidigungszweck des Bündnisses hin. Neue Gesichtspunkte aber berührten die Kreise des Zentrums in ihren Betrachtungen nicht.

Wie von dieser politischen Gruppe, so wurde auch in den Reihen der Freisinnigen Partei, die seit 1884 an die Stelle der Fortschrittspartei getreten war, in ihren Ausführungen zu dem deutsch-österreichischen Bündnisse selbst in besonderem Maße und mit starkem Nachdruck der Gesichtspunkt betont, daß sich das Wiener Abkommen in erster Linie gegen das russische Reich richte. Auch den Freisinnigen erschien gerade diese Tatsache als vor allem wesent-

19. Nr. 28, 4. 2. 1888, Zweites Blatt.

20. Nr. 35, 4. 2. 1888, Abendausgabe

lich. Im Gegensatz zu allen bisherigen Annahmen, meinte etwa die „Frankfurter Zeitung“, ²¹ zeige der Inhalt des deutsch-österreichischen Bündnisses, daß man sich auch für den Fall zur vollständigen gegenseitigen Waffenhilfe verpflichtet habe, daß einer der beiden Staaten von Rußland allein angegriffen werde, und nicht nur für die Möglichkeit eines gleichzeitigen Angriffes von zwei Seiten her. Im gleichen Sinne äußerten sich auch die „Freisinnige Zeitung“ ²² und die „Vossische Zeitung“. ²³ Diese schrieb, der Text des Vertrages lasse keinen Zweifel darüber, daß das Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn aus der Sorge vor einem russischen Angriffe entstanden sei, womit sie zugleich auf den Grund für den Bündnisabschluß hinwies, und sich „in erster Linie und fast ausschließlich“ gegen Rußland richte. Die „Volkszeitung“ aber stellte in ihren Ausführungen fest ²⁴: Der Wortlaut des Vertrages sei durchaus erfreulich; er stelle das Bündnis als noch enger und fester dar, als man bisher stets angenommen habe; denn es sei nicht allein eine gegenseitige Bürgschaftsleistung für die Großmachstellung der beiden Reiche, sondern ein unbedingtes Schutz- und Trutzbündnis gegenüber Rußland. Mit diesen Äußerungen aber lehnten sich die freisinnigen Kreise ebenso wie das Zentrum an ihre früheren Gedanken und Anschauungen an; denn auch für sie hatte bei ihren Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse stets — im Herbst 1879 wie im Dezember 1882 — die Frage nach der Einwirkung desselben auf die deutsch-russischen Beziehungen im Vordergrund gestanden, und stets hatte ihnen der Abschluß des Wiener Bündnisses als eine gewisse Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland gegolten, die sie mit Freuden begrüßten. Ganz entsprechend betonten sie jetzt vor allem den Gesichtspunkt, daß das deutsch-österreichische Bündnis „in erster Linie und fast ausschließlich“ gegen Rußland gerichtet sei; auch glaubten sie erneut, daß durch seinen Abschluß ein Wandel in den deutsch-russischen Beziehungen eingetreten sei; denn die „Vossische Zeitung“ schrieb auch in ihren jetzigen Betrachtungen zu dem Wiener Bündnisse

21. Nr. 35, 4. 2. 1888, Abendblatt.

22. Nr. 30, 4. 2. 1888.

23. Nr. 59, 4. 2. 1888.

24. Nr. 31, 5. 2. 1888, Erstes Blatt.

selbst einmal, nur allzu lange habe in Preußen eine einflußreiche Partei bestanden, „welche in der maßlosen Anbetung des Russentums befangen war und den Zaren als den „Hort der konservativen Interessen“ feierte“.²⁵ Aber nicht allein die Feststellung, daß der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses eine gewisse Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland bedeute, liegt in diesen Worten, es spricht aus ihnen zugleich die Abneigung der Freisinnigen gegen das Zarenreich überhaupt, die auch weiterhin in weiten Kreisen dieser politischen Gruppe bestand, wie es auch die Äußerungen eines anderen freisinnigen Blattes, der „Volkszeitung“, bezeugen: „Der zarische Despotismus“, schrieb diese,²⁶ „ist der ewige Störer des europäischen Friedens und wahnsinnig, wie er ist, mag er sich von seiner völkermörderischen Gier auch durch das Gorgoschild nicht abhalten lassen, welches ihm der deutsch-österreichische Bündnisvertrag entgegenstreckt. Will er sich unter den Trümmern einer Welt begraben, nun, so muß Europa die Strafe dafür auf sich nehmen, daß sich seine gesitteten Staaten so lange zu der erniedrigenden Rolle hergegeben haben, immer abwechselnd die Satrapen des moskowitischen Oberherrn zu spielen“. Wieder aber dürfen alle diese Äußerungen nur von grundsätzlichen Erwägungen aus erklärt werden; sie wurden bestimmt allein durch die grundsätzliche Abneigung der Freisinnigen gegen das russische Reich, nicht aber durch einen tieferen Einblick in die außenpolitischen Notwendigkeiten.

Nicht allein in dieser Hinsicht hielten die Freisinnigen an ihren bisherigen Anschauungen fest, auch damit knüpften sie an ihre früheren Ansichten an, daß sie den friedlichen Zweck des Bundes zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn betonten; denn auch für sie hatte es doch nie einen Zweifel darüber gegeben, daß dieser vor allem der Erhaltung des europäischen Friedens dienen wolle. Schon in ihren Äußerungen vom Herbst 1879 hatten sie ausdrücklich diesen Gesichtspunkt hervorgehoben. Jetzt stellte die „Volkszeitung“²⁷ fest, daß der Wortlaut des Vertrages „in einer, die Möglichkeit jeden Widerspruchs ausschließenden Form den rein

25. Nr. 61, 5. 2. 1888.

26. Nr. 31, 5. 2. 1888, Erstes Blatt.

27. Nr. 31, 5. 2. 1888, Erstes Blatt.

defensiven Charakter des Bündnisses“ bestätige. Die „Frankfurter Zeitung“²⁸ aber meinte, ganz Europa wisse nunmehr, daß das Bündnis der Mittelmächte allein die Erhaltung des Friedens bezwecke, keiner der Alliierten bedrohe irgendeinen seiner Nachbarn; und an anderer Stelle schrieb das gleiche Blatt²⁹: das Deutsche Reich habe genug an seiner Existenz, jeder expansive Gedanke läge ihm daher völlig fern; es wolle der Welt und sich selbst den Frieden erhalten. Ganz in dem gleichen Sinne äußerte sich auch die „Vossische Zeitung“. Sie schrieb³⁰: Hätten das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn mit ihrem Bündnisse wirklich andere als rein friedliche Zwecke verfolgt, dann würden sie bis zur Ausführung ihrer Pläne nicht ein Jahrzehnt gewartet haben; sie hätten sich dasjenige, was sie sich erobern wollten, unter günstigeren Umständen erworben. Obwohl die Freisinnigen also von dem ausschließlichen Verteidigungszweck des deutsch-österreichischen Bündnisses überzeugt waren, erblickten sie aber auch jetzt keineswegs allgemein in dem Bunde der beiden mitteleuropäischen Mächte eine unbedingte Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens, vielmehr gab es auch weiterhin Kreise unter ihnen, die dieses leugneten. Zwar galt es ihnen nicht mehr wie früher als feststehende Tatsache, daß das deutsch-österreichische Bündnis den Krieg zur Folge haben müsse, aber wie aus dieser Feststellung vom Herbst 1879 sprach aus ihren jetzigen Äußerungen die Sorge vor einem neuen Kriege. Meinte doch die „Frankfurter Zeitung“,³¹ die Kenntnis von dem friedlichen Zweck des deutsch-österreichischen Bündnisses könne vielleicht den russischen Hochmut und die französische Revanchegier zügeln, freilich dürfe man sich entgegenstehenden Befürchtungen nicht ganz verschließen; und die „Volkszeitung“ schrieb noch eindeutiger³²: „Was unser Volk in erster Reihe beunruhigt, das ist ... die Möglichkeit eines europäischen Krieges“. Auch diese Ausführungen müssen aber entsprechend den früheren Äußerungen in ihrem Ursprung auf die grundsätzliche Abneigung der Freisin-

28. Nr. 35, 4. 2. 1888, Abendblatt.

29. Nr. 38, 7. 2. 1888, Abendblatt.

30. Nr. 59, 4. 2. 1888.

31. Nr. 35, 4. 2. 1888, Abendblatt.

32. Nr. 31, 5. 2. 1888, Erstes Blatt.

nigen gegen jede Heeresvermehrung zurückgeführt werden; nur von hier aus sind sie zu verstehen.

Gegenüber diesen außenpolitischen Gesichtspunkten traten Erwägungen gesamtdeutscher Art in den Betrachtungen der Freisinnigen zum Wiener Bündnisse auch jetzt wieder in stärkstem Maße in den Hintergrund. Meist nur in allgemeiner Form wiesen die freisinnigen Blätter — wenn überhaupt — auf die Zusammengehörigkeit des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns hin. So schrieb etwa die „Frankfurter Zeitung“,³³ die „innerliche Zusammengehörigkeit ist es, welche des Bundes stärkste Stütze bildet“; und ganz ähnlich meinte auch die „Vossische Zeitung“,³⁴ niemals seien zwei Staaten natürlicher und notwendiger aufeinander angewiesen gewesen als das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. Lediglich das „Berliner Tageblatt“ ging auch jetzt wieder über derartige allgemein gehaltene Äußerungen hinaus und betonte, durch den Bündnisabschluß seien die „ehemals großdeutschen Bestrebungen in neuer und wirkungsvollerer Form zur historischen Wahrheit“ geworden.³⁵

Wie alle bisher betrachteten politischen Gruppen, so hoben auch die sozialdemokratischen Kreise in ihren Ausführungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse, die freilich auch jetzt wieder sehr kurz gehalten waren, vor allem den ausschließlichen Verteidigungszweck desselben hervor. Daß das Ziel des Wiener Abkommens kein Angriffskrieg sei, schrieb das „Berliner Volksblatt“,³⁶ habe von vornherein für jeden festgestanden, der über die innere Lage Österreich-Ungarns unterrichtet sei und daher wisse, daß seine ganze Zusammensetzung dieses Reich zu einer friedlichen Politik zwingt. Wie Österreich-Ungarn werde aber auch das Deutsche Reich, hieß es an anderer Stelle,³⁷ mit keinem seiner Nachbarn Handel suchen; denn es sei in der glücklichen Lage, keinen Wunsch zu haben, dessen Verwirklichung nur durch einen weiteren Krieg möglich wäre. Mit diesen Feststellungen, der Anerkennung des friedlichen Zweckes des deutsch-österreichischen Bündnisses, stellten sich die sozialdemo-

33. Nr. 76, 16. 3. 1888, Erstes Morgenblatt.

34. Nr. 59, 4. 2. 1888.

35. Nr. 67, 6. 2. 1888.

36. Nr. 32, 7. 2. 1888.

37. Nr. 40, 16. 2. 1888.

kratischen Kreise aber in Gegensatz zu ihren früheren Äußerungen; denn für sie hatte es keineswegs „von vornherein“ festgestanden, daß das Bündnis der beiden mitteleuropäischen Mächte die Erhaltung des europäischen Friedens bezwecke. In keiner ihrer Betrachtungen vom Herbst 1879 hatten sie dies als das Ziel des deutsch-österreichischen Bündnisses bezeichnet, vielmehr hatten sie sich damals gerade dahingehend geäußert, daß Bismarck mit der Ruhe und dem Frieden Europas sein Spiel treibe.

Hatte sich hierin also ein Wandel in der Anschauung der sozialdemokratischen Kreise vollzogen, in einem anderen Gesichtspunkte knüpften sie dagegen an ihre früheren Gedanken und Äußerungen an: in ihrer Einstellung gegenüber Rußland. Auch jetzt wieder brachten sie ihre Abneigung gegenüber dem Zarenreiche und ihren Wunsch nach einer Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland offen zum Ausdruck; auch jetzt wieder muß dies aber allein aus ihren marxistischen Grundanschauungen heraus verstanden werden. All denjenigen, schrieb das „Berliner Volksblatt“,³⁸ die nicht wünschten, daß das Deutsche Reich jemals wieder um die Gunst des Zaren buhle, müsse daran gelegen sein, Österreich-Ungarn als einen starken und treuen Bundesgenossen des Reiches zu erhalten. Wieder spricht aus dieser Äußerung ganz deutlich die Abneigung der Sozialdemokraten gegen das russische Reich. Aber hatten sie sich einst damit begnügt, dieser Abneigung Ausdruck zu verleihen, so betonten sie jetzt zugleich noch ihren Wunsch nach einer Anlehnung des Deutschen Reiches an die Mächte Westeuropas; denn das gleiche Blatt schrieb in diesen Tagen einmal,³⁹ ein neuer Krieg in Europa könne wohl vermieden werden, wenn das Deutsche Reich sich eng an die Westmächte, vor allem an Frankreich anschließe. Dieser Wunsch aber ist ebenfalls rein parteipolitisch zu erklären: ein Freundschaftsverhältnis des Deutschen Reiches mit den liberalen Mächten Westeuropas, insbesondere dem parlamentarisch-demokratischen Frankreich entsprach in stärkstem Maße den marxistischen Grundanschauungen der Sozialdemokratie.

Darüber freilich, ob der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses wirklich eine Abwendung des Deutschen Reiches von

38. Nr. 40, 16. 2. 1888.

39. Nr. 34, 9. 2. 1888.

Rußland bedeute, bestand in den sozialdemokratischen Kreisen auch jetzt noch keine feste Vorstellung. Hatten sie schon im Herbst 1879 ihre Äußerung, Rußland sei durch den Abschluß des Wiener Bündnisses vereinzelt worden, dadurch eingeschränkt, daß sie hinzufügten, es müsse zweifelhaft erscheinen, ob die Abwendung von Rußland von Dauer sein werde, so meinten sie jetzt, daß doch ein Widerspruch bestehe zwischen dem Inhalt des Vertrages, der vor allem gegen Rußland gerichtet sei, und den Äußerungen des deutschen Reichskanzlers über die deutsch-russischen Beziehungen in den Jahren nach dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses. Bismarck habe seit dem 7. Oktober 1879, schrieb das „Berliner Volksblatt“,⁴⁰ wiederholt im Reichstage über die auswärtige Politik und dabei vor allem die Beziehungen zu Rußland gesprochen, stets aber in „Ausdrücken, die diese Beziehungen als solche der freundschaftlichsten Art erscheinen lassen mußten“, und erst vor kurzem habe er bei einer solchen Gelegenheit das berühmte Wort von der „turmhohen Freundschaft“ gebraucht. Gegen eine Macht aber, mit der man durch „turmhohe Freundschaft“ verbunden sei, schließe man keinen Vertrag ab wie den vom 7. Oktober 1879.

Die Schilderung der Ausführungen der deutschen Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse anläßlich seiner Veröffentlichung hat wiederum ihre Ansichten über dasselbe im wesentlichen unverändert gezeigt. Neue Gesichtspunkte wurden von ihnen nur vereinzelt berührt, alle Gruppen knüpften wie im Dezember 1882 auch jetzt fast ausschließlich an Gedanken an, die sie bereits in ihren früheren Betrachtungen — meist schon im Herbst 1879 — geäußert hatten, bei der Kürze ihrer Ausführungen zum Bündnisse selbst freilich nur an einzelne; wieder stimmten auch ihre jetzigen Ansichten fast vollständig mit ihren früheren überein. Wo in der Beurteilung einzelner Gesichtspunkte ein Wandel eingetreten war, wie in nationalliberalen und sozialdemokratischen Kreisen, da beruhte dies lediglich darauf, daß jetzt der genaue Wortlaut des Vertrages bekannt war. Im wesentlichen also entsprach die endgültige Stellungnahme der deutschen Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse ihrer bereits im Herbst 1879 eingenommenen Haltung.

40. Nr. 32, 7. 2. 1888.

Eine kritische Betrachtung derselben wird daher in starkem Maß auch auf die früheren — wesentlich ausführlicher gehaltenen — Äußerungen zurückgreifen können.

Schluß: Wertung.

Soll die Wertung und kritische Würdigung der Äußerungen der deutschen Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse zu einem wirklich eindeutigen Ergebnisse gelangen, soll sie klar aufzeigen, inwieweit die einzelnen politischen Gruppen in ihrer Stellungnahme den tatsächlichen Verhältnissen gerecht wurden, die für den Abschluß des Bündnisses maßgebend gewesen waren, inwieweit sie sein wahres Wesen erfaßten und seinen Zweck und seine Bedeutung erkannten oder nicht, so ist es notwendig, zunächst den Äußerungen der deutschen Parteien diejenige Ansicht über das deutsch-österreichische Bündnis gegenüber zu stellen, die als die einzig richtige gelten kann: die Ansicht Bismarcks. Der eigentlichen kritischen Wertung sei daher eine kurze Betrachtung der Anschauung Bismarcks vom deutsch-österreichischen Bündnisse vorausgeschickt.¹

Wenn sich der Kanzler im Herbst 1879 für die engere Anlehnung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn entschied, dann ließ er sich hierbei allein von außenpolitischen Erwägungen leiten. Wohl war auch er sich der nationalen Gemeinsamkeiten bewußt, die die Donaumonarchie und das Reich verbanden: die deutsche Stammesverwandtschaft, die deutsche Sprache, die Erinnerungen an eine tausendjährige gemeinsame geschichtliche Vergangenheit; sie alle aber übten keinerlei Einfluß auf Bismarcks Entschluß, ein enges Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn herzustellen. Mochte er auch in den Denkschriften an Kaiser Wilhelm wiederholt auf gesamtdeutsche Gesichtspunkte hinweisen, es geschah doch nur, um den Widerstand des Kaisers gegen ein deutsch-österreichisches Bündnis zu brechen. Die Donaumonarchie stand Bismarck nicht etwa näher, weil zwischen ihr und dem Deut-

1. Als Quellen kommen hierfür vor allem die Denkschriften Bismarcks an Kaiser Wilhelm, Große Politik III, Nr. 447, 455, 458, 461, 477, sowie „Erinnerung und Gedanke“, Erster Band, Buch II, Kapitel 18 (Gesammelte Werke XV, S. 398 ff.) in Betracht.

schen Reiche nationale Gemeinsamkeiten bestanden; Österreich-Ungarn war für ihn „eine ausländische Macht wie jede andere“.² Wenn Bismarck sich zum Abschluß eines deutsch-österreichischen Bündnisses entschloß, so nur deshalb, weil dieses Bündnis dem Reiche gegenüber der engeren Anlehnung an Rußland die größeren außenpolitischen Vorteile bot.

Diese Erkenntnis aber gewann Bismarck aus einer Betrachtung der gesamteuropäischen politischen Verhältnisse; denn nicht allein darauf beschränkte er sich, die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den beiden osteuropäischen Mächten gegeneinander abzuwägen und hiernach zu wählen: die Gegensätze und Gemeinsamkeiten der europäischen Mächte in ihrer Gesamtheit und die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten, sie wurden wie stets bisher für seine außenpolitischen Entscheidungen maßgebend auch für seinen jetzigen Entschluß. Weil in gesamteuropäischer Hinsicht dem Deutschen Reiche die engere Anlehnung an die Donaumonarchie größere Vorteile bot als diejenige an Rußland, entschied sich Bismarck für den Bund der beiden Großmächte Mitteleuropas.

Ein deutsch-österreichisches Bündnis war zunächst bei dem ständigen Gegensatz zwischen dem britischen Reiche und Rußland in allen Fragen des nahen und fernen Orients in stärkerem Maße als ein deutsch-russisches der Zuneigung Englands sicher. Bismarck glaubte sogar — wenn auch nur eine kurze Zeit — mit einiger Gewißheit auf die Anlehnung des britischen Reiches an den Bund der beiden Großmächte Mitteleuropas rechnen zu können. Ein deutsch-österreichisches Bündnis entthob weiterhin die Donaumonarchie der Notwendigkeit einer Anlehnung an Frankreich, auf die sie infolge ihrer Gegnerschaft zum Zarenreiche in den Balkanangelegenheiten angewiesen war, sobald sich Bismarck für Rußland entschied: die Möglichkeit eines österreichisch-französischen Bündnisses, das nur eine Stärkung der französischen Revanchepläne bedeutet hätte, bestand nicht mehr. Andererseits aber hoffte Bismarck durch die engere Anlehnung des Deutschen Reiches an Österreich-Ungarn auch die Bildung eines russisch-französischen Bündnisses zu verhindern: er hoffte, Rußland werde so die Unfruchtbarkeit seiner bisherigen politischen Bestrebungen erkennen und

2. Franz, Bismarcks Nationalgefühl, S. 98.

zur Politik des Dreikaiserverhältnisses zurückkehren. Wenn Bismarck sich entschloß, ein deutsch-österreichisches Bündnis zu schaffen, dann entschied er sich damit also nicht für Österreich-Ungarn und gegen Rußland. Der Bund der beiden mitteleuropäischen Großmächte war — wie Schünemann³ es treffend ausdrückt — „eine für den Augenblick nicht zu umgehende Rückversicherung“, er war aber keine „Option“ für Österreich-Ungarn und gegen Rußland; er diente in erster Linie der Wiederherstellung des Dreikaiserverhältnisses. Niemals auch hat der Kanzler dem deutsch-österreichischen Bündnisse Gültigkeit für ewige Zeiten beigemessen. Es galt ihm von vornherein nicht mehr als andere völkerrechtliche Verträge auch; wie er diesen nur so lange Gültigkeit zuerkannte, als sich die Voraussetzungen nicht änderten, unter denen sie geschlossen waren, so bildete auch das deutsch-österreichische Bündnis für ihn niemals ein „noli me tangere“. Bismarck kannte die außenpolitische Wirklichkeit; er wußte, daß die außenpolitische Lage einem ständigen Wechsel unterworfen ist, daß so stets einmal der Augenblick eintreten könnte, da ein Bündnis mit der Donaumonarchie dem Reiche nicht mehr die notwendige Sicherheit bot und es erforderlich wurde, dieses zu lösen und eine andere Anlehnung in Europa zu suchen, und keinen Augenblick würde der Kanzler gezögert haben, das durchzuführen, was er für unumgänglich notwendig erachtete.

Schon dieser knappe Überblick über die Ansicht Bismarcks vom deutsch-österreichischen Bündnisse zeigt deutlich, welcher große Unterschied zwischen den Betrachtungen der deutschen Parteien und den Erwägungen bestand, die den deutschen Kanzler bei dem Abschluß desselben geleitet haben. Hier die Einordnung des Bündnisses in die gesamteuropäischen Verhältnisse, seine Beurteilung im Hinblick auf die Gemeinsamkeiten und Gegensätze zwischen den europäischen Großmächten überhaupt und den sich hieraus ergebenden Möglichkeiten; dort das Hervorheben und Betonen einzelner außenpolitischer Gesichtspunkte und der Versuch, von hier aus die Bedeutung des deutsch-österreichischen Bündnisses zu erkennen und die Gründe für seinen Abschluß, seine Ziele und seine

3. Schünemann, Die Stellung Österreich-Ungarns in Bismarcks Bündnispolitik, S. 18.

Folgen zu erklären. Wohl galt es allen deutschen Parteien mit Recht als eine feststehende Tatsache, daß die Herstellung des engen Bundesverhältnisses zwischen den beiden Großmächten Mitteleuropas eine außenpolitische Maßnahme sei, nirgends aber erfolgte eine Betrachtung des Bündnisses im Rahmen der gesamteuropäischen politischen Zusammenhänge. Die konservativen Kreise etwa betonten den deutsch-russischen Gegensatz und die friedlichen Ziele des deutsch-österreichischen Bündnisses, beschäftigten sich mit seiner Auswirkung auf die Beziehungen des Reiches zu Rußland und zu England und mit seiner Bedeutung für die Orientpolitik der Donaumonarchie, sie erkannten aber nicht, daß alle diese Gesichtspunkte nur einen Teil der Erwägungen Bismarcks gebildet hatten; das Zentrum wiederum wies auf die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses und die Friedensbürgschaft der Wiener Abmachungen hin, befaßte sich mit der zukünftigen Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland und wußte doch nicht, daß es mannigfaltige Gedanken nicht erwähnte, denen beim Abschluß des Bundes der beiden Großmächte Mitteleuropas ebenfalls eine wesentliche Bedeutung zugekommen war. Wie bei diesen beiden politischen Gruppen, genau so war es bei allen anderen deutschen Parteien. Keine von ihnen zeigte das Bestreben, das deutsch-österreichische Bündnis in den Rahmen der gesamteuropäischen Politik einzuordnen, von hier aus zu betrachten und seine Bedeutung zu erkennen; sie alle standen den großen Zusammenhängen der europäischen Politik und damit auch dem Wesen der Außenpolitik Bismarcks völlig verständnislos gegenüber und beschränkten sich darauf, in ihren Betrachtungen zu den Wiener Abmachungen einzelne außenpolitische Gesichtspunkte und Gedanken zu betonen. War es verwunderlich, wenn ihre Äußerungen hierbei in mancher Beziehung in Gegensatz zu den Anschauungen Bismarcks standen? So erklärten die Konservativen das deutsch-österreichische Bündnis für den Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik, hielten es für unantastbar und unlösbar und erkannten nicht, daß es in Wahrheit für Bismarck nicht mehr bedeutete als jeder andere außenpolitische Vertrag auch und der Kanzler ihm in keiner Weise Ewigkeitswert beilegte. So erblickten die Kreise des Zentrums, der Fortschrittlichen und der Sozialdemokratie in dem Wiener Abkommen eine Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland, wäh-

rend Bismarck das Bündnis doch gerade dazu benutzen wollte, Rußland wieder an das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn heranzuziehen. Dies alles war nur die Folge ihres mangelnden Einblicks in die großen Zusammenhänge der europäischen Politik, ihres geringen Verständnisses für die Außenpolitik des Kanzlers.

Wenn aber die deutschen Parteien in ihren Ausführungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse an Stelle einer gesamteuropäischen Einordnung und Betrachtung desselben immer nur einzelne außenpolitische Gesichtspunkte und Gedanken betonten, sie verfuhrn hierbei doch keineswegs unbedingt willkürlich. Vielmehr lassen sich bei einer näheren Untersuchung dieser Äußerungen zwei bestimmte Gesichtspunkte erkennen, die hierbei maßgebend gewesen sind.

Einerseits ist folgendes festzustellen: Den Grund für den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses erblickten die deutschen Parteien im allgemeinen in der Notwendigkeit, das Reich gegen die Gefahren zu sichern, die ihm aus dem Gegensatz zu Rußland von diesem allein oder in Verbindung mit Frankreich erwachsen konnten; vereinzelt — so geschah es in nationalliberalen Kreisen zunächst — meinten sie auch, daß die Donaumonarchie der Unterstützung bedürfe, um sich ihre durch den Berliner Kongreß erworbene Stellung auf der Balkanhalbinsel zu erhalten. Als Zweck des Bündnisses bezeichneten sie neben den sich aus diesen Feststellungen ergebenden Zielen vor allem die Sicherung und Wahrung des europäischen Friedens. Bei ihrer Beschäftigung mit den Folgen des Wiener Abkommens aber wandten sich die Parteien vor allem seiner Auswirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen zu. Mit all diesen Äußerungen betonten sie lediglich Gesichtspunkte, die die Entwicklung der politischen Lage der letzten Monate und Wochen vor Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses deutlich hatte in Erscheinung treten lassen und mit denen sie sich damals bereits in starkem Maße beschäftigt hatten. Der Gegensatz zwischen der russischen und der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik war noch in frischer Erinnerung, zudem wurde er bei den Verhandlungen der Kommissionen, die zur Regelung der auf dem Berliner Kongreß noch offen gebliebenen Fragen eingesetzt worden waren, stets erneut sichtbar; die Entfremdung in dem deutsch-russischen Freundschaftsverhältnisse aber hatte gerade im Sommer

1879 ihren Höhepunkt erreicht, die Gefahren, die dem Reiche hieraus erwachsen konnten, die Möglichkeit einer kriegesischen Verwicklung mit Rußland — sei es mit diesem allein, sei es mit Rußland und Frankreich zugleich — waren klar zutage getreten. In ihrer Beurteilung des deutsch-österreichischen Bündnisses griffen die deutschen Parteien einerseits also auf Gesichtspunkte zurück, die sich aus der Betrachtung der politischen Lage vor Abschluß desselben ergaben. Es waren dies Erwägungen, denen auch bei dem Entschluß Bismarcks, ein Bündnisverhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und der Donaumonarchie herzustellen, eine entscheidende Bedeutung zugekommen war, aber der Kanzler ordnete dieses doch zugleich in die gesamteuropäischen politischen Zusammenhänge ein und erst die sich hieraus ergebenden Notwendigkeiten wurden für ihn letztlich entscheidend. In den Betrachtungen der deutschen Parteien aber fehlten — wie gezeigt wurde — gerade derartige Gedanken vollständig. Ihr mangelnder Einblick in die großen Zusammenhänge der europäischen Politik und ihre Verständnislosigkeit in all diesen Dingen führte sie zu einer Beurteilung des deutsch-österreichischen Bündnisses lediglich aus der politischen Lage des Sommers 1879, aus der Zeit seiner Entstehung heraus. An die Stelle einer Einordnung des Bundes der beiden Großmächte Mitteleuropas in die gesamteuropäischen politischen Verhältnisse und Möglichkeiten trat seine Erfassung und Beurteilung von der Lage des Augenblicks her.

Dies war aber nicht der einzige Gesichtspunkt, der die Äußerungen der deutschen Parteien zum deutsch-österreichischen Bündnisse bestimmte, ein zweiter kam hinzu: das Hineinspielen rein parteipolitischer Erwägungen. Zu einem großen Teil hatten die Ausführungen der Parteien ihren Ursprung nicht in außenpolitischen Betrachtungen, sie waren vielmehr aus Parteidoktrinen und Parteiprinzipien geboren und sind nur von hier aus zu verstehen. Es konnte dies im Verlauf unserer Ausführungen bereits verschiedentlich angedeutet werden, das Wesentliche sei an dieser Stelle noch einmal zusammengefaßt.

Wenn die Konservativen in ihren Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse wie auch in ihren Äußerungen zur außenpolitischen Lage vor Beginn der Bündnisverhandlungen immer erneut ihrem Wunsche nach der Aufrechterhaltung und der

Pflege freundschaftlicher Beziehungen des Deutschen Reiches zu Rußland und Österreich-Ungarn zum Ausdruck brachten, dann dürfen hierfür nicht so sehr außenpolitische Erwägungen als vielmehr politische Doktrinen und Grundsätze als maßgebend betrachtet werden. Nicht die Erkenntnis der außenpolitischen Notwendigkeit ließ sie eine enge Anlehnung des Deutschen Reiches an Rußland und Österreich-Ungarn wünschen, nicht der Gedanke, daß das Reich zur Sicherung seiner Lebensinteressen und Lebensnotwendigkeiten einer solchen Anlehnung bedürfe; es geschah vor allem deshalb, weil dies ihren politischen Grundanschauungen entsprach: sie wünschten die Freundschaft des Reiches mit den konservativen Großmächten Europas, zugleich als Aufrechterhaltung einer geschichtlichen Überlieferung. Erst von hier aus läßt sich auch ihre Zustimmung zum Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses vollständig verstehen: die Konservativen begrüßten es in erster Linie als eine Anlehnung des Deutschen Reiches an eine konservative Macht und als Fortführung einer geschichtlichen Tradition. Wie wenig tatsächlich außenpolitische Erwägungen den Wunsch der Konservativen nach der Pflege enger Beziehungen des Deutschen Reiches zu Rußland und Österreich-Ungarn bestimmten, das erhellen deutlich zwei Umstände: einerseits führten die Konservativen niemals irgendwelche Gründe für diese, ihre Forderung an, niemals vor allem betonten sie die außenpolitische Notwendigkeit derselben; andererseits ließen sie in ihren Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnis das Verhältnis des Deutschen Reiches zu den übrigen Großmächten Europas fast vollständig unberücksichtigt; aus ihrer einzigen Äußerung in dieser Hinsicht, die sich mit den deutsch-englischen Beziehungen befaßte, sprach aber deutlich eine Warnung vor einer allzu engen Freundschaft der beiden mitteleuropäischen Mächte mit dem britischen Reiche und eine Abneigung hiergegen.

Trat für die Konservativen der bestimmende Einfluß, der innerhalb ihrer Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnis rein parteipolitischen Erwägungen zukam, darin in Erscheinung, daß sie die Pflege freundschaftlicher Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn und Rußland forderten, für das Zentrum zeigte er sich deutlich in seinen Äußerungen über die deutsch-russischen Beziehungen und die Einwirkung des deutsch-österreichischen

Bündnisses auf diese. Wenn die Kreise des Zentrums in all ihren Ausführungen zu dem Wiener Abkommen immer wieder gerade diese Frage in den Vordergrund rückten, wenn sie meinten, der Abschluß desselben bilde das Ende des Dreikaiserverhältnisses und bedeute eine Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland, wenn sie diese Entwicklung begrüßten: für alle diese Äußerungen waren außenpolitische Erwägungen nur von nebensächlicher Bedeutung; sie entsprangen in erster Linie den Grundanschauungen und dem Wesen dieser Partei. Das Zentrum trug im wesentlichen einen rein konfessionellen Charakter; konfessionelle Gesichtspunkte im römisch-katholischen Sinne bestimmten in stärkstem Maße seine Haltung in allen politischen Fragen. Diesen römisch-katholischen Grundanschauungen aber widersprach jede engere Anlehnung des Deutschen Reiches an das griechisch-katholische Rußland. Sie widersprach zugleich der Einstellung des Zentrums gegenüber dem Reiche von 1871, die vor allem — wiederum seinen Grundanschauungen entsprechend — auf die Bekämpfung des herrschenden preußisch-protestantischen Elementes gerichtet war; denn die Freundschaft mit Rußland galt dem Zentrum als Fortführung einer preußischen Überlieferung. Von hier aus müssen alle Äußerungen der Zentrumskreise über die deutsch-russischen Beziehungen im Rahmen ihrer Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse verstanden werden. Nur aus dieser grundsätzlichen Abneigung gegen jedes Freundschaftsverhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland ist es zu erklären, wenn die Kreise des Zentrums den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses als das Ende des Dreikaiserverhältnisses bezeichneten und in ihm eine Abwendung des Reiches von Rußland erblickten. Aus den Grundanschauungen des Zentrums heraus muß letztlich auch seine freudige Zustimmung zum Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses verstanden werden: nicht außenpolitische Erwägungen waren hierfür vor allem maßgebend, in erster Linie waren es konfessionelle Gesichtspunkte; das Zentrum begrüßte das deutsch-österreichische Bündnis vor allem deshalb, weil es eine enge Anlehnung des Deutschen Reiches an den katholischen Habsburgerstaat bedeutete.

Wie die ablehnende Haltung des Zentrums gegenüber dem Zarenreiche und der Pflege enger freundschaftlicher Beziehungen des Deutschen Reiches mit Rußland vor allem aus seinem Wesen

und seinen Grundanschauungen zu verstehen war, so müssen alle entsprechenden Äußerungen der Fortschrittlichen aus dem Charakter und den politischen Prinzipien dieser Gruppe erfaßt werden. Wenn auch die Kreise des Fortschritts in ihren Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse immer wieder die Frage nach der Einwirkung des Bundes der mitteleuropäischen Großmächte auf die deutsch-russischen Beziehungen in den Vordergrund rückten, wenn auch sie dabei feststellten, der Abschluß des Bündnisses bedeute einen Bruch des Deutschen Reiches mit der bisherigen engen russischen Freundschaft, wenn sie meinten, Rußland könne an diesen Bund keine Anlehnung finden, und wenn sie dieser Entwicklung zustimmten: auch sie ließen sich bei diesen Äußerungen nicht von weitgehenden außenpolitischen Erwägungen leiten — nirgends wurden von ihnen die außenpolitischen Notwendigkeiten betont —, rein parteipolitische Gesichtspunkte waren für sie maßgebend; auch ihre Äußerungen entsprangen einer grundsätzlichen Abneigung gegen jede deutsch-russische Freundschaft, wie sie sich in gleicher Weise wie beim Zentrum aus den Prinzipien und Doktrinen dieser Partei ergab. Nicht weil sie in außenpolitischer Hinsicht eine enge Anlehnung des Deutschen Reiches an Rußland als unvorteilhaft erachteten, nicht weil sie meinten, die Annäherung des Reiches an andere Mächte Europas als Rußland verbürge ihm eine größere außenpolitische Sicherheit, wünschten sie den Bruch der deutsch-russischen Freundschaft; sie wünschten ihn, weil Rußland als konservative Macht, ja als die konservativste der europäischen Mächte überhaupt galt und ein Freundschaftsverhältnis mit einem konservativen Staate ihren liberalen Grundanschauungen widersprach. Diese Feststellung kann auch dadurch nicht widerlegt werden, daß einzelne fortschrittliche Kreise zugleich mit der Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland seine Annäherung an Frankreich forderten; denn das liberale Frankreich mit seiner parlamentarisch-demokratischen Regierungsform war gerade dasjenige Land, mit dem sich die Fortschrittlichen auf Grund ihrer politischen Anschauungen am engsten verbunden fühlten und das ihnen, vor allem den extremen Kreisen dieser Partei, stets als Vorbild für ihre politischen Bestrebungen galt.

Neben diesen Äußerungen enthielten die Betrachtungen der Kreise des Fortschritts zum deutsch-österreichischen Bündnisse

aber noch einen zweiten Gesichtspunkt, der aus rein parteipolitischen Erwägungen heraus erklärt werden muß. Wenn sie nämlich in diesem Zusammenhange die Frage nach der Einwirkung des Bundes der beiden mitteleuropäischen Großmächte auf die militärischen Rüstungen — vor allem des Deutschen Reiches — berührten, so geschah dies keineswegs willkürlich, vielmehr ist dies gerade für diese politische Gruppe bezeichnend: all diese Äußerungen beruhten auf der grundsätzlich ablehnenden Haltung der Fortschrittlichen gegenüber jeder Heeresvermehrung, wie sie stets erneut in ihrer leidenschaftlichen Bekämpfung alle Militärvorlagen in den Parlamenten in Erscheinung trat; allein von hier aus sind sie zu erklären und zu verstehen. Der gleichen Wurzel in erster Linie entsprangen aber auch alle jene Betrachtungen der Fortschrittlichen, in denen die Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung des Reiches betont wurde, sei es, daß man — wie es zunächst geschah — den Krieg als die Folge des Bündnisabschlusses zwischen den mitteleuropäischen Großmächten bezeichnete, sei es, daß man — wie in den späteren Ausführungen — meinte, den Gedanken an die Möglichkeit eines europäischen Krieges nicht außer acht lassen zu dürfen. Weniger durch weitblickende außenpolitische Erkenntnisse wurden diese Äußerungen bestimmt als vielmehr durch die Sorge vor der Möglichkeit eines neuen Krieges, die zugleich die Sorge vor weiteren militärischen Rüstungen war; denn war mit einer kriegerischen Verwicklung zu rechnen, dann mußte man hierfür gerüstet sein.

Wenn ähnlich wie die Fortschrittlichen auch die sozialdemokratischen Kreise in ihren Betrachtungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse ihren Wunsch nach einer Abwendung des Deutschen Reiches von Rußland und einer Annäherung an Frankreich zum Ausdruck brachten, so müssen auch diese Äußerungen in erster Linie von parteipolitischen Gesichtspunkten aus erklärt werden. Auch die Sozialdemokratie ließ sich hierbei nicht so sehr von außenpolitischen Erwägungen als vielmehr vor allem von ihren politischen Grundanschauungen leiten. Nicht weil ihr ein deutsch-französisches Freundschaftsverhältnis im Hinblick auf die Gestaltung der außenpolitischen Lage des Reiches vorteilhafter erschien als ein deutsch-russisches, wünschte sie die Abwendung von Rußland und die Anlehnung an Frankreich; die sozialdemokratischen Kreise forderten dies vor allem deshalb, weil sie sich auf Grund ihrer marxistischen Partei-

prinzipien mehr zu dem liberalen Frankreich als zu dem konservativen Rußland hingezogen fühlten* und weil sie hofften, ein enges deutsch-französisches Freundschaftsverhältnis werde nicht ohne Einwirkung auf die Gestaltung der innerdeutschen Verhältnisse in ihrem Sinne bleiben, während sie bei einer Anlehnung des Deutschen Reiches an Rußland eine Stärkung der konservativen Elemente im Reiche befürchteten.

Fassen wir nunmehr alle diese Einzelbetrachtungen zusammen, so ergibt sich folgendes Gesamtbild:

Alle Parteien betrachteten das deutsch-österreichische Bündnis in erster Linie von außenpolitischen Gesichtspunkten aus; denn darin stimmten sie ohne Unterschied überein, daß sein Abschluß eine außenpolitische Maßnahme darstelle, daß er eine Sicherung des Reiches gegenüber den von äußeren Feinden drohenden Gefahren bedeute. Aber mochten sie dies auch richtig erkennen, der Bedeutung, die dem Bündnisse in außenpolitischer Hinsicht zukam, wurden sie doch keineswegs in vollem Umfange gerecht; denn niemals betrachteten sie den Bund der beiden Großmächte Mitteleuropas in gesamteuropäischer Blickrichtung: anstatt das Bündnis in die gesamteuropäischen Zusammenhänge einzuordnen und damit in den inneren Kern der Sache einzudringen, beurteilten sie es lediglich von der außenpolitischen Lage zur Zeit seines Abschlusses und von parteipolitischen Gesichtspunkten aus und blieben damit am äußeren Rande der Dinge haften.

Neben all diesem Negativen, dem mangelnden Einblick in die wirkliche außenpolitische Bedeutung und somit in das eigentliche Wesen und den wahren Sinn des deutsch-österreichischen Bündnisses, enthielt die Stellungnahme der deutschen Parteien zu diesem andererseits aber doch ein Positives: die Betonung gesamtdeutscher Gesichtspunkte. Freilich, für den Entschluß Bismarcks, ein enges Bundesverhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und der Donaumonarchie herzustellen, waren derartige Erwägungen völlig unmaßgeblich gewesen. Aber nicht dies ist entscheidend; die eigentliche Bedeutung der im gesamtdeutschen Sinne geäußerten Gedanken der politischen Gruppen liegt hierin: sie waren ein Zeugnis dafür, daß auch in den Reihen der deutschen Parteien die Erinnerung an die gemeinsame geschichtliche Vergangenheit des Deutschen Reiches und Österreichs fortwirkte und ein gewisses Gefühl der

Verbundenheit mit den Millionen deutscher Menschen im Habsburgerreiche lebte. Stark ausgeprägt war dieses Gefühl freilich nicht. Gesamtdeutsches Bewußtsein und gesamtdeutsches Empfinden im heutigen Sinne besaßen die Parteien nicht; derartige Gedanken fehlten in ihren Ausführungen ebenso vollständig wie jeder Hinweis auf mitteleuropäische Ziele. Auch Nationalliberale und Zentrum bildeten hierbei keine Ausnahme, obwohl in ihren Betrachtungen die Erwägungen gesamtdeutscher Art doch einen breiteren Raum einnahmen als bei allen übrigen politischen Gruppen. Für die Nationalliberalen zeigt dies deutlich eine Rede Bennigsens vom Sommer 1880, in der es hieß: „Wir haben auch die richtige Regelung des Verhältnisses zu Österreich ... erlangt“.⁴ Die gesamtdeutschen Äußerungen des Zentrums aber müssen vor allem von taktischen Erwägungen aus erklärt werden; sie waren in erster Linie bestimmt durch die grundsätzliche Hinneigung der Zentrumskreise zu Österreich-Ungarn, wie sie ihren politischen Grundanschauungen entsprach. Mochte in deutschen Parteikreisen wohl ein gewisses Gefühl der Gemeinsamkeit mit den deutschen Menschen in der Donaumonarchie bestehen, immer doch war es nur ein leises Erklängen. Es konnte auch nicht anders sein; für mehr war die Zeit noch nicht reif: denn nicht mit einem deutschen Staate „Österreich“ war das Bündnis vom Herbst 1879 geschlossen worden, ihn gab es damals noch nicht; das Bündnis war geschlossen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie, in der die Deutschen nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung darstellten, und verfolgte lediglich außenpolitische Ziele. In jenem Gefühl der Verbundenheit mit den deutschen Menschen des Habsburgerreiches, wie es damals in den politischen Gruppen Deutschlands und somit in weiten Kreisen des deutschen Volkes lebte, lagen aber schon die Wurzeln, aus denen das erwachsen sollte, was uns Deutsche heute zutiefst beseelt: jenes durch nichts zu erschütternde Bewußtsein der inneren Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit des Deutschen Reiches und Österreichs, das stärker ist als alle äußerlich trennenden Kräfte.

4. Bennigsen, Reden II, S. 88.

Verzeichnis des benutzten Schrifttums.

a) Quellen¹:

Zeitungen und Zeitschriften:

Berliner Tageblatt
Berliner Volksblatt
Der Reichsbote
Der Sozialdemokrat
Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst
Die Post
Frankfurter Zeitung
Freisinnige Zeitung
Germania
Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland
Kölnische Volkszeitung
Kölnische Zeitung
Konservative Korrespondenz
National-Zeitung
Neue Preußische Kreuzzeitung
Norddeutsche Allgemeine Zeitung
Preußische Jahrbücher
Volkszeitung
Vossische Zeitung

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags.

Bennigsen, Rudolf von: Reden, herausgegeben von Walther Schultze und Friedrich Thimme. 2. Band. Halle/Saale 1922.

Bismarck, Otto von: Die gesammelten Werke. Band 15. Berlin.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. Band 3. Berlin 1922.

1. Außer den angeführten Quellen wurden von mir auch die Briefe, Memoiren und Biographien der zeitgenössischen Parlamentarier herangezogen; sie enthalten jedoch keinerlei Äußerungen zum deutsch-österreichischen Bündnisse von 1879.

b) Darstellungen:

- Bergsträßer, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Mannheim-Berlin-Leipzig 1932.
- Franz, Günther: Bismarcks Nationalgefühl. Leipzig und Berlin 1926.
- Hertneck, Friedrich: Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks. Berlin 1927.
- Kaupert, Walter: Die deutsche Tagespresse als Politicum. Dissertation, Heidelberg 1932.
- Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Deutschland nach dem Kriege von 1866. Mainz 1867.
- Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von: Die Katholiken im Deutschen Reiche. Entwurf zu einem politischen Programm. Mainz 1873.
- Kretschmer, Wilhelm: Das Standortsproblem im deutschen Zeitungsgewerbe. Jena 1922.
- Mommsen, Wilhelm: Die Zeitung als historische Quelle. Archiv für Politik und Geschichte. 6. Band, 1926.
- Mommsen, Wilhelm: Zur Methodik der deutschen Parteigeschichte. Historische Zeitschrift 147, 1933.
- Schünemann, Karl: Die Stellung Österreich-Ungarns in Bismarcks Bündnispolitik. Dissertation, Berlin 1926.
- Spahn, Martin: Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte und ihre gegenwärtigen Benutzungsöglichkeiten. Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik. 2. Jahrgang, 1908, Nr. 37/38.

DATE DUE

GAYLORD

PRINTED IN U.S.A.

D 1 .H5 no.324



3 8198 311 854 440
Hannover und die deutsche Frag UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.325



3 8198 311 854 457
Der Kampf um die preussische S UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.326



3 8198 311 854 481
Das deutsch-österreichische Bu UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

RES.	FAC.	8	4	2	1	36	35	34	33
D Historische Studien									
1 1									
2 H5									
3 no.324-326									

CS8845ER
HISTORISCHE STUDIEN
no.324-326

D
1
H5 Historische Studien
no.324-326

